

Erscheint täglich außer Montags.
Preis pränumerando: Viertel-
jährlich 3,30 Mark, monatlich
1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. fr.
in's Haus. Einzelne Nummer
5 Pf. Sonntags-Beilage „Neue
Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement:
3,60 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutschland u. Oesterreich-
Ungarn 3 Mk., für das übrige
Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einget.
in der Post-Verwaltung-Preisklasse
für 1895 unter Nr. 7198.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Donnerstag, den 7. März 1895.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Die politische Lage in Belgien.

Brüssel, 4. März 1895.

Zwei Gesetzentwürfe beherrschen jetzt in Belgien die ganze Politik und der Streit über dieselben nimmt einen derartigen Umfang an, dass man unmöglich sagen kann, wohin der Ball noch rollen wird.

Es sind die Gemeindegewahlrechts-Vorlage und die Vorlage betreffend die Annexion des Kongo-Staates.

Die erstere interessiert natürlich in höchstem Maße unsere belgische Bruderpartei, welche mit Recht hofft, durch Anwendung des allgemeinen Wahlrechts bald in zahlreichen Gemeinden die Rathshäuser zu erobern, und die Gemeindeverwaltung im Interesse der Arbeiterklasse zu führen.

Die belgische Konstitution hat den Gemeindebehörden ein großes Maß von Freiheit und Macht erteilt. Die Unabhängigkeit der früheren freiheitlich organisierten flämischen und wallonischen Gemeinden hat darin noch einen Nachklang zurückgelassen. Zwar werden die Bürgermeister von der Regierung ernannt, aber ein solcher Bürgermeister kann sich in seiner Stellung nicht erhalten, wenn die Mehrheit des Rathes ihn nicht unterstützt.

Es gilt deshalb in Belgien auch als ganz selbstverständlich, es ist in die politischen Sitten eingedrungen, daß ein Bürgermeister geht, wenn die Mehrheit des Gemeinderathes ihn nicht mehr stützt oder ein Mißtrauensvotum gegen ihn zu Stande kommt. Dadurch ergibt sich für die Regierung die Nothwendigkeit, stets einen Bürgermeister zu ernennen, der der Partei angehört, welche im Rath die Mehrheit hat.

Bei diesem Sachbestand ist es für unsere Partei natürlich von größtem Werth, daß das Wahlrecht für die Gemeinderäthe ein allgemeines und gleiches sei.

Davor haben die herrschenden Klassen natürlich fürchterlich Angst. Sie sehen alles daran, nicht ein Wahlrecht einzuführen, das den Sozialisten gleiche oder größere Erfolge wie bei den Kammerwahlen ermöglichen würde.

Schon lange war es bekannt, auf welche Weise sie das Wahlrecht einschränken wollten.

Eine Reihe von Mitteln hat man dazu gefunden. Nach dem jetzt vorliegenden Entwurfe der Regierung wird das Wahlrecht allen Bürgern unter 30 Jahren genommen, während die Wahlberechtigung zur Kammer alle über 25 Jahre alten Personen besitzen. Dann wird vom Wahlberechtigten gefordert, daß er drei Jahre ununterbrochen in der Gemeinde wohnt. Der Reus für die zweite Stimme in den Städten soll nach der Größe derselben abgestuft werden können bis zu 20 Franken. Ein mehrfaches Stimmrecht sollen auch diejenigen besitzen, welche den Dokortitel oder einen ähnlichen von einer Hochschule verliehenen Titel besitzen und welche mehr wie 150 Franken direkte Steuern bezahlen.

Der Entwurf übertrifft alles, was selbst die Pessimisten erwarteten. Die Erregung der Arbeitermassen findet ihren

Ausdruck in dem Beschlusse des belgischen Parteitages, welcher lautet:

„Der außerordentliche Kongress der belgischen Arbeiterpartei, abgehalten am 26. Februar 1895, erklärt:

„Die Arbeiterpartei, in Uebereinstimmung mit ihrem Programm, fordert das allgemeine Wahlrecht für alle Personen, welche das 21. Lebensjahr überschritten haben und seit sechs Monaten am gleichen Orte wohnhaft sind. Sie fordert demnach für die politische Mündigkeit dasselbe Alter, wie für die bürgerliche.“

Beschließt die Zusammenberufung aller Arbeiterorganisationen des Landes, um sich über den Vorschlag des Generalstreiks im Falle der Verwerfung des allgemeinen Wahlrechts durch die Kammer auszusprechen. Beauftragt den Allgemeinen Rath, vereinigt mit den Delegirten der Arbeiterorganisationen und den sozialistischen Kammermitgliedern und Senatoren, im Augenblicke der Entscheidung zu entscheiden, ob der Generalstreik angewendet werden soll im Falle, daß die Bedingungen für die Erlangung des Wahlrechts für das arbeitende Volk unannehmbar sein sollten.

Der Kongress ladet die Organisationen zu einer großen und planmäßigen Agitation gegen die reaktionären Absichten der Regierung ein.“

Alle Delegirte aus wallonischen Gegenden waren einstimmig für den Generalstreik.

Wahrscheinlich wird Belgien also wieder eine erneute Agitation sehen, nicht unähnlich, aber besser organisiert und moralisch viel stärker, wie die des Jahres 1893.

Der glänzende Wahlsieg des Jahres 1894 und das erfolgreiche Auftreten der Sozialisten im Parlament haben unserer Partei einen enormen Einfluß und ein hoch gesteigertes Ansehen verschafft, das sie im Jahre 1893 nicht hatte.

Die Unpopulartät der Regierung wächst jeden Tage, die Feigheit der sogenannten Christlich-Demokraten, welche sich von der Regierung ins Schlepptau haben nehmen lassen, treibt auch die katholischen Arbeiter der flämischen Provinzen in Masse zur Arbeiterpartei.

Und dann wird die Stellung der Regierung ungeheuer geschwächt durch die zweite, das Land berührende Frage: die Annexion des Kongo.

Die wahre, vielleicht die einzige Ursache des Antrages der Regierung, Belgien mit dem Besitze des Kongostaates zu beglücken, liegt in dem Umstande, daß der Kongostaat vor dem Bankrotte steht, daß der König für seinen Kolonialport nicht weitere Millionen opfern, daß er lieber die belgischen Steuerzahler, die an dem Kongo-Unternehmen ganz unschuldig sind, die Beute bezahlen lassen will.

Die Masse der Kultur, der Zivilisation, der Sklaverei-Bekämpfung, die man im Anfang dieser Unternehmung umgehängt hatte, ist heruntergefallen. Es ist nur noch die Rede vom Handel, von der Industrie u. s. w.

Die Opposition gegen diese abentheuerliche Unternehmung wird so stark, daß die katholische Presse anfängt, der Regierung zu rathen, einen anderen Weg einzuschlagen.

Darüber kann aber gar kein Zweifel herrschen, daß dem belgischen Volke das Kongo-Unternehmen sehr viel

Geld kosten wird, obgleich es nichts dabei zu gewinnen, sehr viel aber zu verlieren hat. Die Regierung weiß dies wohl, sie steht aber unter dem Einflusse der großen Finanzmänner*), welche den König vor ihrem Wagen gespannt haben.

Diese wenden all ihren Einfluß auf, die Annexionsvorlage durchzudrücken. Wiederholt schon drohte die offiziöse Presse mit der Thronentsetzung des Königs.

Unter diesen Umständen werden die alten republikanischen Sympathien wiederum wach gerüttelt, und das Königthum verliert sein weniges Prestige auch noch. So viel ist gewiß, daß die Thronbesteigung des Erbprinzen nicht so leicht sein würde, wie die Thronentsetzung des Königs.

In diesen mühevollen Tagen würde eine scharfsinnige Regierung es nicht wagen, auch nur einen Tropfen Oel ins Feuer zu werfen, und unsere ultramontane Regierung schickt gerade jetzt die häßliche Wahlrechts-Vorlage in die Welt.

Ein Land wie Belgien, wo die große Masse der industriellen Arbeiter schneller und leichter sich bewegt, wie die Arbeiterschaft in einigen anderen Ländern, wo die dicht zusammen lebende Bevölkerung leichter wie wo auch in unserm Geräth, da dauert eine Reaktionsherrschaft wie die unsere nicht lange.

Der Generalstreik ist eine Waffe, welche hier viel leichter anzuwenden ist, wie irgendwo, und der tiefe Haß für die unerschämte regierende ultramontane Partei, welcher tief ins Volk eingewurzelt ist, läßt doch auch die gemäßigtesten Elemente in Aufregung gerathen.

Belgien geht einem warmen Sommer entgegen, im Kampf zwischen Herrscher und Beherrschten, zwischen Zwang und Freiheit, zwischen Privilegien und Volksrechte wird in diesem Sommer manche Schlacht geschlagen werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, 6. März.

Aus dem Reichstage. Herr v. Levetzow hat recht, der parlamentarische Ton verschlechtert sich wirklich von Tag zu Tag mehr. Leider sind es die Freunde des Herrn Präsidenten selbst, welche diese Verschlechterung des Tones geradezu par selbst betreiben, ohne in diesem Treiben irgendwie behindert zu werden.

Neben, wie sie heute von dem konservativen Freiherrn von Langen und Althardt gehalten wurden, gereichen jedem Parlamente zur Unehre. Wenn aber solche Ausführungen auch noch den Beifall großer Parteien finden, wie dies heute bei den Konservativen der Fall war, so ist das einfach ein Skandal.

Seit wann ist es z. B. zulässig, daß von einer großen Mehrzahl deutscher Reichsbürger und Steuerzahler als

*) Dies hat unser Brüsseler Bruderorgan durch Veröffentlichung einer Reihe hochinteressanter Altentwürfe bewiesen, die wir noch nachträglich veröffentlichen wollen.

Fenilleton.

[Nachdruck verboten.]

Skizzen aus dem südamerikanischen Hinterlande.

Ein Blatt

südamerikanischer Geschichte.

Finden Sie nicht auch, daß Jovellanos ein schweres Geld verdient hat ...

„Das will ich meinen ... Sie werden es übrigens besser wissen als ich selbst; denn Sie haben wohl redlich Buch geführt darüber, was er und alle aus den beiden Anleihen erhalten hat ...“

„Allerdings weiß ich das genau. Ich finde darum, daß der Mann zu viel verdient hat für das, was er gethan ... Wissen Sie kein Mittel, um seinen Verdienst auf das rechte Maß zu reduzieren ...?“

„Aber so reden Sie doch, Pancho ... ich weiß schon, daß Sie mir in allen und jedem über sind ...“

„Um ... ich hätte wohl einen Plan ... Finden Sie nicht auch, daß die Art und Weise, wie er die Anleihe für die Nation garantiert hat, strafbar ist, und daß er für die Verkleinerung öffentlicher Gelder mit seinem Vermögen haftbar gemacht werden kann ...“

„Die Justiz kann alles, was sie will ... Aber wir haben doch selbst davon gegessen ...“

„Ich wüßte nicht, daß ich irgendwo von ihm Geld aus der Anleihe genommen hätte ... es giebt allerdings viele, die es einfach weggenommen haben, aber ich habe mit ihm nur Privatgeschäfte gemacht, oder für geleistete Apothekerlieferungen Geld erhalten. Und ich glaube bei Ihnen ist es ebenso der Fall ... ich weiß nur, daß man Ihnen Ihre Kanonen abgeliefert hat ... mit mir in einer Kompagnie machen Sie stets nur reine Geschäfte, Erzeleien ...“

„Und das nächste ...“

„Sehr einfach ... Wir haben nicht gestohlen; aber Jovellanos hat gestohlen ... er ist als Präsident für seine Handlungen verantwortlich, und es wird ihm schwer werden, zu beweisen, daß er reine Finger hat ... Ich glaube, wir machen ihm den Prozeß und belegen sein Vermögen sofort mit Beschlagnahme, wie Sie Ihr Amt angetreten haben. Es würde mich freuen, wenn das Geld, was ein Dummkopf ... ich glaube, so nannten Sie ihn einmal hier in meiner Apotheke und mit Recht ... durch unsere Mühe gewonnen hat, in seinen Händen bleiben sollte ...“

„Sie sind unbezahlbar, wie immer, mein lieber Pancho ...“

So beschloßen die beiden dann, am 25. November, sofort, wenn Jovellanos sein Amt niedergelegt hätte, ihn in seinem Hause verhaften zu lassen und ihn einen hochnothpeinlichen Prozeß zu machen, wobei die beiden auf die eine oder die andere Weise zu seinem Gelde kommen würden ... Und der Apotheker war schlau und gewandt und hätte wie stets sein Ziel erreicht, wenn Herr Will seinen Mund gehalten hätte. So belam Jovellanos aber rechtzeitig Wind davon, daß man etwas gegen ihn im Schilde führe und er beschloß, der Sache zuvorzukommen. Am 25. November am Vormittag legte er auf dem Regierungsgebäude feierlichst sein Amt nieder und wünschte seinem Nachfolger alles Glück. Nach Beendigung der Feierlichkeiten entfernte er sich, und es waren keine zehn Minuten verstrichen, als sich ein Pilett Soldaten mit einem Richter an der Spitze nach dem Hause des Expräsidenten in Bewegung setzten, um ihn zu verhaften. In ihrer Verwunderung fanden sie das Haus geschlossen und als man es nach langem Klopfen nicht öffnete und sie es erbrachen, fanden sie es vollkommen leer. Der Vogel war ausgeflogen.

Am 28. November war das Paketboot aus der brasilianischen Provinz Matto Grosso heruntergekommen und hatte die übliche Post in Asuncion gemacht, um seine

Reise nach unten anzutreten. Am selben Tage hatte Jovellanos eine Unterredung mit dem Kommandanten des Dampfers gehabt und derselbe, anstatt wie üblich seine Reise am anderen Tage fortzusetzen, war angeblich wegen einer Reparatur seiner Maschine im Hafen liegen geblieben. In der Nacht vom 24. zum 25. hatte Jovellanos in aller Stille seine Familie und sein Geld an Bord des Schiffes gebracht und er selbst hatte sich am 25. von dem Regierungsgebäude anstatt nach seinem Hause, ebenfalls direkt auf den Dampfer begeben. Er gönnte sich noch den Triumph, seine Gegner zum Ueberfluth auszulachen. Will befahl, als er hörte, wo er sich befand, jormentbrannt ihn auf dem Dampfer zu arretiren, und der Richter mit seinen Soldaten begaben sich auf einem Boot der Hafenpolizei zu dem brasilianischen Dampfer, der ruhig in der Mitte des Hafens vor Anker lag und eben begann, seine Kessel zu heizen. Jovellanos legte nachlässig an der Brücke des Dampfers und war im Gespräch mit dem Kapitän begriffen, der grinsend nach dem anlegenden Boote schielte.

„Kommissär“, rief der Kapitän einem Beamten zu, „sehen Sie zu, ob die Leute, die eben einsteigen, Willete haben ... wo soll die Fahrt hingehen ... wollen Sie aber gefälligst Ihr Schießzeug drauhen lassen; ich gestatte nicht, daß Passagiere mit Waffen an Bord gehen ... und wenn Sie mit wollen, dann beileben Sie sich ...“

„Wir sind keine Passagiere“, begann der Richter, dem Kapitän ein Papier überreichend, „wollen Sie sich überzeugen, daß wir hier sind, um im Namen der paraguayischen Justiz den Bürger Salvador Jovellanos zu verhaften, der dringend verdächtig ist, öffentliche Gelder unterschlagen zu haben.“

Der Kapitän nahm phlegmatisch das Papier: „Ich kann schlecht spanisch lesen, mein Herr ... wird ja wohl seine Wichtigkeit haben ... habe aber keinen paraguayischen Bürger an Bord, der sich Salvador Jovellanos nennt ...“

von Schwinblern, Raubthieren, Cholera-bazillen, Geseindel und Parasiten geredet werden darf, ohne daß vom Präsidium dagegen eingeschritten wird?

Wir sind neugierig, ob, wenn etwa bei Gelegenheit neuer Liebesgaben-Anträge von den Junkern und Agrariern als von Parasiten und Raubthieren geredet werden soll, dann dies auch so unbehindert geschehen kann, wie diese Liebesgaben heute unseren jüdischen Mitbürgern an den Kopf geworfen wurden. Sind die Juden im deutschen Reichstage vogelfrei, dann gut; aber so lange sie noch Bürger des Reiches sind und die Emanzipationsakte noch nicht aufgehoben ist, sollten Vorgänge, wie sie heute im Parlamente sich abspielten, nicht gebuldet werden, wenn man wirklich den Ton heben und ihn nicht auf das Niveau des Reichstages herabdrücken will.

Die sozialdemokratische Fraktion, die prinzipiell das Recht der Minoritäten und die absolute Redefreiheit vertritt, stimmte sowohl gegen den Uebergang zur Tagesordnung, wie gegen den Schluß der Debatte.

Sachlich ist bei der Debatte über die Anträge auf Ausschluß der Judenthümlichkeit, wozu auch die National-liberalen durch den Antrag Gasse ihr Scherflein beitrugen, natürlich nichts herausgekommen. Ueber den antisemitischen Antrag ging der Reichstag zur Tagesordnung über; der konservative Antrag Hammerstein-Mantensfel wurde aber in namentlicher Abstimmung bei 218 anwesenden Abgeordneten mit 167 Nein gegen 59 Ja abgelehnt.

Im Abgeordnetenhaus wurde heute die zweite Beratung des Etats der Verg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung fortgesetzt. Nach Vorbringung verschiedener, für die Arbeiterkreise weniger interessanten Wünsche und Beschwerden folgte der Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung. Dabei wünschte der Abg. Deumer, natürlich nationalliberal, im Unternehmer-Interesse eine Veränderung der Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Walz- und Hammerwerken. Und hierbei entschloß sich ihm das wunderliche Wort, daß die „Industrie“ die Jugend nur darum beschäftigt, damit diese nicht auf der Straße liege. Die gute „Industrie“! — Dann gab es noch eine kleine Befähigungsnachweis- und Handelsvertrags-Debatte, bei welcher Gelegenheit der Handelsminister von Ver-lepsch erklärte, daß er für seine Pflicht als Handelsminister halte, zu einem Bruch der Handelsverträge nicht die Hand zu bieten. Daß der Mann heutzutage so etwas zu sagen riskiert! Sind übrigens andere preussische Minister eher dafür zu haben, die agrarischen Forderungen zu erfüllen? Nächste Sitzung ist Donnerstag.

Zur Wahl in Schwiege-Schmalkalden. Angesichts der günstigen Aussichten, ja der fast absoluten Sicherheit für die Sozialdemokraten, bei der Reichstags-Wahl im Kreise Schwiege-Schmalkalden zu siegen, beginnen unsere Gegner bereits, sich gegenseitig in die Haare zu zerathen. Bekanntlich findet Stichwahl zwischen unserem Kandidaten Huhn und dem Antisemiten J. Kraut statt, und um uns nun den Sieg möglichst zu erschweren, haben die Nationalliberalen beschlossen, ihren „Liberalismus“ fahren zu lassen und in der Stichwahl für den Antisemiten zu stimmen, — wogegen sich nun wieder Herr Professor Stengel, der freisinnige Kandidat, wendet, der seinen Wählern den bringenden Rath giebt, geschlossen für den Sozialdemokraten Huhn zu stimmen. — Aber gleichviel, ob nun eine Anzahl Freisinniger dieser Aufforderung nachkommt oder nicht, unsere Genossen werden ihr Bestes thun, auch ohne jede äußere Unterstützung, bloß auf die eigene Kraft gestützt, über die vereinten wirklichen und national-liberalen Antisemiten zu siegen.

Aus dem ersten weimarischen Wahlkreise wird uns geschrieben: Die durch das Ableben des bisherigen Abgeordneten für den ersten weimarischen Reichstags-Wahlkreis ersorbliche werdende Neuwahl bringt neues Leben in die verfallenen Parteien. War auch in der unseren niemals ein Stillstand in der agitatorischen Thätigkeit eingetreten, so wird der in Aussicht stehende Wahlkampf doch der ganzen Bewegung neue, fräftigere Anregung geben. Schon jetzt zeigt sich ein frischerer, fröhlicherer

„Sakramento“, rief der Richter, „er steht an Ihrer Seite.“

„Dieser Herr“, meinte ruhig der Kapitän, „ist ein Passagier namens Antonio Recalde, der sich in Cuyaba nach Rio de Janeiro eingeschifft und seine Passage in guten englischen Pfunden bezahlt hat. . . ich habe keinen Grund, ihn auszuliefern. . . er hat sich, so lange er an Bord ist, nichts zu schulden kommen lassen.“

„So zwingen Sie uns, ihn mit Gewalt zu nehmen.“

„Wollen Sie die Güte haben, Euer Gnaden“, sagte da der Brasilianer, indem er sich aus seiner nachlässigen Stellung aufrichtete, „ich innerhalb zehn Sekunden von meinem Schiffe zu entfernen. . . ich fürchte die geladenen Gewehre, die Euer Gnaden führen, sind für die Sicherheit meiner Passagiere nicht vortheilhaft genug.“

Damit gab er ein Zeichen und zog seine Uhr heraus. Am Top des Dampfers stieg die brasilianische Flagge in die Höhe.

„So, ich danke Euer Gnaden“, sagte er dann, „als der Richter jähwettend das Reich zum Rückzug gab, wenn Sie sich über mich beschweren wollen, können Sie es bei unserer Gesandtschaft thun.“

„Meine Regierung wird Ihre Abfahrt zu verhindern wissen“, rief der Richter aus seinem Boote hinaus.

„In diesem Falle dürfte Ihre Regierung mit unserer Befehlstruppe, die hart an Ihrem Regierungsgebäude liegt, sich zu verständigen haben. . . Adieu, meine Herren.“

„Empfehlen Sie mich seiner Exzellenz, dem Herrn Präsidenten“, rief Jovellanos dem Boot nach, „und ich lasse ihm eine gute Berrichtung wünschen. Kommen Sie, Kapitän, ich habe eine gute Flasche Champagner an Bord gebracht, die wir zusammen ausstechen wollen.“

Eine halbe Stunde später fuhr der Dampfer langsam den Strom hinab und Herr Bantista Gill hatte sammt dem Apotheker diesmal das Nachsehen. Der erstere that sehr erregt und wollte Himmel und Erde in Bewegung setzen. Er lief vergebens zum brasilianischen Gesandten, der achselzuckend sagte, daß er für den Fall keine Instruktionen habe, und daß nach seiner Meinung der Kapitän im Rechte gewesen sei, da keine Auslieferungsverträge existierten. Wenn er aber wolle, so könne er nach Rio berichten; weiter könne er ihm keinen Rath in dieser Angelegenheit geben. (Fortsetzung folgt.)

Zug in den Genossen, und freudig begrüßt unsere Partei die gebotene Gelegenheit, ihre Kraft mit der der Gegner zu messen. — Es wird einen heißen Strauß geben, aber unsere Aussichten sind gute und unsere weimarischen Genossen werden ihr Möglichstes thun, das alte, klassische Weimar im Reichstage durch einen Sozialdemokraten vertreten zu lassen. — Die Freisinnigen scheinen nicht viel Vertrauen zu ihrer Sache zu haben. Wenigstens haben sie sich die beste Nähe gegeben, sich mit den Sozialdemokraten über einen Kompromißkandidaten (Dr. Hartmann) zu einigen, haben aber natürlich einen Korb bekommen. Dieses Anerbieten der Freisinnigen ist übrigens recht bezeichnend, wenn man sich der Affäre erinnert, die Herr Dr. Hartmann vor kaum zwei Jahren im Lager der Freisinnigen zu bestehen hatte. Damals wurde der Herr Dr. Hartmann vom hiesigen Freisinn zur Führung des Dr. Fränkel in Acht und Bann gethan, weil Hartmann nach Meinung seiner hiesigen Parteigenossen schon mehr „sozialdemokratisch“ war. Heute, wo der Herr Dr. Fränkel nicht mehr am Orte ist, wollen dieselben Herren, welche früher stürmisch den Ausschluß Hartmanns verlangten, letzteren auf den Schild erheben.

Doch dies nur nebenbei. Wir feuern immer noch denselben „alten Kurs“. Und wenn links und rechts es tobt und stürmt, wir gehen langsam zwar, aber desto sicherer „vorwärts“.

Der Kaiser hat wieder eine Rede gehalten und zwar bei der Meeresfeier in Wilhelmshaven, wo er ungefähr folgendes sagte:

„Ihr seid hierher gekommen, um den Eid der Treue zu leisten. Es war eine alte Sitte unserer Vorfahren und galt als heilige Pflicht, den Eid treu zu erfüllen. So wie ich als Kaiser und Herrscher mein ganzes Thun und Trachten für das Vaterland hingebe, so habt ihr die Verpflichtung, Euer ganzes Leben für mich hinzugeben; denn ihr habt den Schwur als Christen geleistet, und christlich ist zu Euch durch die beiden Diener Gottes gesprochen worden. Ihr erblid in der Kriegesflagge den Adler, das vornehmste Thier der Welt. Muthig und verjüngt erhebt er sich hoch in die Luft bis unter die Strahlen der Gottessonne, kennt keine Furcht und Gefahr. (Ob hier nicht eine Verwechslung mit dem Vogel Phönix vorliegt? Das ist ja schließlich auch ein „vornehmstes Thier“. Redaktion des „Vorwärts“.) So muß auch Euer Sinn und Trachten sein. Ihr kommt jetzt in eine Zeit, wo im Ernst des Dienstes die Anforderungen, welche an Euch gestellt werden, Euch schwer fallen, wo manche Stunde kommen wird, in der Ihr den Aufgaben nicht gewachsen zu sein glaubt. Dann denkt wieder daran, daß Ihr Christen seid. Denkt an Eure Eltern, als die Mutter Euch das Vaterland gelehrt hat. Im Auslande seid Ihr berufen, das Vaterland zu vertreten durch Würdigkeit und gutes Betragen. Unsere Marine ist äußerlich zwar klein, aber was uns stärker macht als andere Marinen, das ist die Disziplin, der unbedingte Gehorsam gegen die Vorgesetzten. So wird unsere Marine gedeihen und groß werden in der Friedensarbeit zum Ruhm und Wohle des Vaterlandes und im Kriege, so wir zu Gott hoffen wollen, um den Feind zu vernichten. Seid, wie die alten Brandenburger!“

Die „Weber“ und der Umsturz. Die Wichtigkeit unserer gestrigen Notiz über dieses Thema wird von einigen Blättern bezweifelt, weil der Präsident eines Ober-Verwaltungsgerichts eigentlich die Pflicht hat, gerade Mißfallensäußerungen von oben gegenüber standhaft zu bleiben und die Unabhängigkeit des Gerichts aufrecht zu erhalten. Das ist sehr schön gesagt und sicherlich auch richtig, — aber es geschieht eben nicht immer, wie die Figuren zeigt.

Die Wichtigkeit unserer Mitteilung wird übrigens auch durch das „Volk“ bestätigt, ein dem Abg. Stöcker nahestehendes Blatt, welches Herr Stöcker wieder mit dem designirten Nachfolger des bisherigen Präsidenten des Ober-Verwaltungsgerichts, Herrn Grafen Bernstorff, intime Beziehungen unterhält. Das „Volk“ schreibt zu unserer Nachricht:

Der „Vorwärts“ theilt mit, daß der Präsident des Ober-Verwaltungsgerichts seinen Abschied eingereicht habe. Er bringt dies mit der Genehmigung der Ausführung der „Weber“ in Zusammenhang und erzählt, daß sowohl Herr v. Köcker wie der Kaiser selbst ihr Mißfallen darüber zu erkennen gegeben hätten. Uns war diese Nachricht schon vor einigen Tagen aus Kreisen des Ober-Verwaltungsgerichts gegangen, ohne daß wir uns zur Veröffentlichung für befugt hielten. Jedenfalls können wir bestätigen, daß das Entlassungsgeuch auf die Genehmigung der „Weber“ und die Mißbilligung dieser Genehmigung durch den Kaiser zurückzuführen ist. Na also! —

Theater.

Leffingtheater. Das Examen. Lustspiel in fünf Akten von Heinrich Vee. Mannehr hat auch die deutsche Literatur es glücklich zu einer Madame Sans-Gêne gebracht. Zwar ist sie nicht ganz so niederen Ursprungs und steigt nicht ganz so hoch, wie ihr französisches Vorbild, aber dafür hat ihr großer Gönner auch, nicht nur wie Napoleon, irdische Potentaten vom Thron gestürzt, sondern keinen geringeren als den alten Herrgott im Himmel „verschmettert“. Denn es ist Immanuel Kant, den der neue deutsche Sardan in Sans-Baconheit und mit tugendlichen spödischen Anekdoten illustriert, auf die Bühne bringt. Man sieht durch fünf ausgebreitete Akte hindurch wie Kant der possidlich pünktliche Mann ist, nach dem, um mit Heine zu reden, die Leute auf dem Marktplatz in Königsberg ihre Uhr stellen, man erfährt, welche Hausmannskost er gern isst, und daß er nur denken kann, wenn die Temperatur in seinem Zimmer Winter und Sommer hindurch auf eine Wärme von 19 Grad Reaumur regulirt ist; man hört auch, wie er sich mit seinem Diener über das Parallelogramm der Kräfte unterhält. Ueber die Genauigkeit des großen Mannes in Geldangelegenheiten, und wenn es sich auch nur um einen Thaler handelt, hat das Publikum gleichfalls Gelegenheit, sich zu amüsiren, und ferner darf es in Verwunderung gerathen über seine Rechtschaffenheit und Unbestechlichkeit, vor der selbst der Johannistrieb in ihm sich beschämt zurückzuziehen muß. Ja, Kant wird, und das sieht am meisten, von Mademoiselle Sans-Gêne, von einer Leipziger Professorentochter in Liebesangelegenheiten verstrickt! Und um den Effekt noch vollkommener zu gestalten, muß die Kleine, die sich bei dem Denker von wegen des bevorstehenden Examens ihres Geliebten einschmeichelt, wie Blümchen schäufeln, wogegen Immanuel Kant, so unverfälscht und konsequent, wie es seinem jeweiligen Darsteller gegeben, von Anfang bis zu Ende ostpreußeln muß. Bei einer derartig genialen Ausnutzung von Menschlichkeiten versteht es sich von selber, daß auch die Abgänge und Aufstiege ihre Wirksamkeit fortwährend berart steigern, daß die Schlüsszene des letzten Aktes es getrost mit den herabzuleitenden Fingolen der Straußschen Werke aufnehmen kann. Pödelzug, Luch, Gesang, Anspachen, Militärmusik, alles dem großen Weisheitshelden Kant zu Ehren, über den man sich so vorzüglich amüsirt hat. Es wäre bei solchem hübschen Arrangement unbillig und unpassend vom Publikum, wenn es zu alledem auch noch Kant als Weisen von Königsberg, als Geistesherrn auf der Bühne sehen wollte; danken muß man dem Autor, daß er dezent war und es nicht wie Sardan machte, der den Welteroberer Napoleon bekanntlich das Fischweibergegnis seiner Schwester mit der Feuerzange steuern läßt.

Der Herr Ober-Präsident Graf Stolberg hat wirklich Majeur. Erst erklärt er sich für die Handelsverträge und erweist sich auch sonst dem „Bund der Landwirthe“ gegenüber widerpenfig: da wird er dieselben denuntziert, und einer seiner ihm untergebenen Landräthe ihm bei der Kandidatur für den Reichstag beinahe vorgezogen. Dann unterwirft er sich dem Bunde der Landwirthe in aller Form, — und nun ist es wieder nicht recht. Es hat Reibungen gegeben mit der vorgeordneten Behörde, man sagt mit Herrn von Köller persönlich, und das Ende vom Lied ist, daß der bisherige Oberpräsident von Ostpreußen, Graf Stolberg, seinen Abschied genommen hat und in den nächsten Tagen seine Stellung verläßt. — Schließlich weiß ja so ein armer Oberpräsident selber nicht mehr, wie er es eigentlich den Leuten recht machen soll. —

Das Umsturzgesetz und die Bibliotheken. Wie wird es in unseren öffentlichen Bibliotheken aussehen, wenn die „Umsturzvorlage“ Gesetz wird? Diese Frage wird in der „Vossischen Zeitung“ folgendermaßen beantwortet:

Als das Sozialistengesetz in Kraft trat und die Bücherverbote begannen, gab es in den öffentlichen Bibliotheken viel zu thun. Alles was auf den Index kam, mußte eiligst von den Bücherregalen heruntergeholt und „sekretirt“, d. h. unter Verschluß gebracht werden. Verlangte ein Untandiger ein verbotenes Buch, so wurde er beschieden, es sei „nicht vorhanden“. Alles Verwundern, daß ein Buch, das man früher in der Bibliothek benutzt hatte, plötzlich nicht mehr vorhanden sei, half nichts. Freilich gehen bisweilen auch bei der strengsten Kontrolle in Bibliotheken Bücher verloren. Sonderbar aber mußte es bedünken, daß gerade Schriften über Sozialwissenschaft in so großer Menge in kurzer Frist verloren gegangen waren. Für manche Bücher ging die Zeit der „Sekretirung“ schnell vorüber. Ihr Verbot wurde von der Oberbehörde aufgehoben und sie durften wieder auf ihren alten Platz in den Bücherfälen zurückwandern. Für die Mehrzahl der verbotenen Schriften aber kam das Ende der „Sekretirung“ erst herbei, als das Sozialistengesetz abließ. Welche Arbeiten aber werden erst die Bibliothekare haben, wenn ein Umsturzgesetz zu Stande käme! Die Bestimmungen des Entwurfes sind unbestimmt und dehnbar. Aus den Kommissionsverhandlungen konnte man schon ein anschauliches Bild gewinnen, was unter Umständen alles von Büchern in den Trefferbereich des Umsturzgesetzes fallen würde. Mühten nicht die öffentlichen Bibliotheken nach berühmtem Muster alles sekretiren, was dem Umsturzgesetze zuwider ist? Die Bibliothekare hätten reichlich zu thun. Zunächst wären alle neuen Erscheinungen genau zu prüfen. Seite für Seite wäre durchzusehen. Dann wäre zu erwägen, ob nicht das Buch überhaupt zu sekretiren wäre, oder ob man sich zufrieden geben könnte, den Inhalt einzelner Seiten zu vernichten. Ein den gesetzlichen Bestimmungen genügendes Buch würde sich bisweilen so ausnehmen, wie die Nummer eines deutschen Wipblattes, das die russische Zensur passiert hat und die schwarzen Zeichen davon mit sich trägt. Aber nicht genug daran, es müßte doch unzweifelhaft auch der alte Bestand mit der gleichen Sorgfalt darauf hin durchgesehen werden, was darin gegen das neue Gesetz verstößt. Unsere öffentlichen Bibliotheken sind fast durchweg Staatsanstalten. Sie dürfen doch nicht das Staatswohl gefährden, indem sie fahrlässig dem Volke Bücher überlassen, die Gesetzwidriges enthalten. Die Arbeit, die die Bibliothekare zu leisten haben werden, wird nicht gering sein. Was z. B. die Ehefrage angeht, so wird, wenn streng nach dem Gesetz verfahren werden soll, nicht nur die philosophische, schönwissenschaftliche, nationalökonomische Literatur zu prüfen sein; es ist auch daran zu denken, daß kulturhistorische Bücher wie Meistermarks Geschichte der Ehe, anthropologische wie Bloß-Bartels's das „Weib“, medizinische wie Hegar's „Sterilität“ über die Ehe Kritisches enthalten. Jedenfalls dürfen diese Bücher nur an durchaus gesinnungsfähige und unverdächtige Leute ausgeben werden, und vielleicht könnten selbst diese vergiftet werden.

Meyer's Konversations-Lexikon und die Umsturzvorlage. Im ersten Band von Meyer's Konversations-Lexikon sind in dem Artikel „Atheismus“ u. a. folgende Sätze zu lesen:

„Falsch aber ist, anzunehmen, daß durch den Atheismus die Sittlichkeit selbst aufgehoben werde und daß ein Atheist folgerichtigerweise ein unfittlicher Mensch werden müsse. Man kann vielmehr behaupten, daß die Beseitigung des Motivs der sittlichen Belohnung oder Strafe die Möglichkeit echt sittlichen Thuns nicht mindert, sondern steigert, denn nur bösenjenseigen Handel kann für wahrhaft sittlich gelten, bei dem jeder Verdacht selbstthätiger Beweggründe entfernt und der Wille von der Stimme des sittlichen Urtheils allein abhängig gemacht wird. . . . Die religiöse Verfolgungssucht hat jedoch die in Rede stehende Begriffsvermischung zu allen Zeiten ausgedehnt, um Geschäftigkeit gegen unliebsame Freidenker zu erregen, wie aus der

Kant hat weiter nichts in dem Lustspiel zu thun, als dem ein wenig nach vorn geschobenen Hintergrund einer harmlosen Liebesgeschichte abzugeben, die zwischen einem nach Amt und Würden verlangenden Bruder Studio und der schönen Sächsin sich abspielt, die laut väterlichem Befehl vom dem Geliebten heimgeführt werden darf, wenn er vor Kant das Examen bestanden hat.

Rückhaltlos registriren wir den Beifall, der dem persönlich auf der Bühne anwesenden Autor von dem begeisterten Publikum entgegengebracht wurde.

Aber wenn der Dichter auch mit dem Erfolg, den er am Dienstag Abend im Leffing-Theater errungen, vollst aufrieden sein kann, so glauben wir doch, daß er die Wirkung seines Stückes noch bedeutend steigern könnte, wenn er sich mit einem Kompositen in Verbindung setzte, der das Lustspiel zu einer Operette umarbeitete. Dann würde auch Immanuel Kant noch viel dramatischer wirken, als es am Dienstag unter der trockenen Darstellung des Herrn Metze möglich war. Fräulein Jenny Groß könnte aber getrost ihre Rolle behalten, sie hat in der Premiere bewiesen, daß sie vollst das Zeug zu einer Sou-brette hat.

Literarisches.

Die Sozialdemokratie und die Währungsfrage. Eine Auseinandersetzung zwischen Dr. Otto Krendt und Max Schippel (Sonderabdruck aus dem Sozialpol. Zentralblatt) Berlin 1895 Verlag von Hermann Walther 46 S. 8.

Die vorliegende Schrift, der Abdruck einer Reihe von Auffäßen im „Sozialpolitischen Zentralblatt“, könnte den Aufseim erwecken, als wäre diese Veröffentlichung vom Genossen Schippel im Verein mit Herrn Krendt erfolgt. In Wirklichkeit hat Schippel von der Publikation dieser Schrift erst nach ihrem Erscheinen im Buchhandel Kenntnis erhalten. Der Abg. Krendt hat im Widerspruch mit anfänglichen literarischen Sitten es nicht für nöthig gehalten, den Abgordneten Schippel als Verfasser und die Redaktion des „Sozialpolitischen Zentralblattes“ um Erlaubniß des Abdruckes zu ersuchen und lediglich die Zustimmung der Verlags-Buchhandlung eingeholt.

Kunst und Wissenschaft.

Das unglückselige Vellealliance-Theater wird zum Frühjahr abermals den Namen ändern. Der neue Direktor desselben, Herr Maurice giebt ihm den Namen „Neues Deutsches Volks-Theater“ und versendet jetzt schon Prospekte, in welchen herabgesetzte Eintrittspreise und Einladungen zu Abonnements enthalten sind. Herr Maurice leitete bisher ein Operetten-Unternehmen in London.

Lebensgeschichte eines Sokrates, Spinoza, der deutschen Philosophen Wolff und Fichte fassbar zu entnehmen ist. . . Wenn trotzdem neuere Naturforscher sich vielfach im Sinne des Atheismus geäußert haben, so haben sie damit entweder ihrem subjektiven Glaubensbekenntnis Ausdruck gegeben oder sie wollten gegen die rohe Form des theistischen Glaubens protestieren, welcher den Schöpfer in den natürlichen Lauf der Dinge zeitweilig eingreifen läßt, wie der Weltmeister in den Gang der Maschine eingreift."

Wenn der Zentrumsantrag der Umsturzvorlage angenommen wird, ist, wie das „Freundenblatt“ richtig bemerkt, die sofortige Konfiskation eines Staats, Religion und Sittlichkeit so arg gefährdenden Wertes mit Sicherheit zu erwarten. —

Kürchterliche Drohung. Wenn der Reichstag am 1. April dem Kaiser der Kaiser Depesche und Macher des Sozialistengesetzes nicht eine „nationale Ehrung“ erwirkt, soll — so tobt ein „heller Sachse“ im „Leipziger Tageblatt“ — so soll — aber Leser, fälle nicht in Ohnmacht! — so soll die „gesamte nationale Presse keine Silbe mehr über die Verhandlungen dieser Körperschaft — des Reichstags — veröffentlichen."

„O Herr Jesus, das wäre Sie ja ganz was Entsetzliches — weep Kneebchen! —

Zu viel Mühe giebt sich die nationale Presse, um die Unschuld des Fürsten Bismarck an dem Krieg von 1870 zu „beweisen“. Heute noch quält das „Leipziger Tageblatt“ sich ab, die gefälschte Kaiser Depesche in eine echte Depesche umzuwandeln. Das „Leipz. Tagebl.“ vergißt, daß, um die Wahrheit festzustellen, man nicht so viel Zeit braucht — namentlich, wenn es der herrschenden Partei auf die Wahrheit ankommt. —

Zur national-liberalen Hirnerweichung. Der vorgestern von uns gekennzeichnete Artikel v. B. (Woguslawski?) der „Nationalzeitung“ wird von der ganzen national-liberalen Presse abgedruckt. Wir konstatieren mit Genugthuung, daß unsere Feinde gegen den von uns eingebrachten Antrag auf Einführung des Milizsystems nichts anderes vorbringen können, als diesen Galimatias größter Unwissenheit und Verlogenheit. —

Die „Post“ erhält folgende Zuschrift von Herrn Reichstags-Abgeordneten Leuschner:

Berlin, 4. März 1893.
Erst in diesen Tagen ist mir die Nummer 45 des „Vorwärts“ vom 22. v. M. zugekommen, welche einen Artikel: „Die wahren Umstürzler“ — angeblich der „Rheinischen Zeitung“ entnommen — enthält.

Dieser Artikel ist voller Unwahrheiten und bedarf der Berichtigung. Auf den Ton und die malitiosen Auslassungen einzugehen, welche dieses Heftchen auszeichnen, scheint nicht angemessen.

Es soll deshalb hier nur hervorgehoben werden, daß der heimliche Lauscher, welcher die Mittheilungen zu qu. Heftchen lieferte, jedenfalls, weil die Unterhaltung nur mit sehr gedämpfter Stimme stattfand, nicht einmal gemerkt hat, daß die Bezugnahme auf Herrn Dr. Lieber sich gar nicht auf die Umstürzvorlage bezog, sondern auf die Währung. Es wurde nämlich behauptet, daß dem Vernehmen nach Herr Dr. Lieber sich dahin geäußert haben sollte, das Zentrum würde für den bezüglichen Antrag v. Nordhoff, Graf Mirbach, Dr. Friedberg Mann für Mann eintreten.

Leuschner
Mitglied des Reichstages.
Wir haben hierzu bloß zu bemerken, daß wir die Notiz nicht angeblich, sondern tatsächlich der „Rheinischen Zeitung“ entnommen haben. —

Württembergischer Landtag. Der Bericht der Adresskommission ist erschienen. Die Adresse, die vom Abgeordnetenhaus als Antwort auf die Thronrede an den König geschickt werden soll, enthält, wie vorausgesehen war, was Arbeiterfürsorge anbelangt, genau so wenig, wie die Thronrede selbst. Im ganzen sind hierauf bezüglich nur einige wenig energische Artikel in die Adresse aufgenommen. Es sind dies:

Das auf die Verbesserung der Lage der gewerblichen Arbeiter gerichtete Verlangen der Regierung S. M. bezieht sich mit dem gleichen Verlangen der Betheiligten selbst, dessen Befriedigung die Wahrung des vollen Vereinsrechts der Arbeiter erfordert. Der Staat wie die Gemeinden werden einen sittlichen und sozialen Beruf erfüllen, wenn sie in den eigenen Betrieben bezüglich des Schutzes, der Entlohnung, der Arbeitszeit und der Arbeiterwohnung mit dem Beispiel einer humanen und gerechten Fürsorge für die Arbeitenden vorangehen. Die Gewerbe-Inspektion sollte durch Veranlassung von Hilfskräften aus dem Kreise der Arbeitgeber und Arbeitnehmer einschließlich der Arbeiterinnen umgestaltet werden. Die Erlassung einer zeitgemäßen Gewerbe-Ordnung für das ganze Land würde von denjenigen als Wohlthat empfunden, welche weniger als andere Klassen auf die Beschäftigung einzugehen in der Lage sind.

Es ist jetzt leicht begreiflich, daß diese Adresse bis zu ihrer Plenumberatung geheim gehalten wurde; jedenfalls fürchteten die Herren vor der Veranlassung die Kritik des Volkes. Obwohl sich Genosse Klotz in der Kommission alle Mühe gab, daß die Arbeiterforderungen in die Adresse aufgenommen wurden, wurden sie aber alle, mit Ausnahme des obigen Art. 34 abgelehnt.

Unsere Forderungen (wie „Errichtung von Arbeiterkammern“, „Schaffung einer Zentralstelle für Arbeiterangelegenheiten“ und „Bestellung von Arbeitersekretären in den Industriebezirken“, „Ausdehnung der Gewerbe-Inspektion auf die kleinen Betriebe“), deren Aufnahme Genosse Klotz beantragte, passen den Spielbürgern eben nicht in ihren kapitalistischen Kram. Genosse Klotz sah sich daher veranlaßt, in der Kommission gegen die ganze Adresse zu stimmen und er wird nun in Gemeinschaft mit Genossen Glaser im Plenum den sozialdemokratischen Standpunkt wahrnehmen.

Im übrigen enthält der Adressentwurf, der die Revision der Verfassung für geboten bezeichnet, die folgenden Wünsche:

Ausschluß der Privilegierten aus der zweiten Kammer, ergänzende Wahlen, bessere Vertretung der größten Städte im Landtage, Wahlloosrecht, unbeschränkte Legitimationsprüfung, unbeschränktes Initiativrecht, freie Festsetzung der Geschäftsordnung, Regelung der Rechnungskontrolle, Aufhebung der lebenslänglichen Berufung der Ortsvorsteher, Erhaltung der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Volksschul-Gesetz, Steuerreformen im Staat und Gemeinde, Sparfamkeit, einheitliche Gesetzgebung über die Beiträge des Staates für Schulen und Digitalproben, kommunale Wandergewerbe-Steuer, Uebersicht bezüglich des Eisenbaues, billigeren Personen- und Gütertarife, billigere Posttarife im Bezirksverkehr, Pension der Bauern und der Feuerlösch-Ordnung, nachdrückliche Abhilfe gegen die landwirtschaftliche Nothlage, direkter Bezug der Proviantämter bei den einheimischen Landwirthen, Regelung des Wildschadens, Bestellung von landwirtschaftlichen Sachverständigen, Förderung von Kreditinstituten mit unantastbaren Annuitäten, Förderung der Genossenschaften durch Kapitalien, Altersversicherung, Organisation des Kleingewerbes, Einschränkung der Konkurrenz der Gefängnisarbeit.

Die Diätenfrage im Landtage von Sachsen-Weimar. Im Landtage war bei Einbringung des Staatshaushalts-Etats von einigen Abgeordneten angeregt worden, die Diäten

derjenigen Abgeordneten, die in Weimar selbst ihren Wohnort haben, denen also besondere Kosten aus dem Mandat nicht erwachsen, möchten um die Hälfte herabgesetzt werden. Im Finanzausschuß ist, wie wir der „National-Zeitung“ entnehmen, man der Sache näher getreten und bei der zweiten Lesung des Etats brachte derselbe einen entsprechenden Antrag ein. Derselbe ward auch angenommen: die Bezüge der in Weimar lebenden Abgeordneten sind demgemäß auf 5 M., die des Präsidenten beziehentlich Vizepräsidenten, falls sie in Weimar leben, auf 10 und 7 M. täglich festgesetzt worden. —

Landtagswahl in Gera. Bei der am Dienstag, den 3. d. M. vollzogenen Ersthauptwahl zum Landtage erhielten Wetterlein (Soz.) 231, Kals (Freis.) 235, Haffe (L.) 120 Stimmen. Für die infolge dessen erforderliche Stichwahl hat Genosse Wetterlein gute Aussichten.

Zum Kampf gegen die Konsumvereine in der Schweiz. Die Basler Regierung hat die Petition des Handwerks- und Gewerbevereins, den Beamten den Beitritt zum Konsumverein zu untersagen, abgelehnt. Vielen Staub hatte der Beschluß des Konsumvereins aufgewirbelt, daß er den Schuhhandel einführen wolle. Nun haben sich für die ausgeschriebene Verkaufsstelle nicht weniger als 42 Schuhmachermeister und 89 Brauereigemeinden. Das Handwerk sucht beim Handel Existenz.

Proportionalwahl. Im Luzernerischen Kantonsrathe hat Genosse Dr. Abisser einen Antrag auf Einführung des proportionalen Wahlverfahrens bei den Richterwahlen gestellt. Der Regierungsrath hat einstimmig beschlossen, dem Kantonsrathe zu beantragen, der Motion beizupflichten. —

Der Papst und die soziale Frage. Gestern berichteten wir über die Beschwerden der hohen katholischen Geistlichkeit an den Papst über die Unbotmäßigkeit und die „christlich-demokratische“ Agitation der niederen katholischen Geistlichkeit in Belgien und Frankreich. — und heute wird bereits bekannt, daß der Papst in Erwiderung auf diese Klage demnach ein offenes Schreiben an den Bischof von Mecheln richten wird, in welchem er die „Demokraten“ zur Abhägung ermahnen will. — Wir werden also jedenfalls recht bekommen mit unserer Vermuthung, daß der Papst den „christlichen Sozialismus“ der Kaplanen abschleifen lassen und mit dem Kapital und dem dessen Interessen vertretenden hohen katholischen Klerus Frieden machen wird. —

Zum italienischen Bankskandal wird heute berichtet, daß Giolitti bei dem letzten Verhör vor dem Untersuchungsrichter aus sagte, er habe die den Bankandal betreffenden Dokumente von einer Person erhalten, deren Namen er unmöglich nennen könne, und nicht von einem Beamten, wie die Anklage behaupte. —

Die französische Kammer beschäftigt sich in diesem Augenblick gleichfalls mit dem Militär-Etat. Der Berichterstatter Roche vertheidigt das Budget so wie es von der Kommission festgestellt ist. Die Debatte, welche sich entspinnt, und in die auch unsere Genossen eingreifen werden, ist auf morgen verlagert. Herr Roche erklärte, was auch in seinem gedruckten Bericht steht, die deutschen Heeresausgaben seien größer als die französischen. Von deutscher Seite wird dies bekanntlich in Abrede gestellt.

Im Zusammenhang mit dieser Debatte hat folgendes Telegramm der „Post. Ztg.“ doppeltes Interesse:

London, 6. März. Eine Abordnung des hiesigen internationalen Schiedsgerichts- und Friedensvereins überreichte gestern dem neuen französischen Votschaffer Courcel eine Willkommensadresse, die unter anderem einen Hinweis enthielt auf den guten Einfluß, den Courcel auf die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland als Votschaffer in Berlin ausgeübt habe. In seiner Erwiderung bemerkte der Votschaffer, obwohl er der Ansicht sei, daß unter den jetzigen Verhältnissen stehende Heere noch notwendig seien, theilweise um den weniger gestützten Theil des Gemeinwesens unter Nacht und Ueberwachung zu bringen, hege er doch die starke Ueberzeugung, daß die Rüstungen Europas gegenwärtig übertrieben seien, weshalb die Bemühungen der Friedensgesellschaften, deren Herabminderung herbeizuführen und freundliche Beziehungen zwischen den Nationen zu fördern, leb verdienten. Was die Beziehungen zwischen Frankreich und England anlangt, könne er sich die Möglichkeit eines Krieges zwischen beiden Ländern nicht denken; trotz gelegentlicher Reibungen seien die Beziehungen zwischen der französischen und der britischen Regierung höchst herzlich und befreundeter Natur.

Wozu stehende Heere „noch notwendig“ sein sollten, wenn man allseitig den Frieden will, das sehen wir nicht ein. —

Bei Diskussion des französischen Kolonial-Etats kamen die Gesungenen-Melodeien auf der sog. „Heilsinsel“ zur Sprache. Im Ganzen mußte die Regierung die Wichtigkeit der seinerzeit von uns mitgetheilten Nachrichten zugeben, versprach aber, daß ähnliches nicht wieder vorkommen solle. —

Die Wahlen zum Londoner Grafschaftsrath — schreibt unser Londoner Korrespondent — sind für die Progressisten ungünstig ausgefallen. Noch liegt das vollständige Resultat nicht vor, und es läßt sich daher nicht sagen, welche Fraktion im nächsten Rath die Mehrheit haben wird, aber so viel steht bereits fest, daß die Progressisten im günstigsten Falle nur auf eine solche von etlichen Stimmen werden zu rechnen haben, etwa von 80 gegen 88, während sie 1892 mit über zwei Dritteln Mehrheit: 84 gegen 84, siegten hatten. Daß dieser Sieg sich diesmal nicht wiederholen würde, war vorausgesehen und ward vorausgesehen, aber die Progressisten rechneten immerhin darauf, eine leistungsfähige Mehrheit sich zu erhalten, eine Mehrheit, mit der sich etwas anrichten läßt. Diese Hoffnung darf als gescheitert betrachtet werden. Mischparteien zählen immer unsichere Kantonslisten unter sich, und die Progressisten nicht zum wenigsten. Wenn ihnen nicht von der Gegenseite, die ja auch eine Mischpartei ist, Sanktions wird, können sie selbst wenn nominell in der Mehrheit, in allen wichtigen Abstimmungen in der Minderheit bleiben. Unter anderem ist damit in Frage gestellt die Einhaltung der vom jetzigen Grafschaftsrath beschlossenen Grundsätze im Betriebswesen, d. h. den Arbeitern gegenüber.

Nicht besser als die Progressisten, sondern meist noch sehr viel schlechter, sind die Kandidaten der Independent Labour Party und der Sozialdemokratischen Föderation gefahren. Nur einer von ihnen hat es zu einer vierstelligen Zahl von Stimmen (1255) gebracht, die Mehrheit der übrigen aber nur zu zweistelligen Zahlen. Von 12 S. d. F. und J. L. P. Kandidaten entfallen auf die der ersten Organisation etwa 800, auf die der letzteren etwas über 2000 Stimmen, im ganzen also noch nicht 3000 „unabhängige“ sozialistische Stimmen in ganz London.

Ich habe das Wort unabhängig mit Aufzählungsstrichen versehen, um nicht den Eindruck zu erwecken, als erschöpfen sich in meinen Augen die sozialistischen Stimmen, die geäußert abgegeben wurden, in jenen 2700. Es unterliegt für mich gar keinem Zweifel, daß sehr viele Sozialisten, nicht bloß auch Sozialisten, sondern Mitglieder sozialistischer Organisationen, der ausgegebenen Parole entgegen, in solchen Bezirken, wo keine Sozialisten in Frage waren, für Progressisten gestimmt haben. Ja, es müssen, nach den Wahlziffern zu schließen, sogar in Kreisen, wo Sozialdemokraten land-

birten, viele sozialistische Stimmen, statt für diese, für progressistische Kandidaten abgegeben worden sein. So hat z. B. im Bezirk Ost St. Pancras der Kandidat der Sozialdemokratischen Föderation, J. Gallop, 83 Stimmen erhalten gegen 528 im Jahre 1892 und 471 im Jahre 1889. Im Bezirk West Islington haben die beiden Kandidaten der Sozialdemokratischen Föderation 72, bezw. 26 Stimmen erhalten. Das ist nicht nur außerhalb des Stützverhältnisses der sozialistischen Bewegung in jenem Distrikt, man fragt sich auch, woher die Verschiedenheit der Stimmenzahl, da jeder Wähler das Recht hat, je 2 Kandidaten seine Stimme zu geben. Namentlich in Süd Islington, wo die beiden Kandidaten der Independent Labour Party 78 bezw. 44 Stimmen erhielten. Im Bezirk Deptford hat der Kandidat der Independent Labour Party 1255 Stimmen erhalten, und der Sekretär der Partei, Tom Mann, hat ausdrücklich auch für dort, wo einer der progressistischen Kandidaten ein Sozialist ist, nämlich der Fabianer Sidney Webb, die Weisung ausgegeben: Stimmhaltung gegenüber jedem Progressisten. Nun hat Webb 4286 Stimmen erhalten, sein progressistischer Nebenkandidat aber nur 2402 Stimmen. Es liegt also auf der Hand, daß die große Masse der obigen 1255 Wähler die eine Stimme dem Kandidaten der J. L. P., die andere Sidney Webb gegeben haben müssen. Soweit sie nicht Progressisten waren, die für den J. L. P.-Mann stimmten, weil der zweite progressistische Kandidat nicht sehr taktisch ist, waren es Sozialisten, die auf die von der Parteileitung ausgegebene Parole pfiffen.

Und das ist begreiflich genug. Nach Ansicht vieler hiesiger Sozialisten — und es ist auch die meinige — haben unsere Freunde von der Sozialdemokratischen Föderation, und noch mehr die Leiter der Independent Labour Party, bei dieser Grafschaftsraths-Wahl eine sehr falsche Taktik beobachtet. Nicht etwa darin, daß sie den Progressisten überhaupt Kandidaten gegenüberstellten, sondern darin, daß sie Kandidaten aufstellten, die selbst vom Standpunkt des Stimmengähns aus betrachtet, nicht die geringste Aussicht auf Erfolg hatten, sondern deren Kandidaturen lediglich den Effekt haben konnten, statt des Progressisten einen Reaktionsär in den Grafschaftsrath zu bringen. Dies ist denn auch fast überall eingetreten. Etwa 6 Sitze sind auf solche Weise statt Progressisten „Moderates“ — wie sich die Reaktionsäre nennen — in die Hände gefallen, und außer in Deptford, wo Ausnahmeverhältnisse herrschen, haben unsere Freunde überall lächerlich geringe Stimmengahlen erhalten. Es ist das Gegentheil eines agitatorischen Erfolges erzielt und die unmittelbaren Interessen der Arbeiter sind dabei preisgegeben worden.

Die Progressisten im Grafschaftsrath hatten etwas für die Arbeiter gethan, das ist unaußergesagt. Sie hatten eine, vom sozialistischen Gesichtspunkt aus bedeutungsvolle Wirtschaftspolitik inaugurirt, gegen die sich die ganze reaktionäre Ausbeutermasse auflehnte. Dieser Revolte der kapitalistischen Interessen gegenüber hat sich mit dem sozialistischen Zukunftssinn in der Tasche hingestellt und gesagt: Pappentheil, woran wirklich nicht am Platze. Es galt, und dies konnte erreicht werden, ohne darüber nur ein Gosa der Unabhängigkeit der Sozialdemokratie aufzugeben, den Keil vorwärtszutreiben, nicht den Rückwärtsstern das Spiel zu erleichtern. Es galt, die sozialistische Angriffskraft auf einige Punkte zu konzentriren und im übrigen, da nun einmal das hiesige Wahlsystem den Wahlen schon im ersten Wahlgange den Charakter einer Nachwahl verleiht, die Unterstützung nichtsozialistischer Kandidaten von der Stellung zu bestimmten Forderungen abhängig zu machen. Dadurch hätte die Partei eingegeben, daß sie die Gegenwartsinteressen der Arbeiter mindestens ebenso hoch hält, wie es die anderen Parteien thun. Die proklamirte platte Wahlenthaltung hat den Gegnern das Recht gegeben, die Sozialdemokraten als Sektierer zu behandeln. Und die Masse der Arbeiter, die zur Wahl gegangen, hat dies Urtheil ratifizirt. Für die Sozialdemokratie war der 2. März ihr glorreicher Tag. Mögen unsere Freunde seine Lehren beherzigen.

Die Arbeiterkandidaten, die auf der progressistischen Liste standen, sind mit wenigen Ausnahmen wiedergewählt worden, einige sogar mit Stimmengewinn. Zurückgegangen, und zwar nicht unbedeutend, sind dagegen die Stimmen, die John Burns in Battersea erhalten. Vor drei Jahren hatte Burns 5168 Stimmen, 700 Stimmen mehr als sein progressistischer Nebenlandkandidat. Diesmal rangirt er mit 8940 Stimmen als zweiter auf der Liste. Da die „Moderates“ in Battersea einen Stimmengewinn von rund 1000 zu verzeichnen haben, ist keine andere Annahme möglich, als daß viele Arbeiter und Sozialisten, die ehemals für John Burns gestimmt, dieses Mal, sei es aus Erbitterung, sei es, um ihm eine Lektion zu geben, für seine Gegner gestimmt haben. Burns hat seiner Laune so oft die Zügel schießen lassen, hat so oft ohne Noth und zwingenden Anlaß Sozialisten, die anderer Ansicht sind als er, zum Gaudium eines nichtsozialistischen Publikums verhöhnt, daß er sich kaum beschweren kann, ihm sei unrecht geschehen, so bedauerlich der Vorgang an sich ist. Es ist nur zu wünschen, daß auch er die Lehre des jetzigen Tages nicht zu vergessen unterläßt. Er ist bis zu einem gewissen Grade für den Stand der sozialistischen Bewegung mitverantwortlich.

Meine obigen Zahlen über die Stärke der Parteien im neuen Grafschaftsrath sind noch dadurch zu ergänzen, daß derselbe außer den 118 gewählten Mitgliedern noch 19 Kleriker („Bischofen“) enthält. Von diesen sind zur Zeit 17 progressiv und 2 „gemäßigt“. 9 Progressisten scheiden diesmal aus und ihre Ersatzmänner werden vom neuen Grafschaftsrath ernannt. Haben die Progressisten auch nur eine Stimme Mehrheit, so können sie statt ihrer wieder 9 Gefinnungsgegnossen wählen und sich so doch ihre leistungsfähige „working“ — Mehrheit sichern. Wenn! Und ferner, wenn angesichts des Wahlergebnisses nicht schon von Anfang an die Einigkeit in die Brüche geht. Selbst dann aber ist die Situation eine prekäre, sobald in Westminster statt einer liberalen eine konservative Regierung sitzt, da der Grafschaftsrath auf Schritt und Tritt von deren Unterstützung abhängt. —

In Rußland gehen ernste Dinge vor. Daß unterliegt keinem Zweifel. So strenge Zensur auch für Telegramme geübt, so scharf der Briefverkehr überwacht wird, ganz läßt sich die Wahrheit doch nicht unterdrücken. Ueber die jüngsten Vorgänge in Petersburg haben wir noch immer keine authentischen Berichte. Alle Briefe, die nicht einen strikt kaufmännischen oder wenigstens geschäftlichen Charakter tragen, werden an der Grenze erbrochen, und wenn sie irgend wie Verfalltliches enthalten, verbrannt oder beschlagnahmt. Trotz dieser Vorsichtsmaßregeln sind uns folgende Mittheilungen zugegangen, für die wir bürgen können. Die Nachrichten der ersten großen Manifestation in Petersburg — am 21. Februar —, wo bürgerliche Elemente und Arbeiter sich den Studenten sympathisch zeigten und theilweise angeschlossen, verbreiteten in ganz Rußland eine lebhafteste Erregung. Namentlich die Universitäten wurden ergriffen. Die Studenten von Moskau, die schon früh am 21. Februar die Petersburger Ereignisse kannten, zogen noch denselben Tag über 1000 Mann stark, unter Führung des schwermüthig-wilden Liebes der „Arbeitsgemeinschaft“, dessen Text wir demnach mittheilen werden, hinaus nach dem Kirchhof zu dem Denkmal Puschkin's. Hier sammelte sich die Menge. Die Ereignisse in Petersburg wurden besprochen, in begeisterten Neben die Pflicht der studirenden Jugend betont, an den Seiten der Arbeiter und der liberalen Bürger für die politische Freiheit und für soziale Reformen zu kämpfen. Die Menschenmasse schwoll immer mehr an — so daß die Studenten bald nur den kleineren Theil der Versammlung bildeten. Diese Theilnahme des Volkes ist das bedeutsame und für die Regierung gefährliche Moment der gegenwärtigen Bewegung. Und die Regierungsborgane sind deshalb auch auf eifrige Bemühung, diese Thatsache weg-, oder positiv in ihr Gegenstück umzuwandeln. Sobald der Vektor der Unterdrückung von der Vorkommnissen Kenntnis erlangt hatte, begab er sich zu dem Polizeipräsidenten und fuhr mit diesem nach dem Kirchhof,

um die Studenten zum Weggehen zu bestimmen. Er sprach freundlich zu ihnen — er drohte — vergebens: die Studenten blieben fest, und die beiden Beamten mußten sich unverrichteter Sache entfernen. Zu gewaltsamem Einschreiten kam es aber nicht. Weder Polizei noch Militär wurde in Bewegung gesetzt. Die Behörden sind offenbar noch nicht klar, wie sie diese Bewegung auffassen, und was sie thun sollen. Bis zum 2. März — so weit reichen unsere Nachrichten — haben die Demonstrationen am Grabe Pufkin's sich allfälliger wiederholt, und zwar unter wachsender Theilnahme des Volks.

Daß die Behörden seitdem eingeschritten seien, davon hat nichts verlautet.

Als charakteristisch zur Kennzeichnung der Lage und Stimmung sei noch eine Thatsache erwähnt: Nach dem Tode des vorigen Jaren wurde von Seiten der Behörden — in auch aus Deutschen ziemlich geläufiger Weise — unter den Moskauer Studenten eine „freiwillige Sammlung“ in Szene gesetzt für einen Kranz, der auf dem Grabe des Jaren niedergelegt werden sollte. Wohl, in der philosophischen Fakultät von Moskau, die ungefähr 900 Studierende zählt, hat die Sammlung für diesen patriotischen Zweck genau 24 — in Buchstaben vierundzwanzig — Kopien ergeben, ungefähr sechzig Pfennig deutscher Reichsmünze.

Die gebildeten Elemente der Nation der Regierung feindlich gesinnt, das Volk mit den ausgeprochenen Feinden der Regierung sympathisirend, die Behörden unentschieden und schwankend — so gehen Regierungen und Regierungssysteme zu Grunde. —

Ueber den Zustand auf Cuba liegen heute einige Mittheilungen aus Madrid vor, die aber, da sie jedenfalls aus spanischen Regierungskreisen stammen, mit Vorsicht aufzunehmen sind. Man meldet:

Auf Cuba hat sich der Rebellenführer Yagney ergeben. Der Aufstand in Matanzas ist beendet. Die spanischen Truppen scheitern in Guantanamo ungesiegt, die dortigen wenig zahlreichen Aufständischen vermeiden einen Zusammenstoß. Drei Kanonenboote überwachen die Küste bei Santiago (Cuba).

Ferner meldet dieselbe Quelle:

Wie verlautet, bereiten Freibeuter von Key-West und Tampa (Florida) einen Zug nach Cuba vor.

Nach in Madrid eingegangenen Telegrammen aus Havana wurde ein Haufe von 200 Aufständischen bei Cienfuegos geschlagen; auch andere Banden wurden zerstreut. —

Parteinachrichten.

Von der Agitation. Ueber die bisherige Thätigkeit des Reichstags sprach Reichstags-Abgeordneter H. Buch am vorigen Sonnabend in Döbeln i. S. vor einer zahlreichen Zuhörerschaft, welche den geräumigen Saal füllte. Mit regem Interesse und großer Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden den mehrstündigen Ausführungen des Redners, ihr Einverständnis mit denselben durch öfteren Beifall kundgebend. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde der sozialdemokratischen Fraktion für ihre bisherige Thätigkeit der Dank der Versammelten ausgesprochen und zugleich gegen die Umsturzvorlage auf das entschiedenste protestirt. — Ueber denselben Gegenstand sprach Buch am Sonntag Nachmittag in Partha. Auch hier war das große Versammlungsthal dicht gedrängt besetzt. Es hatten sich besonders viele Zuhörer aus den umliegenden Ortschaften eingefunden, die mit großer Aufmerksamkeit dem Redner folgten und durch öfteren, am Schluß brausenden, langanhaltenden Beifall ihre Zustimmung kundgaben, was noch in einer einstimmig angenommenen Resolution geschah, die sich auch scharf gegen die Umsturzvorlage aussprach. — Besondere Heiterkeit und wahre Nachsinnen erregten in beiden Versammlungen die Schilderungen des Redners über das Auftreten des Vertreters des Kreises im Reichstage, Herrn Sachs, gelegentlich der jüngsten Judenrede. Von Diskussionsrednern wurde festgestellt, daß selbst antisemitische Kleinmeister über ihren Abgeordneten sich sehr enttäuscht ausgesprochen haben. Kein Wunder! Die nächste Wahl giebt ihnen die Gelegenheit, sich vor solcher Eventualität zu bewahren, indem sie dem sozialdemokratischen Kandidaten des Kreises, unserem bewährten Genossen Grünberg zum Siege zu verhelfen.

In Großenhain sprach am vergangenen Montag die Frau Clara Zeilin, die sich, wie schon mitgeteilt, auf einer Agitationsreise in Sachsen befindet. Die Versammlung war von einer großen Zahl Frauen besucht.

Gegen die Tabaksteuer tagte vor einigen Tagen eine imposante Protestversammlung in Steint, wo Genosse Kiesel aus Berlin vor etwa 800 Personen sprach. — Eine von circa 6000 Personen besuchte Versammlung aller Parteien tagte am letzten Montag in Bremen. Einberufen war dieselbe von den Mischmaschparteien mit dem Reichstags-Abgeordneten Herrn Frese als Referenten, beherrscht jedoch wurde die Versammlung von den Sozialdemokraten. Eine von dieser Seite eingebrachte Resolution, die sich tadelnd über das Verhalten des Herrn Frese im Reichstage aussprach, brachte das Bureau nicht zur Verlesung. In der Diskussion nahmen eine Reihe Parteigenossen das Wort, um unseren Standpunkt unter großem Beifall der Anwesenden darzulegen.

Zum Fall Werthold. Unsern Lesern dürfte aus dem in unserer „Rechtszeitung“ f. 3. veröffentlichten Prozeß „Breit- rüd“, der sich vor dem h. a. m. b. u. r. Schwurgericht abspielte, bekannt sein, daß der Verteidiger des Angeklagten, der Rechtsanwalt Dr. A. Werthold war, der in Hamburg als ein eifriger Anhänger unserer Partei bekannt ist. Derselbe Dr. Werthold war es auch, der dem wegen Sittlichkeitsverbrechen in Untersuchungshaft stehenden Dr. Samuelsohn, zu dem er als Verteidiger Zutritt hatte, eine Waffe überbrachte, mit der dieser Selbstmord beging. Wegen beider Fälle wird Dr. Werthold von Seiten der bürgerlichen Presse aufs heftigste angegriffen, so daß er sich veranlaßt sieht, im „Hamburger Echo“ folgende Erklärung abzugeben, die auch wir unseren Lesern hiermit zur Kenntniß unterbreiten wollen:

Parteigenossen!

Gegenüber den unsagbaren Entstellungen und Angriffen eines Theiles der Bourgeoisblätter, ganz zu geschweigen des verleumdenden Gerede der Antisemitenpresse fühle ich mich zu folgenden Erklärungen gedrungen:

1. Zum Falle Breitruß:

§ 140 der Strafprozeßordnung bestimmt: Die Verteidigung ist notwendig in den Sachen, welche vor dem Reichsgericht in erster Instanz oder vor dem Schwurgericht zu verhandeln sind. Das Schwurgericht kann den Angeklagten ohne Weisung eines Verteidigers überhaupt nicht aburtheilen.

Ein Verteidiger, der sich durch vorgefaßte Meinungen, sei es selbst weite Kreise, hinsichtlich der vermeintlich bereits erwiesenen Schuld des Angeklagten von dessen Verteidigung abhalten ließe, wäre ein Feindling, und dächten alle Anwälte derart, dann würde der Angeklagte ohne Verteidiger verbleiben, und das Gerichtsverfahren unmöglich sein.

Ich habe die Verteidigung des Angeklagten Breitruß ohne Voreingenommenheit für oder wider, wie es einem erfahrenen Anwalt geziemt, in die Hand genommen, ich habe im Verlaufe der Sache die persönliche Ueberzeugung von der Unschuld desselben gewonnen, dieser Ueberzeugung habe ich in mehrfacher Verhandlung und in mehrfachen Reden vor dem Schwurgericht den kräftigsten Ausdruck verliehen, dessen ich mich fähig fühlte. Das war mein Recht und meine Pflicht als Verteidiger, und, solche unabhängig von der ungünstig beeinflussten öffentlichen Meinung ausgeübt zu haben, ist mein Stolz.

Parteigenossen! Von dem Augenblicke an, in welchem der Verteidiger, anstatt sich dem Angeklagten mit seiner ganzen

Persönlichkeit zu widmen, den Blick außerhalb des Gerichtssaales schweifen läßt, von dem Augenblicke an, in welchem er fragt, ob die Verteidigung ihm Beliebtheit oder Unbeliebtheit eintragen könnte, verrät er die Sache des Angeklagten und die Sache der Gerechtigkeit aus selbstlichen Gründen: er wird zum Judas. Versteht Euch in die Lage eines Unschuldigen, gegen den eine einseitig geführte Voruntersuchung die Belastungsbeweise aufstülzt, seht ihn die Hand vergeblich nach einem Menschen ausstrecken, der ihm helfe, der ihm glaube, und fragt Euch, ob Ihr den Verteidiger, dessen Eifer, anstatt sich zu verdoppeln, aus Mitleidenschaft auf die eigene Person erlahmte, nicht mit Recht verabscheuen würdet.

2. Zum Falle des Dr. Samuelsohn:

Wer dem Verstorbenen nahe gestanden hat oder mit ihm als Arzt in Berührung gekommen ist, weiß, daß er ein treuer, guter Mensch war, stets hilfsbereit, einfach in seinen Ansprüchen und in seiner Lebenshaltung. Hat er gefehlt, hat er in einer Stunde der Verzweiflung selbst schwer gefehlt, so konnte er als Mann von Charakter dem beleidigten Gesehe keine edlere Sühne bieten, als den freiwillig gewählten Tod. Wer die Freundschaft nicht nur als ein Wort auf den Lippen trägt, sondern im Herzen fühlt, wer kein Bourgeois der konventionellen Pharisäermoral ist, wird verstehen, warum ich dem Unglücklichen die letzte Bitte, ihm die Waffe ins Gefängnis zu bringen, nicht abschlug.

Parteigenossen! Jeder von Euch würde dasselbe für einen Freund gethan haben!

Dr. A. Werthold.

Die Kreis-Konferenz der Parteigenossen des Essener Kreises, welche am Sonntag in Essen stattfand, beschloß mit 12 gegen 2 Stimmen, bei dem rheinischen Agitationsbezirk zu bleiben. Als Kreis-Vertrauensmann wurde hierauf, den Beschlüssen des Duisburger Parteitages entsprechend, Genosse Sittenfeld, Essen, Rheinischestr. 22, gewählt. In bezug auf die Presse wurde der Beschluß gefaßt, an der in Dortmund erscheinenden „Arb.-Ztg.“ festzuhalten.

Zu den von und gerügten Stegmüllereien von Stadtverordneten, die als Sozialdemokraten von Sozialdemokraten gewählt worden sind, nimmt nun auch unser Württemberger Parteiblatt Stellung. Es bezeichnet die Nachricht bürgerlicher Blätter, daß die Sozialdemokraten im Stadtrath die Mehrheit haben, für eine Unwahrheit; es sühne nur ein einziger Sozialdemokrat im Stadtrath und dieser habe auch gegen die Ernennung Bismarck's zum Ehrenbürger gestimmt. Im Stadtverordneten-Kollegium dagegen, so schreibt das Blatt weiter, sind vier aus- gesprochene Sozialdemokraten vertreten. Diese haben selbstverständlich gegen die Erklärung Bismarck's zum Ehrenbürger ihrer Stadt gestimmt. Auch einige der oppositionellen bürgerparteilichen Stadtverordneten haben auf dem Abstimmungs-Tisch die Erklärung abgegeben, daß dieselben kein Interesse an der Person Bismarck hätten, welche ablehnende Erklärung die Bismarck-Bewunderer als — Enthaltung von der Abstimmung sich gedeutet haben.

Die Maifeier werden die Münchener Parteigenossen in diesem Jahre in der bisher üblichen Weise feiern. Ein Antrag, die Feier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen, fand keine Annahme.

Der Vorkott gegen die Münchener Rind-Bräuererei wurde, nachdem die Bräuererei sich verpflichtet hatte, ihren Saal den Sozialdemokraten zu allen Versammlungen und Festen freizugeben, von einer Parteiversammlung aufgehoben.

Parteipresse. In Zürich soll ein sozialdemokratisches Tageblatt gegründet werden. Die Züricher und Winterthurer Genossen entwidelten für die Verwirklichung dieses Projektes große Thätigkeit. An der letzten Delegirtenversammlung der Arbeiterunion Winterthur und Umgebung lagen laut „Schillerianer“ folgende Anträge vor: „1. Um dem Blatte eine möglichst große Verbreitung zu verschaffen, ist für Winterthur und Umgebung eine eigene Ausgabe herzustellen in dem Sinne, daß die vierte Seite desselben für Winterthurer Inserate reservirt bleibe; dadurch würde das Organ zu einem Winterthurer Tageblatt gestempelt und das Halten von anderen Blättern entbehrlich gemacht. 2. Einer der beiden Redakteure soll seinen Wohnsitz in Winterthur haben, d. h. er soll während der Arbeitszeit in Zürich als Redakteur thätig sein und abends nach Winterthur zurückkehren. Dadurch beläme derselbe einen Einblick in die Winterthurer Sozialpolitik und Vereinsthätigkeit. 3. Als Garantie für die Mehrkosten, die eine solche Umgestaltung des Blattes hervorruft, leistet die Arbeiterunion einen Beitrag von 5000 Frs., an den Pachtzins für das erste Jahr, d. h. 3500 Frs., in bar und 1500 Frs. in Gestalt von Inseraten der der Arbeiterunion Winterthur angehörenden Vereine.“ Sämmtliche Redner sprachen sich für Annahme dieser Anträge aus und die zwei anwesenden Mitglieder der Preßkommission erklärten dieselben für annehmbar. Der Namensaufruf ergab einstimmige Annahme. Eine Kommission von sieben Mitgliedern ist mit der Ausführung des Beschlusses beauftragt.

Todtenliste der Partei. In Hannover ist der Parteigenosse Karl Vertram einem jahrelangen Lungenleiden erlegen. Der Verstorbenen war längere Jahre Kandidat des 9. und 10. hannoverschen Reichstags-Wahlkreises und hat, so lange sein Gesundheitszustand noch erlaubte, keine Strapazen gescheut und unermüdet für die Verbreitung unserer Ideen gewirkt. Selbst, als schon die Folgen des in ihm liegenden Todesurtheils sich bemerkbar machten, hat der nunmehr Entschlafene noch seine Geduldigkeit gethan und ausgeharrt bis zum letzten Athemzuge. Genosse Vertram hat ein Alter von etwa 40 Jahren erreicht. Er hat eine Wittve und vier Kinder, von denen das jüngste erst etwa ein Jahr alt ist, hinterlassen. — Friede seiner Asche!

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Vor der Strafkammer zu Gießen stand am 4. d. M. der frühere Redakteur des Solinger Parteiblattes, jetzt Redakteur der „Thüringer Tribune“, Genosse Guth, um sich wegen Beleidigung eines Unteroffiziers zu vertheidigen. Der Artikel war schon am 6. Februar 1893 erschienen, damals auch das Strafverfahren eingeleitet, dies aber dann eingestellt worden, da Guth sich eine Zeitlang in der Schweiz aufgehalten hat. In dem Artikel wurde dem Unteroffizier der Vorwurf schwerer Mißhandlungen eines Soldaten gemacht, und diese Mißhandlungen sollten den Tod des Mannes herbeigeführt haben. Nach der Weisaufnahme ist der Soldat allerdings infolge von Verletzungen am Mundstarktraum gestorben; doch diese Verletzungen sollen nicht von Mißhandlungen herrühren, der Unteroffizier vielmehr ein so guter und lieber Vorgesetzter sein gegenüber den Soldaten, daß er den verletzten Soldaten sogar aufgefordert hat, sich krank zu melden, aber dieser renitente Mensch wollte lieber Dienst thun und achtete auf seine Wunde nicht. Nun ist er stumm, — er hat seinen allzu großen Dienstreifer mit dem Tode bezahlen müssen. Guth, der den Artikel nach Mittheilungen der „Münch. Post“ gebracht hatte, wurde zu 100 M. Geldstrafe event. 10 Tage Gefängnis verurtheilt.

— Das Gefängnis verlassen hat der Genosse Hante in Braunsberg, nachdem er einen Monat darin über seine Sünden nachzudenken hatte.

— Zu acht Monaten Gefängnis verurtheilt das Landgericht zu Regensburg den Genossen Schade, der sich einer groben Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben soll. Er hat in einer Volksversammlung von dem geisteskranken König gesprochen und außerdem eine angebliche Aeußerung des Kaisers über die Pflicht der Soldaten, auch auf Vater und Mutter zu schießen, falls es befohlen werde, kritisiert. Die Staatsanwalt-

schaft hatte beim Polizeipräsidenten in Berlin angefragt, ob der Kaiser die Aeußerung vom Schießen auf Vater und Mutter gethan habe. Der Polizeipräsident erwiderte, er wisse nicht, ob diese Aeußerung vom Kaiser herrühre.

— Gegen Genossen Dr. Adler in Wien wurde dieser Tage vor der Berufungskammer wegen Beleidigung der Behörden verhandelt. In einer Versammlung hatte Dr. Adler die Behandlung der Arbeiter durch die Regierung und das Parlament einer Kritik unterzogen; besonders hatte er die Vorgänge in Ostrau und Falkenau geschildert. Vor dem Appellhofe unternahm er es, den Beweis der Wahrheit zu führen, indem er Erkenntnisse des Reichsgerichts verlas, mit welchen die Ausweisung von zahlreichen Arbeitern aufgehoben wurde, sowie Erkenntnisse von Gerichtshöfen, mit welchen beschuldigte Arbeiter freigesprochen wurden. Hieraus gehe hervor, daß ungerechte, empfindliche Maßregeln gegen Arbeiter ergriffen wurden. Der Staatsanwalt zog von den 14 Punkten der Anklage gegen Dr. Adler die überwiegende Mehrheit derselben zurück. Der Gerichtshof gab in einem der übrig gebliebenen Punkte der Berufung statt, bestätigte jedoch im übrigen das erstinstanzliche Urtheil und ließ auch die Strafe unberührt, da dieselbe mit Rücksicht auf die Vorstrafen des Beschuldigten nicht zu hoch bemessen sei.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Metallarbeiter! Sämmtliche Kollegen der Firma Edel u. Glincke, Wasserthorstraße 50, haben am Sonnabend, den 2. März, wegen wiederholter willkürlicher Preisreduzierungen einmüthig die Arbeit niedergelegt. Die von Seiten des unterzeichneten Vorstandes angebotenen Verhandlungen scheiterten an der schroffen ablehnenden Haltung der Herren Unternehmer. Die Kollegen befinden sich demzufolge im Streik, und bitten wir so lange um strengste Fernhaltung des Zuganges, als nicht unferseits der Streik als beendet erklärt ist. Da sich von den gegenwärtig in Berlin vorhandenen arbeitslosen Kollegen niemand findet, bei obiger Firma in Arbeit zu treten, so wird von Seiten des Unternehmerverbandes alles versucht, um Kräfte von außerhalb herbeizuschaffen. Wir bitten deshalb alle arbeiterfreundlichen Blätter Deutschlands um Aufnahme dieser Notiz.

Der Vorstand des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Die Arbeitsniederlegung der 800 Knopfabriker von Schmölln haben wir gestern bereits mitgeteilt. Der Grund zu der Arbeitsniederlegung war der sogenannte Einheitslohn. Bisher war man allgemein der Meinung, daß der von den Fabrikanten ausgearbeitete Lohn ein einigermaßen annehmbarer sei. Die vom Holzarbeiterverbande (Zahlstelle Schmölln) gefertigte Statistik der Löhne bewies jedoch, daß dies nicht der Fall sei. Es sind in 17 Fabriken die Lohnsätze eingekamelt und mit dem Einheitslohn verglichen worden. Das Resultat war: in 6 Fabriken würde er durch den Einheitslohn absolut schlechter werden, in 3 Fabriken würde er gleich bleiben, in 8 theilweise gleich bleiben und (in verschiedenen Branchen) schlechter werden, während 5 Fabriken eine kleine Verbesserung hatten. Die überwiegende Mehrzahl würde also durch den Lohnsatz sich verschlechtern. Es versteht sich von selbst, daß die Arbeiter einmüthig beschloßen, daß sie diesen Lohn nicht anerkennen wollten und könnten.

In den Gewerkschafts-Organisationen in Branden- burg a. H. waren nach einer Statistik, die das Gewerkschafts-komitee im Februar d. J. ausgenommen hat, im ganzen 1188 Männer und 122 Frauen. Das ist eine sehr geringe Zahl im Verhältnis zu den am Plage in der Industrie thätigen Arbeitern und Arbeiterinnen, welche 4214 bzw. 1667 beträgt. Nur bei den Tabalarbeitern sind sämmtliche männlichen und weiblichen Gewerkschaften organisiert. Dann folgen die Buchdrucker, die nur einen Berufsgegenstand als nicht organisiert aufzuführen. Die Ziffern zeigen, wie sehr viel noch gearbeitet werden muß, um nur erst die größte Zahl der Arbeiter in die Organisation zu bekommen.

In einer Federmesserreider-Versammlung in Solingen wurde bekannt gegeben, daß die beiderseitige Kündigung des Preisverzeichnisses auf sechs Monate mit dem Fabrikantenverein vereinbart ist.

Die Lederzurichter der Lederfabrik von Hermann u. Stilling in Durlach haben infolge einer Lohnhöherung sämmtlich die Arbeit am 4. d. Mts. niedergelegt. Die Fabrikanten erklärten kurzweg, mit den Arbeitern in keine Verhandlung zu treten. Zu unterstützen sind 22 Verheirathete und 3 Ledige. Sämmtliche gehören dem Verband der Lederarbeiter Deutschlands an. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Zugang ist strengstens fernzuhalten.

Arbeitersekretariat in der Schweiz. Auf Antrag des schweizerischen Metallarbeiter-Verbandes hat der Bundesvorstand des Arbeiterbundes folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung hält den Beschluß des Wiener Arbeitertages aufrecht, es sei die Stelle für eine Vertretung der schweizerischen Metallarbeiter im Arbeitersekretariat sobald als möglich zu besetzen, d. h. sobald die Möglichkeit vorhanden, eine Nachsubvention vom Bunde für das Arbeitersekretariat zu erhalten.“

Der österreichische Holzarbeiterverband hat beschloßen, die Reisunterstützung von 10 Kreuzer per 30 Kilometer auf 11 Kreuzer zu erhöhen.

Depeschen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.

Breslau, 6. März. Der Provinzial-Landtag hat dem Richter Max Heinel eine lebenslängliche Pension von 500 M. bewilligt.

Stuttgart, 6. März. Die Kammer nahm mit 64 gegen 18 Stimmen den Abfah 4 des Adressenwurfs an, in welchem eine Verfassungsreform unter Aufhebung der Vorrechte der Geburt oder des Amtes gefordert wird. Die Vertreter der Ritterschaft und der Prälaten haben ablehnende Erklärungen abgegeben, während die Vertreter der katholischen Geistlichkeit und der Kammer der Universität dem Abfah zustimmten.

Gulz, 6. März. Heute ist hier ein Fischerschmaß mit der Leiche des Passagiers der „Elbe“ Baumann aus Baden eingetroffen. Die Leiche wurde bei Lovestoft aufgefischt. Die bei der Leiche vorgefundenen Gegenstände: Geld, Papiere, Trauring und Uhr wurden dem deutschen Konsul ausgehändigt.

Schredsbury, 6. März. Bei der Einfahrt in ein Bleibergwerk kamen heute sieben Personen ums Leben.

Rom, 6. März. Dem „Dritto“ zufolge hat die Anklagekammer heute den von Giolitti erhobenen Kompetenzeinwand in dem auf Grund von Privatklagen eingeleiteten Prozeß verworfen. Giolitti hat hiergegen Berufung bei dem Kassationshof eingelegt.

Nimini, 6. März. Gestern schneete es hier ununterbrochen 16 Stunden. Heute früh um 9 Uhr begann ein neuerlicher Schneefall. Der Verkehr ist unterbrochen.

(Teufelschen-Bureau.)

Wien, 6. März. Der seit gestern Abend herrschende starke Schneefall verursacht hier und in der Umgegend große Kalamitäten. Die Aufrechterhaltung des Tramway- und Bahnverkehrs ist nur sehr schwer zu ermöglichen. Auch aus der Provinz und aus Ungarn treffen sehr trostlose Nachrichten über das Unwetter ein. Fiume hat seit drei Tagen keine Postverbindung mehr. Der Schaden durch das Hochwasser in vielen Gegenden Ungarns ist sehr bedeutend.

Brüssel, 6. März. Die Hafenstadt Port of Spain auf Trinidad ist heute durch eine furchtbare Feuersbrunst theilweise zerstört worden. Der Materialschaden beträgt 25 Millionen.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

53. Sitzung vom 6. März 1895, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: v. Bötticher.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung der Anträge betreffend die Einwanderung der ausländischen Juden, die eingebracht sind von den Deutschkonserwativen (v. Hammerstein und v. Mantensfel) und von den Antisemiten (Liebermann v. Sonnenberg).

In Verbindung damit wird ein Antrag des Abg. Haffe (nll.) beraten, wonach das Gesetz über den Erwerb und Verlust der deutschen Reichs- und Staatsangehörigkeit dahin geändert werden soll, daß eine Erschwerung des Verlustes der Staatsangehörigkeit und eine Erschwerung der Naturalisation herbeigeführt werden soll.

Abg. Haffe (nll.) erhält zunächst das Wort zur Begründung seines Antrages. Er bezeichnet sich als einen Gegner der antisemitischen Bewegung, weil sie gescheheweis unmöglich ist und weil nur dadurch die großen Massen aufgeregt werden. Er könne auch die Juden nicht für alle Schäden des öffentlichen Lebens verantwortlich machen und könne die Judenfrage nicht in den Mittelpunkt der Gesamtpolitik stellen. Dagegen wolle er die Judenfrage vom Standpunkte des berechtigten nationalen Egoismus behandeln. Der Nationalismus; der sich ausbäumt gegen die Ueberfremdung mit fremdem Volksthum, findet sich in Südfrankreich den Italienern, in Paris den Deutschen und auch in Nordamerika den Einwanderern gegenüber. Nicht berechtigt ist er in Nordamerika, dessen Bevölkerung aus der Europäer hervorgegangen ist, auch nicht in solchen Ländern, die sich nicht selbst durch ihre eigene Bevölkerung erhalten können, wie z. B. Frankreich, dessen Volksvermehrung eine sehr geringe ist. Berechtigt ist er in Deutschland, da die Bevölkerung sich genügend vermehrt und der Einwanderung eine sehr erhebliche Auswanderung gegenüber steht. In Deutschland leben etwa 9 pCt. von nichtdeutscher Rasse: Polen, Franzosen, Wallonen und Israeliten. Gegen eine Einwanderung dieser Elemente muß sich jede nationale Politik wenden. Die Einwanderer sind allerdings nicht ihrer Rasse nach feindlich, sondern nur nach ihrem Geburtsort. Es muß die Erschwerung der Naturalisation herbeigeführt werden. Denn die jetzigen Vorschriften des Gesetzes vom 1. Juni 1870 legen nur sehr leichte Bedingungen auf für die Naturalisation; mindestens müßte die Entscheidung in die Hände einer Reichs-Zentralbehörde gelegt werden. Aber auch der Verlust der Reichsangehörigkeit müßte erschwert werden. Viele Tausende von Deutschen sind nach Rußland, nach Südamerika ausgewandert, sie kehren vielleicht nach Deutschland zurück und müssen sich die Staatsangehörigkeit erst neu erwerben. Jetzt ist es in das diskretionäre Ermessen der Behörden der einzelnen Bundesstaaten gestellt, ob sie die Naturalisation gewähren wollen oder nicht. Nur das Mindestmaß ist zum Schutze des Staates vorgeschrieben; erwerbsfähige, arbeitsscheue und beschollene Personen können ferngehalten werden. Warum sollen nicht auch die national minderwertigen Personen ferngehalten werden können?

Im Interesse eines selbstbewußten und mächtigen Reiches muß es liegen, über seine Reichsangehörigen möglichst lange die Verfügung zu besitzen. Jetzt verliert Jeder nach 10 Jahren Abwesenheit seine Staatsangehörigkeit. Das ist aus Bequemlichkeitsrücksichten für die Verwaltung geschehen. In anderen Ländern verliert man nicht durch bloßen Aufenthalt im Auslande seine Staatsangehörigkeit. Gegen den jetzigen gesetzlichen Zustand hatten sich bei Schaffung des Gesetzes die Abgg. Miquel und Braun ausgesprochen; sie meinten, daß erst durch die Erwerbung einer fremden Staatsangehörigkeit die deutsche verloren werden könne. Das wurde aber nicht angenommen und es giebt jetzt sehr viele Deutsche, z. B. in Rußland, welche durch 10 Jahre Abwesenheit ihre Reichsangehörigkeit verloren, aber die russische nicht erworben haben. Sie sind also rechtlos. Wir können und doch nur ein Volk von Brüdern nennen, wenn wir nicht nur ein Vaterland besitzen, welches wir mit starker Hand schützen, sondern auch, wenn wir unser Muttervolk schützen. Darin erblicke ich die Grundlage einer nationalen Politik.

Abg. Nicker (sf. Vg.): Der Antrag des Vorredners hat einen verdächtigen Charakter nur in dem Zusammenhang mit den anderen Anträgen. Die Erschwerung des Verlustes der Staatsangehörigkeit kann man objektiv behandeln; man kann darüber verschiedener Meinung sein. In diesem Zusammenhang lehne ich den Antrag umföhr ab, als auch der Vorredner nicht entfernt ein Bedürfnis für denselben nachgewiesen hat. Man kann auch den nationalen Standpunkt überspannen. Der Antrag Hammerstein soll der unverfängliche Anfang der ganzen antisemitischen Gesetzgebung sein. Der Bund der Landwirthe ist ja eine antisemitische Organisation geworden. Das Ziel der Bewegung ist die Aufhebung der Gleichberechtigung der Juden. (Zuruf des Abg. v. Bögg: Das würde gar nichts schaden!) Man hält es nur nicht für praktisch, mit der Vorseitigung der Gleichberechtigung der Juden anzufangen. Ich hoffe, es wird keine deutsche Volksvertretung geben, die jemals diesen Schritt thut. (Zurufe rechts! Abwarten!) Die Unterjagung des zeitweiligen Aufenthalts im Reiche würde eine Verhöhnung der Verträge sein, welche Deutschland mit fremden Staaten abgeschlossen hat. Selbst das Verbot der Naturalisation, gesetzlich ausgesprochen, würde gegen den Geist der Verträge verstoßen. Welches Bedürfnis liegt für den Antrag vor? Ausländische Stralche, Hausirer und ähnliche Leute können seitens der Landespolizei-Behörden ausgewiesen werden, dergleichen jeder Ausländer, der sich unbecom macht. In Preußen kann ein Ausländer die Naturalisation nur erwerben unter Zustimmung des Ministers des Innern. Die Zahl der russischen Juden hat sich im Westen vermindert. Ein jüdischer Arzt, ein Russe, der lange Jahre in Deutschland praktizirt hat, suchte seine Naturalisation nach; er erhielt vom Regierungspräsidenten den Bescheid, daß er die Naturalisation erhalten würde, wenn er seine Entlassung aus dem russischen Staatsverbande nachweisen könne. Als er seine Entlassung erhalten hat, wird ihm die Naturalisation nicht gewährt. Ist das gerecht? Die russischen Staatsangehörigen sind aus den östlichen Provinzen zum großen Theil ausgewiesen worden; aber es standen große wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel, und deshalb konnte man nicht alle ausweisen. Die russischen Kommissäre in Memel und Königsberg kann man gar nicht entbehren. Man bereitet ihnen allerhand Schwierigkeiten; einen dauernden Aufenthalt gestattet man ihnen überhaupt nicht. Sie werden meist nur auf 6 Monate zugelassen; wird eine längere Genehmigung erteilt, so gilt sie nicht für die Familie. Also ein Bedürfnis für den Hammerstein'schen Antrag liegt nicht vor. Was ist überhaupt angestrebt worden? Antisemitische Reden gegen unsere Juden, aber kein Nachweis, daß die massenweise Einwanderung fremder Juden stattfindet. Antisemitische Reden, die man in Versammlungen für 50 Pfennige anhören kann, die überhaupt das Oberflächliche sind, was es giebt, hat man hier gehalten. Auf die Frage der Konturfe, des unläuteren Wettbewerbs u. s. w. will ich nicht eingehen, auch Christen sind bei Konturfen und beim unlauteren Wettbewerb betheiligt. Diese Dinge gehören nicht zur Sache, denn es handelt sich hier um auswärtige Juden. Die Juden haben im Deutschen Reiche nicht zugenommen, sondern

abgenommen, und zwar in den letzten 20 Jahren von 125 bis 115 auf 100 000 Einwohner. (Zuruf rechts: Noch viel zu viel!) Sanitätsrath Neumann in Berlin hat nachgewiesen, daß viele Juden ausgewandert sind; das preussische statistische Bureau hat seine Untersuchung bestätigt. 1886 hat Wagner die Schrift von Neumann selbst anerkannt und die jüdische Massenauswanderung vom Osten her als eine Fabel bezeichnet. Aber um diese Statistik hat sich niemand von Ihnen (rechts) gekümmert, sonst wäre ein solcher Antrag überhaupt nicht eingebracht worden. Hat sich die Zahl der russischen Juden in den Grenzprovinzen vermehrt? Sie hat sich ebenfalls vermindert. Im Laufe eines Menschenalters sind nur wenige Juden naturalisirt worden in Preußen, und die Zahlen ergeben, daß die Einwanderung abgenommen hat. In antisemitischen Zeitungen wird jetzt parabolisch mit einem Erlaß des großen Kurfürsten aus dem Jahre 1641, als derselbe also 21 Jahr alt war. Da weigerte er sich, die Juden zuzulassen. Aber 1670 hat der große Kurfürst die aus Wien vertriebenen Juden aufgenommen. Und jetzt sollen wir ein Gesetz annehmen, welches die Begünstigung der Einwanderung der Juden mit Strafe belegt! Ich bitte den Antrag abzulehnen.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich habe noch keine Gelegenheit gehabt, mich über die Stellung des Bundesraths zu diesem Antrage zu vergewissern. Ich will nur Herrn Nicker auf seine Frage Antwort geben. Es ist gar kein Zweifel darüber, daß jeder Staat das Recht hat, Ausländer aus seinem Gebiete auszuweisen, also auch Ausländer die Aufnahme in den Staatsverband zu versagen. Das ist ausgesprochen in der deutschen Gesetzgebung im Gesetz von 1870. Soweit die Anträge die Absicht haben, die Einwanderung im Sinne des Erwerbs der Bundes- und Staatsangehörigkeit zu hindern, würden sie zulässig sein. In den Verträgen ist in der Regel ausgesprochen, daß die Angehörigen der vertragsschließenden Nationen in den Gebieten der Staaten Handel und Gewerbe treiben können. Wenn es die Absicht der Anträge wäre, daß ein ausländischer Jude vom Betriebe, von Handel und Gewerbe in Deutschland ausgeschlossen werden solle, so würde das den Verträgen nicht entsprechen. Aber dadurch wird das polizeiliche Verhältniß den Ausländern gegenüber nicht berührt. (Hört! rechts.) Der russisch-deutsche Vertrag spricht dies in seinem ersten Artikel ganz deutlich aus. Wir sind nicht berechtigt, einen Juden, der sich niedergelassen hat, in seinem Handel oder Gewerbe zu stören. Aber wir sind auch berechtigt, aus bestimmten Gründen einen solchen Ausländer auszuweisen.

Abg. Lieber (3.): Der Antragsteller hat es am vorigen Mittwoch ausgesprochen, daß der Antrag nur der erste Schritt zur Lösung der Judenfrage sei; da wird es nicht unnötig sein, unsere Stellung zur Judenfrage im allgemeinen etwas zu kennzeichnen. Der Antrag Haffe steht mit den anderen Anträgen nicht in Verbindung, und was wir zur Begründung desselben bis jetzt gehört haben, reicht nicht aus, um ihn als nothwendig erscheinen zu lassen. Ueber den Sinn des Antrages Hammerstein kann Herr Nicker doch nicht zweifelhaft sein; es handelt sich lediglich um die Unterjagung der Einwanderung; daselbst befragt der Antrag Liebermann v. Sonnenberg. Diese beiden Anträge widersprechen den bestehenden Handels- und Niederlassungs-Verträgen. (Hört, hört! links.) Darüber lassen auch die Ausführungen des Staatssekretärs v. Bötticher keinen Zweifel aufkommen, daß das allgemeine Verbot der Einwanderung den Verträgen widersprechen würde. Mich wundert, daß noch niemand der Redner auf das bagerische Reservatrecht verwiesen hat. Das Schlussprotokoll zum Vertrage über den Beitritt Bayerns zur Verfassung des deutschen Bundes stellt ausdrücklich fest, daß die Gesetzgebung des Bundes sich nicht erstreckt auf die Heimaths- und Niederlassungsverhältnisse im Königreich Bayern. (Zuruf rechts: Das soll nicht berührt werden!) Dann sprechen Sie das gefälligst in Ihrem Antrage aus, das würde sich für eine konservative Partei wohl schiden. Schon aus diesem Grunde ist ein Eingehen auf den Antrag für meine politischen Freunde vollständig unmöglich. Wir wollen kein Ausnahmengesetz gegen bestimmte Bekenntnisse oder wie man sich geschmackvoll ausdrücken beliebt, gegen bestimmte Rassen. Ich will nicht untersuchen, wie weit die antisemitische Bewegung reicht, welche lauthörnde Worte in der antisemitischen Bewegung ertönen lassen. Das unsere jüdischen Mitbürger uns vielfach Anlaß zu Klagen gegeben haben, werden wir nie außer acht lassen. Wir werden nie vergessen, mit welcher Brutalität und Bosheit namentlich jüdische Blätter alles den Katholiken Feilsche herabgewürdigt haben zur Zeit des Kulturkampfes. Jetzt sehen wir wieder jüdische Redner am Werk; ich erinnere nur an die „Zukunft“, nicht bloß Religion und Sitte, sondern auch die allerhöchsten Stellen des Staates werden von jüdischen Rednern in schamlichster Weise heruntergerissen. Aber die Gerechtigkeit fordert das Auerkennung, daß es nicht die Juden allein sind, und daß ihre Jahrhunderte lange hiermütterliche Behandlung sie in die Berufswege gedrängt hat, in denen sich die Fehler am allerleichtesten bemerkbar machen. Aber zur Heilung der Schäden bedarf es keiner Ausnahmengesetzgebung, sondern einer allgemeinen Gesetzgebung zur Heilung allgemeiner Schäden. Zu einer Ausnahmengesetzgebung wird das Zentrum sich niemals bewegen lassen, denn man hat es durch die Gesetzgebung und bis in die Knochen hinein geprügelt, daß wir selbst eine Minderheit sind. (Sehr richtig! im Centrum.) Wir sind deshalb auch für ein Schlichterthum nicht zu haben, nachdem Rabbiner in öffentlichen Versammlungen erklärt haben, daß das Schächten ein ritueller Akt ist. Wir können unsere Hand nicht dazu bieten, heute gegen die Juden, morgen gegen die Polen und übermorgen gegen die Sozialdemokraten vorzugehen. Als das Jesuitengesetz angenommen wurde, ertönten laute Jubelrufe, die mir noch heute in den Ohren klingen. Da hieß es: Die Jesuiten sind wir los, das Zentrum wird folgen; wir wünschen glückliche Reise! Wir werden dafür sorgen, daß man nicht sagen kann: die Juden sind wir los, die Katholiken werden ihnen folgen. (Zustimmung im Centrum.)

Abg. Hermes (Hr. Vp.): Die Anträge sind wohl nur zu dem Zweck gestellt, um jüdische Mitbürger in unerhörter Weise anzugreifen; sie sind eines Kulturstaates unwürdig. Man hat den Eindruck, als wenn man dem Antisemitismus im Lande eine besonders gepfeiferte Speise vorsetzen wollte, weil er an Zugkraft verloren hat. Die Zahl der Juden in Deutschland hat abgenommen. Es befinden sich nur 567 000 Juden im Deutschen Reiche gegenüber 49 500 000 Christen. Die jüdische Masseneinwanderung ist lediglich eine Fabel, die zur Stellung solcher Anträge keinen Anlaß giebt. Der Antrag ist aber auch gar nicht durchführbar. Denn bei den internationalen Beziehungen kommt schließlich nur die Staatsangehörigkeit in Frage, nicht die Konfession. Eine Regierung könnte einen solchen Antrag niemals annehmen, denn sie kann den Grundfah der Gleichberechtigung nicht verlassen. Mit welchen Gründen wird der Antrag befürwortet? Herr Jacobsböcker führt alle schlechten Dinge auf die Juden zurück; er spricht davon, daß es eine Sünde und Schande sei, daß die Juden alle möglichen Dinge zur Reklame benutzen. Ich muß es auch als eine Sünde und Schande bezeichnen, daß auf der Tribüne des Reichstags solche Reden gehalten werden

tönne. (Präsident v. Seckow bezeichnet die Aeußerung als „unparlamentarisch“.) Wir betrachten die Menschen nicht von ihrem konfessionellen Standpunkte aus, sondern wir sehen auf die Handlungen. Schlechte Menschen giebt es in allen Verufen und in allen Ständen. Man wirft den Juden materielle Bestrebungen vor. Aber die Konservativen sollten doch an ihren großen Führer Stahl denken. Sollen denn die Meisterwerke jüdischer Musiker nicht mehr deutsche Herzen erfreuen? Herr Bindewald hat am vorigen Mittwoch behauptet, daß die Juden das Handwerk nicht treiben und dabei kann ein Verein zur Verbreitung des Handwerks unter den Juden nicht einmal alle Leute unterbringen, die sich melden. Die Juden sollen die Produzenten und die Konsumenten durch ihre Preisdrückerei schädigen. Durch hohe Preise können doch nur die Konsumenten geschädigt werden. Die Juden sollen die Brotvertheuerung sein. Sind sie etwa auch jetzt schuld an den billigen Preisen? Die armen Juden wissen nicht, wie sie es anfangen sollen, um es den Antisemiten recht zu machen. Lassen sie sich taufen, so ist es nicht recht, und wenn sie einmal Kemter erlangen, so heißt es: Sie drängen sich in alle Stellungen. Kaufen die Juden sich Güter, so klagt man über den Uebergang der Güter in fremde Hände, wenden sich die Juden den höheren Schulen zu, so klagt man über den Zubrang der Juden zu den Hochschulen. Es bleibt also keine Existenzberechtigung für die Juden; es bleibt nichts anderes übrig als: der Jude wird verbrannt. Herr Sachse lobt besonders den sächsischen Antisemitismus. In ganz Sachsen giebt es überhaupt nur 9000 Juden gegenüber 8500 000 anderen Einwohnern. Herr Sachse müßte, wenn er sein Land genau kennen würde, den Juden dankbar sein, denn überall, wo es Juden dort giebt, hat sich der Wohlstand gehoben. Die nothleidenden Distrikte sind diejenigen, wo es keine Juden giebt. (Große Heiterkeit rechts.) Es ist gesagt worden, daß gewisse Leute in das jüdische Horn stoßen müßten, wenn sie Kredit haben wollten. Ich kenne in Berlin keinen solchen Hornisten. (Heiterkeit.) Heraus mit dem Ramen! In Berlin soll die Verjudung besonders groß sein, so daß die Christen nur noch geduldet seien. In Berlin giebt es 5 Juden auf 1000 Einwohner; wir freuen uns darüber (Heiterkeit), denn wir wirken gemeinsam mit den Juden; die größte Harmonie ist vorhanden. Wenn wir einen Wunsch haben, so geht er dahin, daß andere, auch wenn sie aus Sachsen kommen, diese Harmonie nicht stören möchten durch unbegründete Anträge wie die vorliegenden. Man spricht von Christenthum und Deutschthum. Die Menschen, welche von den Parasiten sprechen, mögen sich wohl Christen nennen, aber das wahre Christenthum haben sie noch nicht erkannt, namentlich nicht den Hauptfah: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst. Die Antisemiten erkennen in den Juden nicht ihre Nächsten, sie machen vielleicht einmal bei einer Jüdin eine Ausnahme. Es giebt eine Menge Aelger, die sich mit jüdischem Golde ihr Wappenschild aufgeschminkt haben! (Zurufe rechts: Leider!) Die Christen vergessen ganz und gar, daß der Stifter ihrer eigenen Religion ein Jude gewesen ist. (Rufe rechts: Psiu!) Und nun das Deutschthum! Wer ist ein Deutscher! Jeder in Deutschland Geborene; nach der Konfession kann man nicht unterscheiden, zwischen guten und schlechten Deutschen. Das wäre der größte Unsinn. Worin sind die Antisemiten den Juden überlegen? Die Ziele der Antisemiten sind geradezu revolutionär und staatsgefährlich; der Massen- und Religionshaß wird geschürt. Ich bitte Sie, die Anträge abzulehnen.

Abg. v. Langen (Hr. Vp.): Daß von der Sozialdemokratie gerade Herr Vogtherr als Redner gewählt wurde, hat mich überrascht; denn es fehlten mir zwei Seelen in seiner Brust zu wohnen; er schien nicht ganz rein von antisemitischen Tendenzen. (Heiterkeit.) Er meinte, man müsse Rücksicht auf das Menschenmaterial nehmen, was von Rußland hereinkäme. Das wollen wir durch unsere Anträge erleichtern. Durch die Tausch wird kein Jude ein Deutscher und Balduin Möhlhausen bedauert es auf das lebhafteste, daß der Jude Jacobson jetzt seinen Namen führen darf. Ebenso wie die jungen Mädchen, wenn sie ihren Namen ändern, d. h. heirathen wollen, 14 Tage aushängen müssen, ob Widerspruch erhoben wird, so sollten auch die Juden erst 14 Tage aushängen, ehe sie sich deutsche Namen zulegen dürfen. (Heiterkeit.) Wenn wir darauf warten wollen, daß die Juden Deutsche werden, dann können wir vielleicht erleben, daß vorher alle Deutsche Juden geworden sind. (Große Heiterkeit.) Das ist ebenso, wie bei dem Judenjungen, der stark mauschelte. Er wurde in eine deutsche Schule gebracht, aber noch einiger Zeit mauschelte er noch immer und die ganze Klasse mauschelte mit. (Große Heiterkeit.) Das Gift des großen Kurfürsten von 1641 beruht sich auf die Praxis der Vorfahren; und wenn der große Kurfürst damals jung war, waren denn die Vorfahren auch jung? (Heiterkeit.) Wenn er später die Juden zuließ, so that er es, der Noth gehorchend nicht dem eigenen Triebe, denn er brauchte nach seinen Kriegen Geld. (Große Heiterkeit.) Deshalb beruft sich Herr Vogtherr auf den Fürsten Bismarck, der die Emigration der Juden in Rumänien durchgesetzt habe. Ich wünsche den Juden alles Gute, sie mögen einen eigenen Staat gründen, aber nur nicht unter uns. Wegen die Einwanderung der Chinesen hat sich Herr Vogtherr ausgesprochen. Warum will er aber die Einwanderung der Juden gestatten? Daß auf den Schiffen des Lloyd Chinesen als Heizer fungiren, ist eine Schöpfung der deutschen Arbeiter, welche den Aufenthalt im Heizraum in tropischen Gegenden nicht aushalten können. Jüdische Landarbeiter sind noch seltener als an der Berliner Börse die Germanen. Daß Herr Vogtherr sich weniger gegen die Antisemiten als gegen uns gemendet hat, beweist, daß wir auf dem rechten Wege sind; dafür danke ich ihm. Herr Baasche sprach von den sprachlichen Leistungen des Abg. Sachse; er hätte sich das sparen können. Es ist gut, daß alle Volkstämme und alle Dialekte hier vertreten sind; nur der eine Dialekt, das Mauscheln sollte ferngehalten werden. Herr Nicker meint, wir brauchen uns vor den Juden nicht zu fürchten. Das ist richtig, wir sind jetzt ausgebracht; aber früher stand es sehr schlimm. Die Juden sind uns in gewisser Beziehung überlegen. Sie sind nicht klüger als wir, aber schlauer und gerissener. Herr v. Bötticher berief sich auf den Artikel 1 des deutsch-russischen Vertrages; ich verweise auf Artikel 5, der gewisse Dinge von der Einfuhr ausschließen will. Die Juden, wenn sie von Rußland zu uns kommen, sind russische Erzeugnisse (Große Heiterkeit), deren Einfuhr wir verbieten können (Rachen links). Wir wollen davon nicht mehr haben. Ein Ausnahmengesetz, von dem Herr Lieber gesprochen hat, kann nur gegen Inländer erlassen werden, niemals aber gegen Ausländer. Das Schächten können wir nicht als rituell bezeichnen, sondern nur als eine Thierquälerei. Abg. Hermes verdient einen großen Orden von der Juden-Schutztruppe. Herr Hermes hat nur den Juden zu Munde geredet; ich will lieber dem deutschen Volke zu Munde reden. Herr Hermes meint, daß die Juden die sächsischen Bezirke reich gemacht haben. Sollte er nicht Ursache und Wirkung verwechseln, daß die Juden in die armen Bezirke gar nicht hingehen? Herr Hermes als Dissident sollte uns keine Belehrung über Christenthum angedeihen lassen. Mit der Vorseitigung des jüdischen Einflusses allein ist natürlich die Vorseitigung nicht zu erreichen. Redner zitiert aus der Broschüre von Giese: „Die Juden und die deutsche Kriminalstatistik“, daß die Juden bei solchen Vergehen, die ihrer Volks-

...entsprechen, mehr bestraft sind als die Christen. Die Beirathungen allein geben kein richtiges Bild; man muß auch die Freisprechungen in Betracht ziehen, um zu sehen, wie die Juden durch ihre Gerissenheit und Gerissenheit sich frei zu machen verstanden haben; 18,6 pSt. Deutsche und 29,2 pSt. Juden sind freigesprochen worden. Sehen Sie doch nur, wie viele Rechtsanwälte in Berlin noch deutscher Abstammung sind. Ueberhaupt giebt ja die Statistik nur die Personen jüdischen, belarussischen, weißer, wenn man nach Personen jüdischer Abstammung fragen würde, würde sich eine größere Zahl ergeben. Die Juden haben wenig Neigung zur Landwirtschaft und Viehzucht, die starke, körperliche Anstrengung erfordert; sie sind auch weniger militärfähig. Zu körperlichen Arbeiten wenden sich von 1000 Juden nur 112, von den Christen aber über 700; dagegen drängen sie sich zu den Erwerben, die keine körperlichen Anstrengungen erfordern. Die Juden sind ein anderes Volk als wir, mit anderen geistigen und wirtschaftlichen Richtungen. Deshalb sagte schon Moltke, daß die Juden einen Staat im Staate bilden. Deshalb bin ich der Ansicht, sie stehen unserem Staate feindlich gegenüber. Darum sage ich: Nur von der Seite nicht mehr. Stimmen Sie für unsern Antrag, auch diejenigen, die die Juden als etwas Gutes und Schönes betrachten; denn es kann auch des Guten zu viel sein. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Abg. Schmidt-Ebersfeld beantragte, über den Antrag Liebermann von Sonnenberg zur Tagesordnung überzugehen und die Debatte über den Antrag v. Hammerstein zu schließen. Zur Begründung des Überganges zur Tagesordnung erhält das Wort Abg. Richter (Hr. Vp.): Wir wünschen, daß die Debatte heute zu Ende kommt; das würde aber nicht erreicht werden, wenn der Antrag noch zur zweiten Lesung käme und in der nächsten Woche zur erneuten Verhandlung kommen müßte. Daß der Antrag Liebermann geschäftlich keinen Werth hat, haben die Verhandlungen dargelegt; er zeugt von einer seltenen Unkenntnis der geltenden Gesetze, Verträge und Verwaltungsnormen. Der Gesetzentwurf hat offenbar nur den äußern Anlaß bieten sollen, um den Antragstellern Gelegenheit zu geben, ihren allgemeinen Abscheu gegen die Juden kundzugeben. Die Sache hängt mit einem Wort an langweilig an werden, und es wird den Rednern schon schwer, diesen Eindruck durch ein paar passable antisemitische Worte zu verwirklichen. Bei der Knappheit ihrer sonstigen Gedanken sind sie darauf angewiesen, jede Frage zu einer antisemitischen Pointe herauszuarbeiten. (Große Unruhe.) Daß das für den Reichstag selbst immer weniger Bedeutung macht, aber einen Eindruck auf viele tausende unserer jüdischen Mitbürger, die sich mit vollem Recht bewußt sind, persönlich und materiell, allen Verpöhlungen gegen das Vaterland nachzukommen. Sie werden dadurch gekränkt, verletzt, herabgewürdigt (Lachen rechts), wenn sie als Parasiten hingestellt werden, die am Mark der deutschen Erde zehren. Von autoritativer Seite ist beklagt worden, daß der Ton in diesem Hause sich verschlechtert hat. Als alter Abgeordneter kann ich bestätigen, daß solche Debatten wie diese früher im deutschen Reichstage nicht möglich gewesen wären, und damit der Ton sich nicht noch weiter verschlechtert, wollen wir dieser Debatte ein Ende machen. (Beifall links.)

Abg. Herberich (Antisemit): Ich wende mich an das Gerechtigkeitsgefühl des hohen Hauses und bitte um Ablehnung des Antrages. Was Herr Richter vorgebracht hat, ist nicht ausreichend, die Debatte abzuschneiden. Wenn die Dinge auch vielleicht einigen Leuten langweilig werden, für das Volk draußen haben diese Dinge eine sehr hohe Bedeutung; das Volk verlangt, daß sie endlich einmal erörtert werden. Die sehr sachliche Rede des Herrn v. Langen (Widerspruch links) — ich wünschte nur, die Herren Baasche und Voght hätten enifern so viel Sachlichkeit entwickelt — zeigt, daß die Bedeutung der Sache eine große ist und eine gründliche Erörterung verdient. Gerade, um zu zeigen, daß wir nicht so gedankenarm sind, sollte man den Antrag ablehnen. Das deutsche Volk ist in seiner überwiegenden Mehrheit antisemitisch durch und durch, und wenn einmal eine antisemitische Witschaft von Ihnen oder von den verbündeten Regierungen ausgeht, dann würde sich das sehr bald zeigen (Lachen links). Wir sind angegriffen worden vom Abg. Hermes in einer unehrlichen Weise, mit geradezu beschimpfenden Ausfällungen. (Präsident v. Levetzow: Ich kann es nicht erlauben, daß Sie derartige Ausfällungen über ein Mitglied des Hauses machen.) Man sollte der kleinen antisemitischen Partei ihre Verteidigung nicht abschneiden; das wäre eine Vergewaltigung. Wir bekämpfen den wahren Umschlag. (Präsident v. Levetzow bittet den Redner, sich an den Antrag auf Tagesordnung zu halten.) Ich bitte Sie dringend, wenigstens einem Redner meiner Partei das Schlusswort zu gestatten.

Darauf wird der Antrag auf Tagesordnung abgelehnt gegen die Stimmen der Konservativen, eines Theils des Zentrums und der Sozialdemokraten; ebenso wird der Antrag auf Schluß der Debatte abgelehnt.

Abg. Ahlwardt (Antis.): Herr Richter hat einen Fehlschuß gemacht, wenn er meinte, die Antragsteller hätten nur von den deutschen Juden gesprochen, während ihre Anträge sich gegen ausländische Juden richteten. Die Juden haben gewisse Fehler und unter diesen Fehlern werden wir noch immer leiden, wenn die Zahl der Juden abnimmt. Dadurch sind die Anträge zur Geringe begründet. Es giebt manchen Juden, dem man nichts schlimmes nachreden kann, aber man weiß, daß die Rassen-eigenschaften der Juden mit denen der Deutschen sich nicht vertragen; man kann deshalb vermuten, daß ein Jude, der noch nichts Schlimmes gethan hat, etwas Schlimmes thun wird im Laufe der Zeit. Meine speziellen politischen Freunde (Heiterkeit), und es sind deren nicht wenige im Lande vorhanden, bekämpfen die Juden nicht ihrer Religion wegen, sondern ihrer Rasse wegen. Rassen-eigenheiten, die angeboren oder im Laufe der Jahrhunderte erworben sind, sind das haltbarste und festeste, von dem man sich nicht losmachen kann. Deshalb braucht man den einzelnen Juden nicht zu bekämpfen. Aber wenn solche Eigenheiten festgestellt werden, dann ist es unsere Pflicht als Eingeborene des Landes gegen die Juden und ihre andere Natur Stellung zu nehmen. Wir stehen auf dem Kulturboden der Arbeit; bei den Juden ist das etwas anderes; sie wollen nicht selbst Werthe schaffen, sondern ohne Arbeit die Werthe sich aneignen, welche andere geschaffen haben. Das ist der Kardinalunterschied. Wenn dieser in Erwägung gezogen wird, dann werden Sie unsere Anschauungen nicht für so verwerflich halten, wie es geschehen ist. Es wird von Herrn Richter dargelegt, wie wenig Juden wir haben und daß deren Zahl abnimmt. Gehen Sie einmal nach den Stellen, wo die Hauptverbreitungsstellen vorhanden sind und sehen Sie nach, ob das Proportionsverhältnis vorhanden ist. Gehen Sie einmal die Leipzigerstraße oder in Frankfurt die Reil entlang, wo sind da noch Deutsche? Die Juden sind Hauptthiere (Heiterkeit), das ist eine feststehende Thatsache. Ruhlos ist die antisemitische Bewegung nicht. Wenn ein schwerer Schaden vorhanden ist, dann ist der Kampf dagegen niemals ruhlos, wenn er in ausreichender Weise geführt wird. Es kommt nur darauf an, daß Sie diese Bestrebungen ihrem innersten Kern nach begreifen, wenn auch manches daran unrichtig sein mag. Herr Baasche machte den Fehler, daß er die anderen Völker und die Juden auf eine Stufe stellte. Die Juden stehen uns ganz anders gegenüber wie die Angehörigen der anderen Völker. Es ist etwas anderes, ob ein Pole, Russe oder Däne hier einwandert, oder ein Jude. Die anderen Völker standen auf demselben Kulturboden der Arbeit wie wir; im Laufe von dreißig oder vierzig Jahren waren diese Einwanderer Deutsche. Die Juden sind in den Jahrhunderten nicht deutsch geworden; sie haben nicht daran gedacht, sich auf den Kulturboden der Arbeit zu stellen; sie haben geschwindelt, so lange sie in Deutschland waren. Persönliche Ausnahmen davon beweisen nichts. Daß wir schon zuviel Gesehe haben, ist ein

eigenthümlicher Grund gegen den Antisemitismus. Wenn wir die Juden abschaffen, dann können wir die Hälfte der bestehenden Gesehe auch abschaffen. (Große Heiterkeit.) Wenn es sich darum handelte, gegen einen christlichen Feind zu kämpfen, dann würden die Deutschen sich vor den 500 000 Juden nicht fürchten. Aber der parasitische Jude ist etwas anderes, Herr Richter, er ist es, vor dem man sich fürchten muß, wie vor einem einzelnen Cholera-Bazillus. Diese Anrechnungsfähigkeit des Juden ist es, vor der wir uns fürchten. Von Rothschild will ich nicht sprechen, sondern nur von den Juden, welche 100 Millionen Mark besitzen. Hat der Jude dieselben erworben? Nicht 10 Pfennig davon! (Heiterkeit.) Sie sind erworben vom deutschen Volke ohne jegliche Gegenleistung. Die Humanität, die die Hauptthiere schützt, ist unberechtigt. Herr Richter meinte, im Osten übten die Juden eine Kulturmission aus. Ich bin erst vor wenigen Tagen im Osten gewesen und habe mit den echten Juden angesehen. Im Osten hat der Jude das ganze Geschäftsleben in Händen. Wie übt er seine Kulturmission aus, namentlich an den Sandlenten? Was bekommen sie für das Getreide? Der Jude giebt den armen Leuten Vorschuss auf die Ernte und bringt das Getreide für ein Butterbrot in seine Hände. Arm werden die Leute alle; wo die Juden sitzen, werden die Deutschen stumm. Wo nachher garnichts mehr zu holen ist, ziehen die Juden fort. In Berlin wohnen die Juden im Westen, sehen Sie sich die prachtvollen Villen an! Die armen Leute wohnen im Norden der Stadt in engen Wohnungen, sie können höchstens Sonntags einmal Fleisch essen. Das sind die nutzbringenden Mitglieder der Gesellschaft, aber die Gesellschaft in den Villen, das ist nichtarbeitendes Gefindel. Soll einem da nicht die Empörung aufsteigen? (Heiterkeit.) Ich will die Juden nicht mit den Strolchen und Bettlern auf eine Stufe stellen. Die Strolche und Bettler sind die zu Grunde gegangenen deutschen Brüder, die sich vielleicht noch retten lassen; aber glauben Sie, einen Juden retten zu können? (Heiterkeit.) Die Katholiken haben zu Unrecht unter den Ausnahmeseiten gelitten. Aber ist denn das Umsturzgesetz nicht das schlimmste Ausnahmeseite! (Sehr richtig! links.) Wir wollen produktive Deutsche, aber keine Parasiten haben; die müssen wir durch Gesehe unschädlich machen. Für unsittlich habe ich die Sozialdemokratie noch nicht gehalten. Sie irrt sich in ihren Schlussfolgerungen, darum bekämpfe ich sie. Unsittlicher ist der Antisemitismus nicht. Es werden in allen politischen Parteien Fehler gemacht. Warum nennt Herr Hermes unsere Bestrebungen unsittlich? Das muß ich entschieden zurückweisen. Der Jude ist kein Deutscher, auch wenn er in Deutschland geboren ist. Das Stenergehalt und alles andere ist nicht das Entscheidende bei der Nationalität, sondern die Rasse; ein Pferd, das im Rußland geboren ist, ist noch lange keine Kuh. (Große Heiterkeit.) Ein Jude, der in Deutschland geboren ist, ist noch lange kein Deutscher. Deswegen müssen wir uns bewußt werden, daß die jüdischen und deutschen Rassen-eigenheiten sich nicht vertragen, daß ein Zusammenleben nicht möglich ist, ohne daß wir Deutsche geschädigt werden. Deshalb betrachten Sie die Sache nicht als Spielerei, es handelt sich um Sein und Nichtsein des Volkes. Wir denken nicht daran, so weit zu gehen, wie die österreichischen Antisemiten. Wir wollen zunächst die Klappe zumachen, damit nicht noch mehr hineinkommen. Für uns ist das Gesehe an sich bedeutungslos, es ist aber der Anfang und deshalb stimme ich dafür.

Abg. Richter (zur Geschäftsordnung): Der Vorredner hat die Gesamtheit der deutschen Juden beschimpft als Hauptthiere, Gefindel, Parasiten etc. Wenn auch die Persönlichkeit des Vorredners durch gerichtliche Urtheile gekennzeichnet ist, so entspricht doch die Schimpferei, die dem Vorredner gestattet ist, nicht den Gepflogenheiten des Hauses und den Grundgesetzen, die der Präsident gestern beim Militärstat proklamiert hat. (Lebhafte Zustimmung links, Widerspruch rechts.)

Präsident v. Levetzow: Herr Abg. Richter, Sie haben kein Recht, meine amtliche Führung zu kritisieren. Was ich zu thun habe, werde ich mir von Ihnen nicht sagen lassen. (Lebhafte Beifall rechts und Handclausen; Widerspruch links.)

Abg. Richter: Ob ich das sittliche Recht zu einer solchen Kritik habe, darüber habe ich allein zu entscheiden. (Widerspruch rechts.)

Darauf wird die Diskussion geschlossen. Persönlich bemerkt Abg. Hermes: Herr Ahlwardt hat durch seine Ausfällungen über mich wiederum seine Wahrheitsliebe bewiesen. Er hat behauptet, ich hätte mir in Amerika den Doktorhut geholt. Ich habe in Leipzig promovirt, natürlich unter Erfüllung aller erforderlichen Bedingungen. Ich bin nicht Droguenhändler gewesen, sondern habe einer chemischen Fabrik vorgestanden, bis ich 1871 zum Direktor des Aquariums gewählt wurde.

Zur Geschäftsordnung konstatirt der Vize v. Volszlegier-Gilgenburg, daß er durch den Schluß der Debatte verhindert sei, die Stellung seiner Freunde darzulegen. (Zuruf links: Natürlich, die Fraktion Ahlwardt hat den Vorrang!)

Darauf erhalten nach 5 1/2 Uhr die Antragsteller das Schlusswort und zwar zunächst Abg. Graf Arnim (Hr.), dessen Ausfällungen bei der Unruhe im Hause unverständlich sind.

Abg. v. Mantuffel (Hr.) bekräftigt, daß der Antrag Anlaß zu so heftigen Debatten gebe. In Disposition haben Juden selbst die Petition für den Ausfluß russischer Juden unterzeichnet, weil sie fürchteten, durch diese Einwanderer discreditiert zu werden. Herrn Hermes' Ausfällungen waren heute antisemitischer als die der Semiten selber.

Der Antrag Haffe wird gegen die Stimmen der Konservativen und National-liberalen abgelehnt.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag v. Hammerstein mit 167 gegen 51 Stimmen abgelehnt. Schluß 6 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Militärstat.)

Parlamentarisches.

In der Umsturzkommission wurde am Mittwoch die Debatte über den § 138 der Regierungsvorlage fortgesetzt. Der vom Zentrum angekündigte Antrag ist nicht eingegangen. Dagegen haben Graf von Roon und seine konservativen Freunde folgenden Antrag eingebracht:

Die Kommission wolle beschließen:

- den § 130 Absatz 2 der Regierungsvorlage wie folgt zu fassen:

Die gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Monarchie, die Institute der Ehe, der Familie oder des Eigenthums durch beschimpfende Ausfällungen öffentlich angreift.

- dem § 166 des Strafgesetzbuches folgende Fassung zu geben:

Wer öffentlich in beschimpfenden Ausfällungen den Glauben an Gott oder das Christenthum angreift oder Gott lästert, oder wer öffentlich eine der christlichen Kirchen oder eine andere mit Korporationsrechten innerhalb des Bundesgebietes bestehende Religions-Gesellschaft oder ihre Einrichtungen oder Gebräuche oder die Heiligkeit des Eides beschimpft, in gleichem Wer in einer Kirche oder in einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte beschimpfenden Ausfällungen verbreitet, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.

In der Begründung seines Antrages giebt Graf v. Roon an, daß wir seit der Judenemanzipation leider kein christlicher Staat mehr sind. Das sei aber eben das Vorrecht, das zu befeitigen gesucht werden müsse.

Herr v. Buchla (L.) versucht dann die jüdische Begründung der Anträge seiner Freunde, von denen er hofft, daß auf Grund derselben sich eine Verständigung mit dem Zentrum finden werde. Redner wendet sich dann gegen die Angriffe, welche gegen die „Dunkelmänner der Umsturzkommission“ in der Presse und in gewissen Versammlungen sogenannter gebildeter Kreise laut werden. v. Buchla läßt diese Angriffe kalt. Er folgt seinem evangelischen Gewissen und bleibt seinen konservativen Grundanschauungen treu. Die Frage, was Religion sei, beantwortet Redner damit, daß Religion das Verhältniß des Menschen zu Gott sei.

Mittlerweile ist von den Mitgliedern des Zentrums der Antrag eingegangen, für den Fall der Ablehnung des Antrages Rintelen zum § 130 in dem Antrage des Grafen v. Roon § 166 folgende Änderungen vorzunehmen: In der nächsten Zeile des § 166 hinter öffentlich die Worte: „oder vor mehreren“ und in der vierten Zeile nach Religionsgesellschaft die Worte „ihre Lehren“ einzufügen.

Dr. Barth (Hr. Vp.) beantragte, in § 166 zweite Zeile hinter Christenthum „oder Judenthum“ zu setzen. Zur Motivirung seines Antrages weist Herr Dr. Barth darauf hin, daß, wenn man schon einmal einen weitergehenden Schutz der Religionsgesellschaften für notwendig erachte — ein Bedürfnis, das Redner nicht anerkennt — so müsse dieser Schutz vor allem dem Judenthum werden. Denn im Vergleich mit den antisemitischen Angriffen auf das Judenthum, sei das, was gegen das Christenthum geschehe, die reine Bagatelle. Redner erinnert an die skandalösen Vorgänge bei Gelegenheit der blühenden Ritualmord-Beschuldigungen, wodurch theilweise geradezu der öffentliche Frieden gefährdet worden ist. Redner weist darauf hin, daß die Begriffe über die Heiligkeit und den Werth des Eides gerade bei den frommsten Leuten, sehr weit auseinander gehen. Die Sekte der Quäker negire, auf die Bibel gestützt, grundsätzlich den Eid. John Bright habe sich deshalb geweigert, als er Minister wurde, den Eid in die Hände der Königin abzulegen.

Spahn (Hr.) erklärt, daß er und seine Freunde zunächst am Antrage Rintelen festhalten werden. Der Antrag Graf v. Roon schätze nicht alles Schönenwerthe in genügender Weise. Es genüge nicht, wenn die Religions-schmähung nur aus der Öffentlichkeit verdrängt werde, sie müsse auch aus den Hörsälen verschwinden, oder, wenn sie dort doch auftrete, strafbar sein. Deshalb der Antrag seiner Partei, die Worte „oder vor mehreren“ in den Paragraphen aufzunehmen. Ein Christenthum außerhalb der christlichen Kirche giebt es nicht, es genüge deshalb der Antrag Roon, der nur von Christenthum redet nicht, es müsse heißen: „christliche Kirche“. Den Eid besonders zu schämen, liege kein Anlaß vor, derselbe sei geschützt, wenn die Angriffe an den Glauben an Gott unter Strafe gestellt werden.

Gegen die Aufnahme der Monarchie in den Paragraphen hat das Zentrum nichts einzuwenden. Familie und Ehe werde am besten in einem besonderen Paragraphen geschützt. Bezügliche Anträge stellt Redner für die zweite Lesung in Aussicht.

Staatssekretär v. Lieberding meint, daß der Reichstag keinen Anlaß habe, über die Vordränge der Regierung hinauszugehen, wie dies der Antrag Rintelen thut. Der Herr Staatssekretär schlägt aus dem Antrage Roon — den er mit Genehmigung begrüßt — die Forderung, daß es zu einer Annäherung und Verständigung zwischen Zentrum und Konservativen komme und dadurch das von der Regierung erstrebte Ziel erreicht werde. Die kleinen noch vorhandenen Meinungsverschiedenheiten werden, bei kluger Resignation von beiden Seiten, sich ausgleichen. Den Vorschlag, das Wort Religion durch die Worte „Glauben an Gott“ zu ersetzen, erscheint dem Redner eine recht glückliche Verbesserung. Die Aufnahme des Wortes Christenthum erregt um so weniger Bedenken, als ja nach dem Antrage Roon auch die übrigen anerkannten Religionsgesellschaften geschützt werden sollen. Die Aufnahme des Eides erscheine überflüssig, schade aber auch nichts.

Den Zentrumsantrag, die Worte „oder vor mehreren“ in den § 166 aufzunehmen bittet Redner abzulehnen. Um die Religions-schmähung oder Gottesläugnung aus den Hörsälen fern zu halten, gebe es andere Mittel, als das Strafgesetz. Nach dem Zentrumsantrage würde der gesammte Privatverkehr unter das Strafrecht fallen und das würde unübersehbare Schwierigkeiten im Gefolge haben.

Enneccerus (natl.) meint, daß der Antrag Roon eine Verbesserung der Regierungsvorlage sei. Redner stellt folgenden Zusatzantrag:

Zu § 130 Abs. II: „Eine freie wissenschaftliche Erörterung oder historische oder künstlerische Behandlung der der Monarchie, die Ehe, die Familie oder das Eigenthum betreffenden Fragen soll durch die vorstehende Bestimmung nicht berührt werden.“

Rintelen (Hr.) beklagt sich zunächst über die vielen Mißverständnisse, welchen sein Antrag in der Presse und in Versammlungen begegnet sei. Im ganzen habe ja die Presse ihn, Redner, wenn auch absprechend, so doch anständig behandelt. Eine Ausnahme habe nur das Organ der Freikonservativen, die „Post“, gemacht, welche Redner persönlich gefällig angegriffen habe.

Für den Antrag Enneccerus kann Rintelen nicht stimmen, derselbe sei viel zu unbestimmt und gebe dem Ermessen der Richter einen unbegrenzten Spielraum, den er, Rintelen, nicht gewähren kann und will.

Der Redner vertheidigt dann seinen Antrag. Derselbe wolle weder den Unglauben bestrafen noch die freie Geistesfreiheit beschränken. Es solle nur verhindert werden, daß das christliche Volk durch die sogenannte Wissenschaft um seinen Glauben betrogen werde.

Der Zentrumsredner konstatirt ausdrücklich, daß sein Antrag nur durch die Regierungsvorlage hervorgerufen worden sei. Sein Antrag sei durchgreifend, klar und deutlich und er giehe nur die Konsequenz dessen, was die Regierung verschleierte aufzudecken.

Redner zitiert dann Gedichte und Artikel von H. Heine, G. M. Conrad-München, Paul Heyse, Alfred Meißner und Bodenstedt, in denen über religiöse Fragen, Gebräuche etc. in mehr oder minder absprechender Weise geurtheilt wird. Auch einen Brief eines Fabrikarbeiters aus Oera hat Redner erhalten, in dem der Schreiber wegen seines Antrages sehr scharf mitgenommen wird.

Redner polemisiert gegen die Ausfällung Bebel's, daß, wenn Gott allmächtig sei und nichts ohne sein Zutun geschehen könne, es thöricht sei, diese Allmacht durch hinfällige Strafparagraphen fügen zu wollen. Bebel übersehe, daß der Mensch freien Willen habe, sowohl Böses wie Gutes zu thun.

Wenn gesagt werde, den gestellten Anträgen entsprechend müßte unsere ganze klassische Literatur verbrannt werden, so sei dies falsch. Diese Literatur könne bleiben als Zeugnis für die Verwirrungen des menschlichen Geistes. Bestraft solle aber die Anpreisung dieser Literatur werden, wenn sie zu dem Zweck erfolge, zur Nachahmung anzureizen.

Die in Frage stehenden Anträge sind nur der falschen Wissenschaft und der Presse gefällig, welche es fertig gebracht hat, das Jedwähliche Schulgesetz zu Falle zu bringen. Diese Kreise sind es auch, welche jetzt wieder in Entrüstung stehen. Die Herren haben allerdings insofern recht, als, wenn Redners Antrag Geseh würde, sie allerdings damit am ersten getroffen würden.

Nicht darum handle es sich, den Glauben an Gott zu stärken, sondern den Abfall von Gott zu verhüten.

Redner macht sich dann über Herrn Enneccerus als Vertheidiger der freien Wissenschaft lustig. Gerade die Partei des genannten Herrn habe dazu beigetragen, der Kirche und ihrer Befreiheit Fesseln anzulegen.

Die vielbesagten Umsturzbestrebungen sind die Folgen der

Agilität der sogenannten Wissenschaft. Die Freiheit der Wissenschaft darf nicht in Agilität ausarten.

Das Kulturleben von heute, das zu schätzen Herr Enneccerus befreit sei, beruht auf dem Kampfe zwischen der christlichen und der neuheidnischen Weltanschauung. Wer die Freiheit der sogenannten modernen Wissenschaft verlangt, der muß auch ihre Früchte hinnehmen. Die Früchte aber sind der Sozialismus und der Anarchismus.

Nicht die Massenagitation sei das Bedenkliche, deshalb solle das Zentrum dort zugreifen, wo die Nährquellen dieser Agitation liegen, nämlich beim Ratgeber.

Das Zentrum wolle das Uebel an der Wurzel fassen; lassen die Konservativen aus Gründen — die Redner nicht kennt — das Zentrum bei dieser Gelegenheit im Stiche und werde den Gegnern der Heilighen Schulvorlage ein neuer Triumph bereitet, so mögen die Konservativen die Verantwortung tragen. Redner schließt mit der Erklärung, daß er und ein Teil seiner Freunde entschlossen sind, ganze Arbeit zu machen und daß er deshalb — bis auf weiteres wenigstens — lieber die ganze Vorlage ablehne, als halbe Arbeit annehme.

H. Sammerstein (L.) will nicht begreifen, warum das Zentrum die Vorlage bloß so sehr demängelt; es handelt sich ja doch nur darum, wie am besten der angestrebte Zweck erreicht werden soll. Ein Widerspruch sei es allerdings, daß auf der einen Seite aus öffentlichen Mitteln Kirchen gebaut und auf der anderen Seite aus denselben Mitteln Lehrer besoldet werden, welche das Christentum negieren.

Redner wundert sich, daß der Regierungsvorsteher sich nicht über den Antrag Dr. Barth geäußert hat. Das Christentum bilde allein die sittliche Grundlage unseres Staates. Das Zentrum ist Volks- nicht Religionspartei. Ein fremdes Volk zu schützen liegt für uns aber kein Anlaß vor.

Dr. Barth betont, daß sein Antrag nur bezweckt, Klarheit zu schaffen: Die Juden fühlen sich vor allem als Religionsgenossen. Will man schützen, dann müssen alle Religionsgenossen über einen Kamm geschoren werden. Der Antrag Enneccerus ist dem Redner in der Tendenz angenehm, aber wenn er angenommen würde, so wäre das noch eine besondere Verschlechterung der Vorlage.

Was ist die Wissenschaft, wo beginnt sie? Da wo sie nicht agitatorisch wirkt. Wo aber fängt die Agitation wieder an?

Noch schwieriger sei festzustellen, was historische und künstlerische Behandlung sei. Ist eine gute Karrikatur eine künstlerische Leistung? Die ganze Rechtsprechung würde dadurch zur reinen Willkür, das Rechtsbewußtsein im Volke auf das schwerste erschüttert.

Lehmman (fr. Sp.) freut sich über den Antrag Minten, weil derselbe weite Kreise erst über die Tragweite der Vorlage aufklärt hat. Redner betont seinen positiven christlichen Standpunkt und seinen Glauben an das persönliche Dasein Gottes und der Unsterblichkeit der Seele. Das Christentum von heute sei aber historisches Produkt, und nicht mehr das Urchristentum. Nicht bloß Heine, auch Goethe läugnete die Trinität.

Lehmman bedauert das Umschlagen des Atheismus und wünscht ein Erstarken des Gottesglaubens. Zum Antrag Barth wäre es vielleicht besser gewesen, das Wort Christentum herauszunehmen und Judentum dafür zu setzen. Damit würde einem Tagesbedürfnis entsprochen. Redner fragt, ob es sich beim Eid nur um den gerichtlichen handelt. Oder soll der Religions Eid, der Eid auf das Götter auch heilig erklärt werden? Man will die freie Meinungsäußerung erdrosseln — da wäre besser die Zensur.

Am Schluß der ersten Sitzung will Redner beantragen, die ganze Vorlage abzulehnen, mit der wir uns nur vor dem Auslande blamieren.

Webel: Sollte heute nicht reden. Aber es kann der Welt nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Deutschland ist weder ein christlicher Staat noch haben wir eine ausschließlich christliche Kultur. Letztere ist erst im Kampfe mit den Vertretern der religiös-orthodoxen Lehren errungen worden.

Der freie Wille im Sinne des Herrn Minten ist allerdings nicht vorhanden. Die Umgebung bestimmt und beeinflusst den Menschen. Ist der Glaube an Gott dem Menschen eingegeben und sind die göttlichen Attribute in der behaupteten Weise vorhanden, dann hat Gott auch die Macht, die Dinge zu ändern und ein Eingreifen durch Strafgesehe sei dann ein Eingriff in die Rechte Gottes. Lehmman täusche sich, wenn er den Antrag Minten erst als den Anstoß zu den Demonstrationen ansehe. Tiefe Beunruhigung sei die Folge der kommunistischen Verhandlungen, durch welche erst Klarheit verbreitet wurde. Enneccerus thue mit seinem Antrage Buße; freilich komme diese Erkenntnis erst spät und erst infolge der Proteste. Daß bleibt der Nationalliberalismus aber auch hier wieder. Nur Kunst und Wissenschaft soll ausgenommen, die eigenen Freunde also geschützt werden. Gerade dieser Antrag befunde den Klassencharakter des Gesetzes in voller Deutlichkeit.

Die Verhandlung wird hierauf geschlossen. Nächste Sitzung Freitag Vormittag 10 Uhr.

In der Budgetkommission des Reichstags wurde heute zunächst die am Dienstag an die Kommission zurückgewiesene Position für einen Kommandanten in Altona beraten, welche vorher, wie erinnerlich, zu streichen beantragt worden war. Nach längerer Debatte wurde heute die Forderung gegen die Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten und Antisemiten genehmigt. Darauf wurde der Etat des Kaiserwärtigen Alts zur Beratung gestellt. Die Ausgaben für die Gefandtschaften und Konsulate werden ohne wesentliche Details bemittelt. Zur versuchsweisen Aufstellung landwirtschaftlicher Sachverständigen an die größeren kaiserlichen Missionen sind 75 000 M. ausgesetzt. Auf Antrag des Abg. Graf Arnim (Rp.) wird das Wort „größeren“ gestrichen, damit die Regierung freiere Hand behalte. Die Beratungen werden morgen fortgesetzt.

Kommunales.

In der letzten Sitzung des Stats-Ausschusses der Stadtverordneten-Versammlung brachte Genosse Singer die Nebeneinnahmen der Altkosten, Lehrer, Lehrerinnen und Schuldiener zur Sprache. Der Etat wird durch diese Nebeneinnahmen insgesamt mit über 400 000 M. belastet. Singer meinte, daß in der Weise wie bisher, nicht mehr weiter gewirtschaftet werden könne; er führte an, daß bei einigen dieser Nebeneinnahmen mehr ausmachen, als das etatsmäßige Gehalt, während der größte Teil der Lehrer etc. an diesen Nebeneinnahmen nicht partizipieren. Das, was durch die Einführung des Dienstalters-Systems erreicht werden sollte, die Unabhängigkeit der Beamten von der Willkür ihrer Vorgesetzten, würde durch die Nebeneinnahmen wieder illusorisch gemacht; es müsse also eine anderweitige Regelung dieser Sache herbeigeführt werden. Die Mehrheit des Ausschusses schloß sich dieser Ausführung an und es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Der Magistrat ist zu ersuchen, Ermäßigungen darüber anzustellen, in wie weit die Frage der Nebeneinnahmen aus städtischen Fonds auf dem Gebiete des städtischen Schulwesens anderweitig zu regeln ist.

An den übrigen Spezialstaten der Schulverwaltung wurden nennenswerte Änderungen nicht vorgenommen.

Lokales.

Die Liste der stimmberechtigten Bürger Berlins wird auf dem städtischen Wahlbureau regelmäßig fortgeschrieben und be-

richtigt. Im Jahre 1894 kamen 55 802 zugezogene oder im Laufe des Jahres wahlberechtigt gewordene Personen hinzu und gingen 49 448 fortgezogene oder verstorbenen Personen ab, macht einen Zuwachs von 6419 wahlberechtigten Personen. Der Zuwachs hat in den letzten Jahren sehr bedeutend abgenommen, wie folgende Tabelle zeigt:

	1894	1893	1892	1891	1890
Zugewandene	55 802	63 238	64 675	67 432	69 449
Abgewandene	49 448	50 725	40 222	50 990	50 808
also Zuwachs	6 419	12 508	24 453	16 442	20 646

Die Abnahme des Zuwachses ist aus dem geringeren Zugang von außerhalb, den Berlin in den letzten Jahren gehabt hat, nur zum Teil zu erklären. — Außer den Mitteilungen über polizeiliche An- und Abmeldungen und Todesfälle sind dem Wahlbureau im Jahre 1894 noch 3323 Mitteilungen über Verstöße, 43 998 über Unterstützte, 358 über in Konkurs Geratene, 119 über Bevormundete zugegangen. Das Wahlrecht ruht bekanntlich für solche sonst wahlberechtigten Personen, denen die bürgerlichen Ehrenrechte für eine bestimmte Zeit aberkannt sind, die aus öffentlichen oder Gemeindegeldern Armenunterstützung beziehen oder im Jahre vor der Wahl bezogen haben, über deren Vermögen gerichtliche Konkurs eröffnet und noch nicht beendet ist, die unter Vormundschaft gestellt sind. Die Zahl der Unterstützten ist in den letzten zehn Jahren ganz gewaltig in die Höhe gegangen. Das Wahlbureau erhielt Mitteilungen über

	1894	1893	1892	1891	1890
--	------	------	------	------	------

Verstöße	3 323	3 349	3 560	3 669	3 845
Unterstützte	43 998	26 287	20 046	16 074	15 495
in Konkurs	358	339	402	508	392
Bevormundete	119	159	162	179	159

Nach Armenunterstützung, die das Wahlrecht entzieht, gilt dem Berliner Magistrat nicht bloß ein direktes Almosengeld oder eine unentgeltliche Verpflegung in einem städtischen Krankenhaus, sondern schon eine Stundung der Kurkosten auf länger als vier Wochen. Auch wer die Kosten für Verpflegung eines Angehörigen in einer der städtischen Anstalten erlassen oder über eine bestimmte Zeit hinaus gestundet bekommt, verliert das Wahlrecht; ebenso, wer so unvorsichtig ist, sich die Kleidung zur Konfirmation für seine Kinder von der Armenverwaltung liefern zu lassen. Die obigen Zahlen zeigen, wie wichtig es ist, daß in dieser Frage nicht die Auffassung des Magistrats, sondern die mildere der Stadtverordneten-Versammlung durchdringt, nach welcher erst Unbereitschaft und gänzlicher Erlaß der Kurkosten das Wahlrecht entziehen soll. Auch das ist gerade schon hart genug. In die Lage, sich oder einen Angehörigen im Krankenhaus oder in der Anstalt verpflegen lassen zu müssen, kann man ohne Schuld kommen. Der Unbemittelte kann dann gegen die Entziehung des Wahlrechts, die mit dem Erlaß der Kurkosten oder der Stundung auf längere Zeit verbunden ist, nichts anderes thun, als daß er zu seinem und seiner Angehörigen Schaden und in letzter Linie auch zum Schaden der Gesamtheit auf die Krankenhauseinlage verzichtet. Ob das oft geschieht, ist schwer nachzuweisen; aber geschehen wird es. Daß aus demselben Grunde zuweilen auf die Einsegnungskleidung verzichtet wird, ist zweifellos. Wenn der Magistrat will, kann er sich aus seinen eigenen Berichten darüber informieren, daß nicht nur die Zahl der Bewerbungen um unentgeltliche Einsegnungskleidung seit einer Reihe von Jahren ziemlich ununterbrochen zurückgegangen ist, sondern daß es auch mehrfach vorgekommen ist, daß Eltern noch im letzten Augenblick auf die Kleidung verzichteten. Sollte das nicht geschehen sein, weil der Vater sein Wahlrecht nicht dransetzen wollte? Vielleicht hat er dann auch auf die ganze Konfirmation verzichtet. Wo es sich nicht um das Seelenheil, sondern um leibliche Gesundheit und Leben handelt, da wird es natürlich schwerer, die Gills der Gemeinde zurückzuweisen. Und so müssen es alljährlich Tausende bitter empfinden, daß sie gegen diese ihnen leider unentbehrliche Hilfe ihr Wahlrecht hergeben müssen.

Ueber die auf den Rieselstern der Stadt Berlin beschäftigten Landarbeiter bringt der neueste, das Jahr 1893/94 behandelnde Bericht über die Verwaltung der städtischen Kanalisationswerke wieder die üblichen Angaben. Es gehört dieser Bericht zu den leider wenigen Verwaltungsberichten des Berliner Magistrats, die über die Verhältnisse der in dem betreffenden Verwaltungszweige beschäftigten Arbeiter, also namentlich über die gezahlten Löhne, genauen Aufschluß geben. Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, heißt es diesmal, hat keine Störungen erlitten. Lohnfreiheit und Arbeitsverhältnisse sind nicht vorgekommen. Die Lohnsätze, wird dann weiter gesagt, seien dieselben geblieben wie im Vorjahre 1892/93. Das heißt: Sie sind noch nicht wieder gestiegen, obwohl sie im Jahre 1892/93 für einzelne Kategorien von Arbeitern gegen 1891/92 herabgesetzt worden waren. (Der Bericht über 1892/93 sagte, die Löhne hätten im Berichtsjahre „im allgemeinen“ dieselbe Höhe behalten, und gab dann drei Zeilen tiefer die tatsächlich erniedrigten Lohnsätze an.) Die hauptsächlichsten Veränderungen sind die folgenden. Tagelöhner erhielten, neben Wohnung und Kartoffeln oder Kartoffelland, pro Tag: 1891/92 im Minimum 1,50, im Maximum 1,80 M.; 1892/93 im Minimum 1, im Maximum 1,80 M.; 1894/94 ebenso. Für 1891/92 und 92/93 wurden neben dem Kartoffelland noch 400 Quadratmeter Gartenland angegeben, welche im Bericht über 1893/94 fehlen. Ob dieses Gartenland den Tagelöhnern nicht mehr unentgeltlich überlassen wird, oder ob es jetzt zum Kartoffelland gerechnet wird, ist aus dem Bericht nicht zu erfahren. Freie Arbeiter erhielten pro Tag: die männlichen 1891/92 2,50 M., 1892/93 1,50—2,50 M., 1893/94 ebenso; die weiblichen 1891/92 1,00—1,25 M., 1892/93 0,80—1,00 M., 1893/94 ebenso. Auch hier ist der Minimallohn erheblich herabgesetzt worden, bei den weiblichen auch der Maximallohn. Bei den vorübergehend beschäftigten Arbeitern ist die Derabsetzung nur gering; die männlichen bekamen 1891/92 1,60—2,00 M., 1892/93 1,50—2,50 M., 1893—94 ebenso, die weiblichen in allen 3 Jahren 1,20—1,50 M. Erhöht sind nur die Löhne der Schirrarbeiter (1891/92 noch nicht gesondert aufgeführt) von 1892/93 2,50 M. auf 1893/94 2,50—3,00 M., und der Baumstücken-Arbeiter (1891/92 noch nicht aufgeführt) von 1892/93 2,00 bis 3,00 M. auf 1893/94 2,50—3,00 M. Die Löhne der Rieselwärter waren in allen drei Jahren 2,00—2,50 M. Aus diesen Angaben ist ersichtlich, daß es keineswegs das Verdienst der Verwaltung ist, wenn die Rieselstern-Arbeiter sich mit den ihnen gewährten Löhnen begnügen haben und keine „Störungen“ durch Lohnfreiheiten oder Arbeitsverhältnisse eingetreten sind. Es verdient übrigens hervorgehoben zu werden, daß die Verwaltung trotz Beibehaltung der verringerten Löhne auch in dem abgelaufenen Jahre keine Mähe gehabt hat, eine hinreichende Anzahl städtischer Arbeiter zu bekommen; es steht wenigstens nichts davon in dem Bericht. Im vorjährigen Bericht wurde sogar ausdrücklich erklärt, daß „sich ein Mangel an Guts-Tagelöhnern nicht gezeigt“ habe. Bekanntlich stimmen auch die Gutbesitzer der Provinz Brandenburg ihren Freunden in Mecklenburg, Pommern, West- und Ostpreußen darin bei, daß sie nur schwer Landarbeiter bekommen könnten. Sie zahlen eben noch schlechter.

Die Kanalisations-„Liebesgabe“, die die Berliner Hausbesitzer bisher aus dem Stadtschatz, d. h. aus der Tasche der Steuerzahler bezogen haben und, wenigstens zur Hälfte, leider weiter beziehen werden, wird auch im Bericht über die Verwaltung der städtischen Kanalisationswerke für das letzte Verwaltungsjahr 1893/94 erwähnt. Da die eigenen Einnahmen der Kanalisationsverwaltung nicht zur Deckung der Ausgaben reichen, so wird ein Zuschuß aus den allgemeinen Mitteln des Stadthaushaltes geleistet. Dieser Zuschuß belief sich für 1893/94 unter Berücksichtigung des Mindervertrages an Inventar etc. auf 1 654 765 M., unter Berücksichtigung der für Verzinsung und Amortisation der Anleihe auswendigen Ausgaben

auf 3 014 206 Mark. Hierzu kommt der Zuschuß der Beiträge von 3 014 206 Mark nicht durch Zuschuß aus den Mitteln des Stadthaushaltes gedeckt, an dessen Stelle vielmehr die hauptsächlichste und eigentliche Einnahmequelle der Kanalisations-Verwaltung — die Entwässerungsabgabe — in höherem Maße in Anspruch genommen worden, so hätten von den abgabepflichtigen Grundstücken Berlin, deren Zahl sich für das Verwaltungsjahr 1893/94 auf 21 508 angesetzt, fast 1 pCt. des Nutztrages bei Mitberücksichtigung der Amortisationsrate 2,06 pCt. bei Abschreibung derselben 1,58 pCt. als Entwässerungsabgabe erhoben werden müssen.“ Die mit bisher 1 pCt. von den Hausbesitzern gezahlte Entwässerungsabgabe belief sich 1893/94 auf 2 850 462 M. Nach Erhöhung der Abgabe von 1 auf 1 1/2 pCt., die mit dem 1. April in Kraft tritt, ermäßigt sich der aus den Mitteln des Stadthaushaltes zu leistende Zuschuß nach dem Vorschlag für 1895/96 immer erst um etwa 1 1/2 Millionen Mark.

Der „Magistrats-Kartoffelbauer“ Auch beging am gestrigen Tage sein 25-jähriges Jubiläum. An diesem Tage waren es 25 Jahre, daß Herr Frick den bisher von seinem Vater innegehabten Posten eines „Magistrats-Kartoffelbauers“ übernahm. Herr Frick, der in der Greifswalderstr. 22 wohnt, hat nämlich die Aufgabe, Ländereien zu pachten und dieselben mit Kartoffeln zu bepflanzen, deren Ernte sodann an städtische Armen gegen Vergütung der Aussaat verpachtet wird. Anlässlich des Jubiläums ließ der Magistrat Herrn Frick durch eine aus drei Stadträthen bestehende Deputation ein Diplom überreichen, in welchem die Ernennung des „Magistrats-Kartoffelbauers“ zum „städtischen Inspektor“ ausgesprochen wurde. Der „Magistrats-Kartoffelbauer-Inspektor“ ist somit städtischer Beamter geworden und als solcher ganz wie die prozeßirenden Nachtwächter pensionberechtigt.

Auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege. Von der Güte der Heiraths- und ähnlichen Anzeigen hebt sich nachfolgendes Inserat im „Berliner Tageblatt“ recht anmutig ab: „Fürstl. Titel. Auf gefehl. Wege mit Vernehm. der Reg. (Süd-Europa) preiswerth zu vergeben. Offerten unter (solgt Chiffre).“ Preiswerth zu vergeben — die Regierung irgendwo in Süd-Europa muß ziemlich tief im Falle liegen.

In der Urania findet heute Abend die 300. Vorstellung der „Amerikafahrt“ statt. Es ist nun bereits das zweite Mal seit dem Bestehen des Instituts, daß einer der dekorativen, von dem Direktor der Urania, Dr. M. Wilhelm Meyer verfassten Ausstattungs-vorträge eine solche Anzahl von Wiederholungen erlebt. Der erste war bekanntlich „Die Geschichte der Urwelt“.

Vom Vorstand der Versuchsbühne erhalten wir folgende Zuschrift:

Die Eröffnungsvorstellung des Vereins „Versuchsbühne“, welche am 3. März stattfinden sollte, wurde vom königlichen Polizeipräsidenten in letzter Stunde unterlagert, weil, wie das amtliche Schreiben behauptete, die Möglichkeit vorliege, daß auch Nichtmitglieder der Vorstellung besuchen würden. Obwohl diese Annahme irrtümlich ist, werden wir fortan peinlich darauf sehen, daß zu einem weiteren Verbot seitens der Behörde nicht der geringste formale Anlaß gegeben wird, wir müssen daher leider darauf verzichten, im Theater neue Mitglieder aufzunehmen und Vertreter der Presse sowie Angehörige der darstellenden Künste als bloße Gäste — ohne daß die Vereinsmitglieder sind — zu den Vorstellungen zuzulassen. — Nunmehr soll die erste Vorstellung der Versuchsbühne am kommenden Sonntag, den 10. März, mittags pünktlich 12 Uhr, im Zentral-Theater stattfinden. Zur Aufführung gelangt das für den 3. März verbotene dreitägige Schauspiel „Christnacht“ von Karl Maria. Die veränderten Umstände machen es erforderlich, daß weitere Mitgliederanmeldungen, falls sie Berücksichtigung finden sollen, baldigst in der Buchhandlung von K. H. L. u. G. Kattner, Markgrafenstr. 53, oder beim Nebendanten Hob. Vertelt, Holzmarktstr. 50, bewirkt werden.

Zur Affäre im Café Polonia wird uns von einem Berichterstatter noch geschrieben: Der Badergeselle Wilhelm Tannert entpuppt sich immer mehr als ein ganz gewöhnlicher Verbrecher, der hier in Berlin sein unethisch erworbenes Geld verbergen wollte. Tannert wird nämlich von der Dresdener Behörde wegen Diebstahls gesucht und die Mitteilungen über den Skandalösen Austritt im Café Polonia haben der Dresdener Behörde die Spuren des Flüchtlings verraten. Tannert hat nämlich einem Kollegen einen Taschenspielertrick entwendet und mit dem Gelde in der leichtfertigen Weise gewirtschaftet. In Dresden besuchte er ähnliche Lokale wie in Berlin und wurde dort um 400 M. erleichtert. Da er recht gut wußte, der Beschlagnahme werde ihn anzeigen, hielt er es für gerathener, der sächsischen Residenz den Rücken zu kehren und nach der preussischen zu flüchten. Nachdem die Dresdener Behörde seine Verhaftung in Berlin erfahren hatte, stellte sie ihrerseits Ermittlungen an. Es kam nun darauf an, den Tannert zu überraschen und dies geschah in der Weise, daß der verdächtige Richter scheinbar ohne jede Rücksicht fragte: Tannert, Sie waren ja wohl auch in Dresden? — Jawohl. — So? Dort haben Sie wohl mit Kollegen verkehrt? — Jawohl. — Nun, haben Sie dem P. nicht 1000 M. gestohlen? — Das wollte so verblüffend auf Tannert, daß er sofort ein offenes Geständnis ablegte.

Ein Mordversuch und ein Selbstmord wird uns aus dem Hause Krausenstraße 8 gemeldet. Dort wohnt seit Beginn dieses Jahres der am 5. April 1863 in Sangerhausen geborene Kaufmann Fritz Müller, der in dem Seidenwaarengeschäft von Oese in der Leipzigerstraße beschäftigt ist. Er hat von dem Schneidermeister im vierten Stock ein kostbares belegenes einschräges Zimmer abgemietet. Seit einigen Tagen war Müller von der Influenza befallen und konnte seinen Dienst in dem Kaufhause nicht versehen. Am Mittwoch Morgen erklärte er seiner Wirthin, daß er versuchen werde, seine Beschäftigung wieder aufzunehmen, freilich erst eine Stunde später, als sonst, nämlich von 9 Uhr ab. Gerade diese Verpachtung sollte ihm verhängnisvoll werden. Um 8 1/2 Uhr klingelte es an der Meisterschen Thür, und als der Sohn des Handwerksmeisters öffnete, stand ein großer Mann mit hellblondem Schnurbart in tadellosem, schwarzem Anzuge und mit Zylinderhut vor ihm. Er stellte die Frage: „Wohnt hier ein Herr Neumann“, verbesserte sich aber gleich, indem er den Namen Müller nannte. Der Fragesteller war sehr aufgeregt, wie sich der junge Meister jetzt erinnert. Als ihm die Frage bejaht, und er nach der Thür des Müllerschen Zimmers gewiesen wurde, klopfte er an, und Müller, der beim Ankleiden beschäftigt war und sich eingeregelt hatte, rief: „Bitte, einen Augenblick!“ Als Müller bald darauf öffnete, und dem Fremden sich gegenüberfand, schrak er zusammen und rannte an dem Eintretenden vorbei nach der Küche seiner Wirthin. Bevor er aber in Sicherheit war, zog der Fremde einen Revolver und jagte Müller eine Kugel in den Hals. Müller erreichte die Küche, wo er sich einschloß. Der Knall des Schusses hatte den Schneidermeister aus seinem Zimmer gelockt, und bei seinem Anblick entloß der Unbekannte eilig die Treppe hinab, Meister verfolgte ihn. Auf der Mitte der Treppe vom dritten zum zweiten Stock machte der fliehende Mann augenblicklich Halt, richtete die Waffe gegen sich selbst und jagte sich eine Kugel in die rechte Schläfe. Er stürzte mit dem Kopfe voran die halbe Treppe hinab und blieb mit den Beinen nach oben liegen. Der verletzte Kaufmann Müller konnte, bevor er mittelst Krankenwagens nach der königlichen Klinik in der Jägerstraße gebracht wurde, noch eine kurze Erklärung des Sachverhalts geben. „Wenn die Polizei kommt“, äußerte er, „so theilen Sie ihr mit, daß der Mann, der mich zu erschließen versuchte, der Ingenieur Wieder ist.“ Es handelt sich in der Angelegenheit um eine Dame. Der Ingenieur Wieder war sofort todt, wie ein

hingeworfener Kryst festhielt. Seine Leiche ist im Laufe des Vormittags nach dem Schauspielfeld gebracht worden.

Zu der That hat er nach folgende Einzelheiten mitgeteilt: Der 29 Jahre alte Ingenieur Paul Wiedner wohnte mit dem Kaufmann Fritz Müller bis Weihnachten v. J. Krausenstraße 28 bei einer Kaufmannswitwe B. Beide lernten die 19 Jahre alte Tochter Grethe ihrer Wirtin kennen und verliebten sich beide in das Mädchen. So viel steht nun fest, daß Grethe B. dem Kaufmann vor dem Ingenieur den Vorzug gab. Trotzdem verlobte sie sich Weihnachten mit dem letzteren, der in der Halleischenstraße bei einem Baumeister Lange eine ansehnliche Stellung inne hatte. Nach der Verlobung zog Wiedner nach Mödernerstr. 133a, Müller nach der Krausenstr. 8. In der letzten Zeit war nun die junge Frau topfhängerisch und niedergeschlagen geworden und hatte wiederholt erklärt, daß sie den Ingenieur nicht heirathen könne. Sie drängte auf Lösung des Verlobnisses, das denn auch vor einigen Tagen in aller Form sein Ende erreichte. Da nun Wiedner bemerkt haben muß, daß seine frühere Braut sich Müller zuwandte, so hat er des Oesteren erklärt, daß er es nicht überleben könne, wenn er Grethe B. nicht heimführen würde. Eifersucht muß ihn nun so geplagt haben, daß er sich entschloß, den bevorzugten Nebenbuhler zu tödten und sich dann selbst zu erschießen. Die Verwundung Müller's scheint trotz des großen Blutverlustes nicht lebensgefährlich zu sein, wenn auch das Geschloß noch im Gange liegt.

Ein Pistolenduell mit unglücklichem Ausgang fand wiederum im Grünwald statt und zwar zwischen dem cand. jur. R. und dem stud. phil. S. Beim zweiten Kugelwechsel, die Bedingungen lauteten sehr scharf auf 15 Schritt Barriere mit Revolvern, erhielt R. einen Schuß in die Brust, der anscheinend innere Organe schwer verletzt hat. Die Veranlassung zum Duell soll ein antisemitischer Streit gewesen sein, der in einem kürzlich in der Friedrichstraße eröffneten Restaurant zwischen den Beteiligten stattgefunden hat.

Leistungsbezeugnisse liegen dem Selbstmordversuch einer unglücklichen Frau zu grunde. Der Zuseher S. pflegt seinen Wochenlohn für die eigene Person zu verbrauchen, verlangte aber von seiner 37 Jahre alten Ehefrau Klara, daß sie für ihn und die fünf Kinder den Lebensunterhalt schaffe. Von allen Mitteln entblößt, war die Bedauernswerthe am Montag nicht im Stande, den Mittagstisch zu besetzen und mußte sich, wie schon häufig vorher, gefallen lassen, daß sie von dem rohen Manne deswegen gemißhandelt wurde. Das wirkte darauf ein, daß sie ihren jammervollen Dasein ein Ende zu machen beschloß. Sie nahm in selbstmörderischer Absicht chlorsaures Kali und wurde am Donnerstag Vormittag auf dem Fluß des Hauses in der Brunnenstraße, in dem sie wohnt, schwerverletzt aufgefunden. Die Polizei sorgte für ihre Ueberführung nach der Charité, wo die Aerzte hoffen, sie ihren Kindern erhalten zu können.

In einem Gasthause in der Krausenstraße hat sich der 32 Jahre alte Handlungsgehilfe Friedrich Meyer aus Bremen erhängt, der hier in der Verlebergerstraße Wohnung genommen hatte. Furcht vor gerichtlicher Bestrafung soll das Motiv des Selbstmordes gewesen sein.

Verschunden ist seit dem 27. Februar der neun Jahre alte Knabe Paul Schmidt, bisher bei dem Stiefvater, Herrn Triebel, Sedanstraße 22 in Weissenhof wohnhaft. Verleitet war der Knabe mit einem grauen Jacket, blauer Hose, weißen Socken und Pantinen, sowie schwarzer Pelzmütze. Nachrichten über den Verbleib des kleinen wolle man an jedes Polizeibureau sowie an den Stiefvater des Verschundenen gelangen lassen.

Unter der Aufschrift „Lunge und Hals“ wird neuerdings vielfach ein früher unter dem Namen „Pomeranthee“ feilgehaltene Brustthee als Heilmittel gegen Brust- und Halskrankheiten von einem Agenten Ernst Weidemann in Liebenburg am Harz angepriesen und in Päckchen von 60 Gramm Inhalt bei einem realen Werth von 5-6 Pf. zum Preise von 1 M. verkauft. Das Mittel, so berichtet das Polizeipräsidium, welches angeblich aus einer nur in Russland vorkommenden Ackerpflanze gewonnen wird, besteht nach sechsständiger Untersuchung aus einfachem Vogelknochen, der an allen Wegen und oft auch in weniger verkehrsreichen städtischen Straßen zwischen den Pflastersteinen wächst. Eine spezifische Heilwirkung hat das genannte Kraut nicht.

Polizeibericht. Am 5. d. M. wurden drei Personen in ihren Wohnungen erhängt aufgefunden, und zwar vormittags ein Schankwirth in der Schulstraße, nachmittags ein Kohlenhändler in der Neuenburgerstraße und abends ein Kaufmann in einem Hotel. — Vormittags wurde in dem Flure eines Hauses in der Brunnenstraße eine Frau schwer krank aufgefunden und nach der Charité gebracht. Sie hatte sich zu vergiften versucht. — Nachmittags hatte die Ehefrau eines in der Brangelstraße wohnhaften Arbeiters sich und ihre vierjährige Tochter durch Kohlenrauch zu tödten versucht. Der Abends heimkehrende Mann fand beide betäubt vor, beide aber wurden durch ärztliche Hilfe wieder zum Bewußtsein gebracht und demnächst in ein Krankenhaus überführt. — Im Laufe des Tages fanden zwei kleine Brände statt.

Witterungsübersicht vom 6. März 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) (M. = 40 F.)
Swinemünde.	763	SSW	1	halb bedeckt	-8
Hamburg.	761	SSW	2	heiter	-6
Berlin.	763	SSO	1	Rebel	-8
Bielefeld.	763	NO	2	wolklos	-7
München.	759	WS	4	Schnee	-8
Wien.	759	W	3	Schnee	-4
Caparanda.	751	NO	4	bedeckt	-11
Petersburg.	756	SSW	2	Schnee	-6
Cord.	751	SSW	5	Regen	-7
Aberdeen.	752	SW	2	wolkig	-4
Paris.	763	SO	1	wolkig	-8

Wetter-Prognose für Donnerstag, 7. März 1895.

Stets wärmeres, vielfach heiteres, zeitweise wolkiges Wetter mit schwachen südwestlichen Winden, keine oder unerhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beilage.

Von Herrn Rechtsanwalt Dr. Schöps erhalten wir folgende Zuschrift:

Am 25. Februar d. J. vertrat ich den Schankwirth Lewinski, Wilmsstraße 45, vor dem Oberverwaltungsgericht in einer Verwaltungsstreitsache wider das königliche Polizeipräsidium zu Berlin, betreffend die Erlangung der Erlaubnis, den zu seinem Lokale gehörigen Vorgarten zu Schankwecken benutzen zu dürfen. Der „Vornwärts“ enthält in der 2. Beilage der Nummer 32 vom Sonnabend, den 2. März 1895 einen aus der „V. Z.“ entnommenen Bericht über diese Verhandlung, in welchem mir Ausführungen in den Verdict geleget wurden, welche ich nicht gethan habe. Ich habe nicht gesagt, daß bei Werner viel Sozialdemokraten verkehrten, welche nach meiner Ansicht viel eher zur Störung der öffentlichen Ordnung geneigt seien, als daß bei Lewinski verkehrende gute Publikum. Ich habe vielmehr dem Polizeipräsidium gegenüber, welches die Verlegung der Konzession besonders durch den Hinweis auf zu befürchtende Verkehrsstörungen und Belästigungen

begründete, folgendes ausgeführt: Gegenüber dem Lokale des Klägers Lewinski befindet sich das Lokal von Werner, in welchem hauptsächlich Arbeiter verkehren. Werner habe im Jahre 1892 die Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft in seinem Vorgarten erhalten, trotzdem das Polizeipräsidium sonst gerade den Besuch von Wirthen gegenüber, bei welchen Arbeiter verkehren, sich stets ablehnend verhalte, weil es von diesem Publikum in besonderem Maße Störungen des öffentlichen Verkehrs befürchte. Wenn nun das Polizeipräsidium diese Besorgnis in dem Werner'schen Falle nicht gehabt habe, so könne es von seinem Standpunkt aus um so weniger etwas gegen das Geschäft des Klägers Lewinski einzulegen haben, in welchem das sogenannte bessere Publikum: Lehrer, Kaufleute, Beamte verkehrten.

Hiernach wird also an dem Berichte der „Volks-Zeitung“ unrichtigerweise etwas als meine Ansicht bezeichnet, was ich nur als Ansicht des Polizeipräsidiums vertragen habe. Ich selbst habe gerade diese Ansicht des Polizeipräsidiums, daß von einem Arbeiterpublikum in besonderem Maße Ausschreitungen zu befürchten seien, in anderen Fällen, wo es sich um Ertheilung von Vorgarten-Konzessionen handelte, auf das entschiedenste bekämpft und im Gegentheil betont, daß das Arbeiter-Publikum, insbesondere das sozialdemokratische dem sogenannten besseren Publikum, wie man es in Konzessionsfachen zu nennen pflegt, in bezug auf ruhige und gemessene Ausführung vielfach zum Muster dienen kann. Ich bin ferner stets dafür eingetreten, daß gerade den Wirthen, deren Gäste Arbeiter wären, vor allen anderen die Erlaubnis zur Ausübung ihres Schankbetriebs in Vorgärten gewährt werden müßte, weil diesem Publikum im Sommer nach den schweren körperlichen Anstrengungen des Tages Erholung durch Aufenthalt im Freien am meisten noth thue. Dieses ist meine Ansicht noch heute und ich habe in der Lewinski'schen Sache das Polizeipräsidium lediglich mit seinen eigenen Gründen ad absurdum führen und gerade hierdurch das Willkürliche seiner Handlungsweise darlegen wollen.

Eines der Kapitel, aus denen sich die **Standard-Angelegenheit Schwabe** Berg zusammenfassen, gelangte gestern vor dem Schöffengericht zum Abschluß. Am Nachmittage des 13. Juli v. J. spielte sich auf dem Fluß des Kriminalgerichts-Gebäudes ein tumultuariöser Austritt ab. Es hatte an jenem Tage ein Termin stattgefunden in einer Beleidigungssloge, welche der Prediger Schwabe gegen die Redakteure verschiedener Zeitungen angestrengt hatte, weil er sich durch Artikel, die sein angebliches Verhältniß zur Berg'schen Familie schilderten, verletzt fühlte. Seitens beider Parteien war ein großes Aufgebot von Zeugen erfolgt. Nach Schluß des Termins kam es auf dem Fluß zu einer argen Schlägerei, wobei der Bruder des Predigers Schwabe, der Gerichtsfreier Schwabe aus Weimar, einen geladenen Revolver zog und seine Gegner damit bedrohte. Durch das entschlossene Dazwischentreten des Gerichtsdieners Nees, der den Referendar Schwabe von hinten umfaßte und ihm die Waffe entwand, wurde größeres Unheil verhütet. Der Referendar Schwabe wurde damals zur Wache gebracht und die Ansicht, daß er sich strafbar gemacht hatte, war ziemlich allgemein verbreitet. Die Untersuchung muß wohl ergeben haben, daß die Behauptung des Referendars, daß er sich im Zustande der Nothwehr befunden habe, begründet war, denn das Verbrechen ist nicht gegen ihn, sondern gegen den früheren Pferdebahn-Schaffner Heinrich Berg erhoben worden. Er war der Körperverletzung und Bedrohung beschuldigt. Im Termine gab er folgende Darstellung des Sachverhalts. Als nach Schluß des Termins der Prediger Schwabe in Begleitung des Assessors Sander, sowie seiner beiden Brüder, des Lieutenants Schwabe und des Referendars Schwabe auf den Fluß hinausgetreten sei, habe der Erstgenannte an der Tochter des Angeklagten, der Emilie Berg, vorübergehen müssen. Er habe dem Mädchen im Vorbeigehen einen Stoß mit der Faust gegen den Unterarm versetzt, daß sie zurückgetaumelt sei. Der Angeklagte habe seiner Tochter zur Hilfe eilen wollen, da sei aber schon der Referendar Schwabe dazwischengefallen und habe auf ihn eingeschlagen. Natürlich habe er sich gewehrt, worauf der Referendar den Revolver gezogen und auf ihn angelegt habe mit den Worten: „Zieh schieß ich Dich nieder! In diesem Augenblick sei der Gerichtsdienst dazwischengefallen. — Die Beweisaufnahme fiel zu ungunsten des Angeklagten aus. Einwandfreie Zeugen befanden, daß Emilie Berg sofort auf den Prediger Schwabe losgesprungen sei, als dieser den Fluß betrat, daß sie ihn beschimpft und geschlagen habe. Der Angeklagte Berg habe fast gleichzeitig auf den Referendar Schwabe eingeschlagen; ihn am Halse gewürgt und mit den Worten: „Sund! Nun kommst Du lebend nicht mehr aus meinen Fingern!“ gegen die Wands gedrückt. Nun habe der Referendar den Revolver gezogen. Während der Gerichtsdienst ihn umklammerte, hätten noch andere Personen mit Stöcken und Schirmen auf ihn eingeschlagen, so daß der Referendar blutende Wunden am Kopf und im Gesicht erhielt.

Der Gerichtshof gewann die Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten, der zu insgesamt zwölf Tagen Gefängnis verurtheilt wurde.

Der Kaufmann Wolf Jonas wurde gestern der vierten Strafkammer des Landgerichts I aus der Untersuchungshaft vorgeführt, um sich wegen wüthlicher und thätlicher Beleidigung seines früheren Dienstherrn zu verantworten. Es handelte sich um ein unflüchtiges Attentat, weshalb die Verhandlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand. Das Ergebnis der Beweisaufnahme muß für den Angeklagten sehr belastend gewesen sein, denn der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis. Der Gerichtshof verwies die Sache an das Schwurgericht, da der Angeklagte durch die Beweisaufnahme hinreichend verdächtig sei, sich des Verbrechens der versuchten Nothzucht schuldig gemacht zu haben.

Alleszeitiges Mitleid erregte die Angeklagte, welche gestern in der Person der Frau des Pferdebahn-Kutschers Hülliger vor der I. Strafkammer des Landgerichts I erschien, um sich wegen fahrlässiger Tödtung zu verantworten. In tiefer Trauer und in Thränen gebadet nahm die Frau auf der Anklagebank Platz. Sie hat das Unglück gehabt, durch ein widriges Geschick ihre beiden Kinder zu verlieren und wurde nun noch beschuldigt, den Tod ihrer beiden Lieblinge durch eigene Fahrlässigkeit verschuldet zu haben. Sie ist mit ihrem Ehemann vor nicht so langer Zeit aus der Provinz nach Berlin gekommen, ihr Mann bekleidet die Stelle eines Pferdebahn-Kutschers und ihre Aufgabe ist es, ihn gegen Abend etwas Kaffee nach der Kasse zu bringen. Während der Zeit ihrer Abwesenheit mußte sie, da sie keine näheren Bekannten hat, wie so manche Proletarierin, ihre vierjährige Tochter Elise und ihren zweijährigen Sohn Bruno zu Hause einschließen. Auch am 20. Dezember verfuhr sie in dieser Weise, als sie um 5 1/2 Uhr sich auf den Weg zu ihrem Ehemann machte. Sie stellte in der Küche auf einen an der Wand stehenden Tisch eine Lampe, forderte die Kinder auf, in der Küche artig zu spielen, verschloß die Thür und ging ihrer Pflicht nach. Als sie wieder nach Hause kam, war schon ein entsetzliches Unglück geschehen. Die Hausbewohner hatten schon einen brandigen Geruch im Hause wahrgenommen und es stellte sich heraus, daß die beiden Kinder beim Spielen die brennende Lampe herabgerissen hatten und die Bestellen in Brand gerathen waren. Aus Angst vor dem Feuer hatten sich die Kleinen unter die Bettdecken geflüchtet und dort fand man sie als Leichen vor. Sie waren erstickt. — Der Staatsanwalt glaubte bei allem Mitleid für die schwergeprüfte Mutter doch einen Tag Gefängnis gegen sie beantragen zu sollen. Der Gerichtshof erkannte aber auf Freisprechung, weil er meinte, daß die Angeklagte, welche die Lampe auf einen an fester Wand stehenden festen Tisch gestellt hatte, ein strafbares Verschulden nicht zur Last falle.

Der grauenhafte Lustmord, welcher am Abend des 2. Dezember v. J. in der unmittelbaren Nähe der Nazarethkirche verübt worden ist, beschäftigt gestern das Schwurgericht des Landgerichts Berlin I. Die Anklage, die auf Nothzucht mit tödtlichem Erfolge lautet, richtet sich gegen den 24 Jahre alten Schuhmacher Ernst B. i. d. Hoff. Der Angeklagte ist in Großenhain in Sachsen geboren, dreimal wegen Diebstahls verurtheilt und hat zuletzt bei dem Schuhmachermeister Wilsdorf gearbeitet. Am Sonntag, den 2. Dezember trieb sich der Angeklagte, welcher Schnaps getrunken hatte, in der Gegend der Nazarethkirche umher. Er traf auf der Straße die 32jährige Anna Mosler, Stieftochter des in der Antonstr. 2 wohnenden Schlossers Kannenberg in Gesellschaft ihres Bruders und des 14jährigen Knaben Schubert. Er befreundete sich mit den Kindern, gab ihnen wiederholt Schnaps zu trinken und ließ zu verschiedenen Malen neuen Schnaps aus einer Defilation herbeiholen. Auch Kuchen gab er den Kindern und schickte, als der Alkohol schon seine Wirkung auf die letzteren ausübte, die Knaben weg, damit sie aus einem Baderladen sogenannte Kuchen-Schneden herbeiholen sollten. Als die Knaben, die einen Baderladen natürlich nicht offen gefunden hätten, zurückkehrten, war der fremde Mann mit der kleinen Anna Mosler verschwunden. Ihr Bruder traf in angetrunkenem Zustande in der elterlichen Wohnung ein und als er dort das Abenteuer mit dem fremden Manne erzählte und von dem Verbleib der Schwester nichts zu berichten wußte, bemächtigte sich der Mutter eine namenlose Angst und sie eilte auf die Straße, um den Nazarethkirchplatz nach ihrer Tochter zu durchsuchen. Der Nachwächter des Reviers leistete ihr Beistand. Nach längerem, vergeblichem Suchen wurden beide auf einen wiederholten Schrei aufmerksam und als sie diesem nachgingen, stießen sie auf eine Gruppe, deren Anblick das Blut in ihren Adern erstarren machte: an der Erde lag das vermählte, vollständig entkleidete Kind, über welches sich der über und über mit Blut besudelte Angeklagte gebeugt hatte. Als man ihn von seinem Opfer wegriß, ergab sich sofort, daß das Kind eine Leiche war. Der Körper des bedauernswerthen Opfers gewährte einen fürchterlichen Anblick und ließ die ganze Bestialität des Mörders erkennen. Der Angeklagte gab sofort zu, das Verbrechen an dem Kinde begangen zu haben und ließ sich, ohne Widerstand zu leisten, abführen. Die von den gerichtlichen Sachverständigen Medizinalrath Dr. Long und Professor Dr. Straßmann vorgenommene Obduktion ergab, daß der Tod des Kindes durch Erstichung mittels der in den Mund gepreßten Kieselsteine erfolgt ist. Der gerichtliche Chemiker Dr. Jeserich hat festgestellt, daß das Kind vor seinem Tode eine nicht unbedeutende Menge Alkohol getrunken haben muß. — Bei der heutigen Verhandlung vor dem Schwurgericht führt Landgerichtsdirektor Mosler den Vorsitz. Die Anklagebehörde vertritt Staatsanwalt Dr. Borchert, die Vertheidigung führt Rechtsanwalt Dr. Waldauer. Der Angeklagte ist eine schmächtige, mittelgroße Gestalt, sein blaßes Gesicht erhält durch einen leichten, blonden Schnurrbart ein charakteristisches Gepräge. Er trägt Gefangenen-Kleidung, ist im allgemeinen gesund und scheint Neugier über seine That zu empfinden. Als die als Zeugin vorgeladene Mutter des ermordeten Kindes bei der Vorführung des Angeklagten feiner ansichtig wurde, schien sie nicht übel Lust zu haben, sich auf ihn zu stürzen. — Bei Beginn der Verhandlung stellte der Staatsanwalt den Antrag auf Anschluß der Öffentlichkeit und der Gerichtshof entsprach diesem Antrage, weil die öffentliche Verhandlung der öffentlichen Sittlichkeit Gefahr bringen würde.

Die Geschworenen sprachen den Angeklagten schuldig der schweren Nothzucht mit tödtlichem Erfolge. Bei der Unmenschlichkeit, die der Angeklagte an den Tag gelegt — so führte der Präsident bei der Urtheilsverkündung aus — könne von mildernden Umständen keine Rede sein. Das Urtheil lautete auf lebenslängliche Zuchthausstrafe und zehn-jährigen Ehrverlust.

Der Verurtheilte zeigte bei der Urtheilsverkündung keinerlei Gemüthsbewegung.

Vermischtes.

Ueber ein eigenthümliches Verbrechen wird aus Budapest vom 6. März berichtet: Der Damm des Morawigatals bei Margita wurde von freierlicher Hand durchschnitten, wodurch Margita theilweise überschwemmt wurde. An vielen Stellen des Tamesflusses ist die Lage gefährdend und werden Katastrophen befürchtet. An mehreren Orten kam es zu bedrohlichen Zusammenstößen, weil sich die Bevölkerung an den Rettungsarbeiten nicht theilnehmen wollte; Militärabtheilungen sind zur Ausführung dieser Arbeiten abgegangen.

Verkehrsstörungen. Amtlich wird bekannt gemacht: Infolge von Schneeverwehungen ist der Personen- und Güterverkehr auf den nachfolgenden Strecken unterbrochen: Nebenbahnstrecke Nafel-Grafen zwischen Jannowitz-Elfenau seit 4. d. M., 8 Uhr morgens, und zwischen Jechau-Hohenau seit 4. d. M., 6 Uhr abends. Nebenbahnstrecke Warnsee-Elfenau seit 4. d. M., 12 Uhr mittags. Nebenbahnstrecke Rogasen-Nowogard zwischen Elfenau-Podobowit seit 4. d. M., 8 Uhr morgens. Nebenbahnstrecke Nafel-Konitz seit 4. d. M., 11 Uhr abends. Nebenbahnstrecke Marienburg-Maluden zwischen Christburg-Marienburg seit 4. d. M., 11 Uhr abends. Nebenbahnstrecke Zollbrück-Bülow seit 4. d. M., 7 Uhr abends. Nebenbahnstrecke Jablonowo-Strasburg seit 4. d. M., abends. Nebenbahnstrecke Thorn-Marienburg zwischen Culmske-Propstken seit 4. d. M., abends. Nebenbahnstrecke Allenstein-Soldau zwischen Hohenstein-Opr. und Neidenburg seit 5. d. M. 1 Uhr mittags. Züge verkehren nur zwischen Allenstein-Hohenstein und Neidenburg-Soldau. Nebenbahnstrecke Mohrungen-Worland seit 5. d. M., 2 Uhr nachmittags. Nebenbahnstrecke Königsberg-Tilsit zwischen Ruggen-Pabian seit 5. d. M. 1 Uhr nachts. Züge verkehren zwischen Königsberg-Ruggen und Pabian-Tilsit. Die Dauer der Verkehrsstörungen ist unbestimmt.

In Triest herrschte am Mittwoch ein furchtbares Unwetter. Eine orkanartige Bora hat die Straßen in eine Glatteisfläche verwandelt. Der Handel in der Stadt ist auf das geringste beschränkt, die Theatervorstellungen sind abgefragt worden. Der Verkehr auf den Straßen ist sehr gefährlich. Zahlreiche Unglücksfälle sind bereits vorgekommen.

Der belgische Dampfer „Friesland“, welcher mit 150 Touristen von New-York nach Jaffa unterwegs ist, strandete am Mittwoch beim Hafeneingange von Port Said.

Nach einer Depesche aus Port of Spain (Trinidad) ist der Geschäftstheil der Stadt am Dienstag abgebrannt. Der Schaden wird auf 4 Mill. Dollars geschätzt. Von einem englischen und einem amerikanischen Kriegsschiffe wurden Mannschaften gelandet, welche den Rest der Stadt retteten.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Brieftuch oder eine Zeit.) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

G. S. Die Beggars opera kennen wir nicht. In Richard Wagner's Meisterfinger tritt ein äußerst zahlreiches Ensemble auf.

R. S. 95. Wir warten zunächst Ihre Rückfrage ab.

O. S. 7. Wenden Sie sich an einen Optiker oder an ein elektro-technisches Institut.

Klempner Nag. Sie müssen klagen, aber sich vorher an die Polizei wenden. — P. A. 594. Gewiß steht dem Vertheiler den Anspruch auf die Rente zu. — O. S. 155. Dies war nicht der Fall. — T. R. W. 8. Fragen, wie man sich von Alimenter befreien kann, beantworten wir niemals. — O. S. 5.

Das war über die Kündigung vereinbart resp. wann zahlen Sie die Miete? — M. T. Wenden Sie sich sofort an die Polizei.

O. M. 48. Sie müssen sich an die bestimmte Zeit halten.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

88. Sitzung vom 6. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Berlepsch und Kommissarien.
Die zweite Beratung des Etats wird fortgesetzt bei der Verg., Gütern- und Salinenverwaltung.

Bei dem Titel: Einnahme für Produkte aus preussischen und braunschweigischen Gemeindefabrikwerken am Unterharg 5 161 744 M., davon auf Preußen entfallend 2 949 565 M., polemisiert

Abg. Dr. Arendt gegen die gestrigen Ausführungen der Abg. v. Gynern und Bued. Der letztere habe zugegeben, daß die Länder mit Silberwährung vorwärts schreiten. Wir schreiten nicht vorwärts, also muß die Ursache hierfür in unserer Währung liegen.

Der Titel und der Rest der Einnahmen werden bewilligt.
Bei den Ausgaben liegt eine Petition mittlerer Werksbeamten 1. Klasse der Staatswerke Königin Luise und Königsgarbe in Jäbry und Königshütte D.-Schl., wegen Aufbesserung ihres Gehalts, Erhöhung der Pension und Ueberlassung von Heizmaterial aus den Staats-Kohlenruben vor.

Minister v. Berlepsch erklärt, daß eine einzelne Beamtenklasse nicht vorweg vor der allgemeinen Aufbesserung der Beamtengehälter im Gehalt aufgebessert werden könnte.

Bei den bergtechnischen Lehranstalten knüpft Abg. Gothein an die Schaffung einer neuen Professur für Mineralogie an und meint, daß zu viele Lehrstühle für Spezialfächer nur dazu führten, daß jeder Professor sein Fach für die Hauptfache halte und zu große Anforderungen an die Examinanden stelle.

Abg. v. Tiedemann-Vomst (fr.) fragt an, wie weit die geologische Landesaufnahme gediehen sei.

Minister v. Berlepsch: Mit der Landesaufnahme sind 25 Personen beschäftigt, es wird aber noch eine Vermehrung der Arbeitskräfte stattfinden bis auf 29 Personen. Dazu kommen noch 2 Personen, welche die Provinz Osthpreußen aus eigenen Mitteln stellt. Wenn wir auf die vier Provinzen, wo eine Beschleunigung im Interesse der Landwirtschaft wünschenswert ist, 10 Personen verteilen, so werden, da jede Person in einem Jahre nur ein Blatt fertig stellen kann, nach 96 Jahre vergehen, bis die Aufnahme in diesen Provinzen fertig ist. Wenn wir diese Personen auf 14 vermehren und die Provinzen die Vermehrung auf 20 beschaffen, so wird die Vervollendung in 45 Jahren möglich sein, aber das ist noch eine außerordentlich lange Zeit. Die Fortsetzung hat die Herstellung der Bohrbohrer auf zwei Meter Tiefe gewünscht, für das Flachland genügt vielleicht eine Tiefe von einem Meter. Dadurch würde eine weitere Beschleunigung erreicht werden, und ich will diese Frage nochmals mit dem Landwirtschaftsminister besprechen.

Abg. v. Tiedemann: Das Interesse der Landwirtschaft verlangt es auch nicht, daß die Untersuchungen überall vorgenommen werden; es reicht aus, daß sie an einzelnen Stellen vorgenommen werden. Eine genauere Untersuchung liegt nur im Interesse der Wissenschaft, und eine solche bedarf auch keiner allzu großen Beschleunigung.

Der Titel, sowie der Rest der dauernden Ausgaben wird bewilligt.

Der Rest des Etats wird nach weiterer Vorbringung verschiedener Einzelheiten bewilligt.

Es folgt der Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Bei den Einnahmen wünscht

Abg. Reumer (natl.) eine Veränderung der Bestimmungen des Bundesrats über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Walz- und Hammerwerken, sowie eine beschleunigte Berichterstattung der Gewerbeverbände über die Fortschritte der Industrie unter Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Praxis. In den Preproben sei die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter wegen der Bestimmungen des Bundesrats nicht möglich.

Unterstaatssekretär Lohmann erwidert, daß die Zulassung jugendlicher Arbeiter in Hammerwerken erwogen werden solle. Die Notwendigkeit der Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter baselst sei noch nicht dargelegt.

Abg. Reumer: Die Industrie hat gar kein großes Interesse an der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter, sie beschäftigt die Jugend nur, damit sie nicht auf der Straße liegt.

Die Einnahmen werden bewilligt. Es folgt die Beratung der dauernden Ausgaben.

Abg. Bröse (L.) legt die Stellung seiner Fraktion zur Handwerkerfrage im Anschluß an den im Reichstag angenommenen Antrag Kropatsch dar. Die Hauptsache sei die Organisation des Handwerks. Wenn erst wieder Erhebungen angestellt werden sollen, so läme die Frage in dieser Session wiederum nicht mehr zur Lösung.

Abg. Eckels (natl.): Es ist doch sehr fraglich, ob der Befähigungsnachweis dem Handwerk wirklich hilft. Vielleicht könnte einmal ein Versuch damit gemacht werden, das Publikum würde keinen Nachteil davon haben, höchstens die Handwerker selbst. Die Mehrheit der Handwerker ist gegen den Befähigungsnachweis.

Abg. Voet (natl.) lenkt die Aufmerksamkeit des Ministers auf die Neuerungen in den Versammlungen des Bundes der Landwirthe und des Abg. v. Kardorff im Reichstage gegen die Handelsverträge, die zerissen werden müßten, um der Landwirtschaft zu helfen.

Minister von Berlepsch: Wenn ein Beamter des Ministeriums zugleich Abgeordneter ist, so kann ihm nicht das Recht verweigert werden, seine Ansichten zu vertreten. Sollte durch seine Äußerungen Beunruhigung in die industriellen Kreise gekommen sein, so halte ich es für meine Pflicht, dieser Beunruhigung entgegenzutreten. (Beifall links.) In der Statistik der Zölle für zehn Jahre liegt der wesentlichste Nutzen, das hervorragende Verdienst der Handelsverträge. Ich halte es für die Pflicht des Handelsministers, zu einer Revision der Handelsverträge nicht die Hand zu bieten. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. v. Meudel-Steinfeis (L.) erklärt sich für die Beschränkung des großen Hausrhandels durch stärkere Besteuerung, auch aus ethischen und moralischen Gründen, denn unter diesen Umständen seien gerade die Elemente, welche die Sozialdemokratie auf das Land tragen. Die Landwirtschaft müsse sich immer fester organisieren, um russische Handelsverträge in Zukunft abzuwehren. (Beifall rechts.) Wenn russischen Handelsvertrag seien die Aemtern aus der Hand der Landwirtschaft geschritten worden. Die Industrie habe vergessen, daß 45 pCt. der Bevölkerung der Landwirtschaft angehören und daß sie ein Interesse habe, die Kaufkraft dieser Bevölkerung zu erhalten.

Abg. v. Heydebrand (L.): Die Stabilität ist auch der einzige Vortheil der Verträge, es giebt aber auch eine Stabilität der Nothlage der Landwirtschaft. Der Landwirtschaftsminister hat es der Erwägung für werth bezeichnet, ob nicht angesichts der Nothlage der Landwirtschaft eine Revision der Verträge angezeigt sei. Ich kann mir nicht anders denken, als daß der Herr

Handelsminister heute die Interessen der Landwirtschaft zu erwähnen nur vergessen hat, sonst müßten wir bedauern, daß die Einheitlichkeit in wichtigen Fragen im Staatsministerium nicht vorhanden ist, welche im Interesse des Staates dringend erforderlich ist.

Minister v. Berlepsch: Die Frage der Revision der Handelsverträge ist im Staatsministerium überhaupt noch nicht behandelt worden, es kann also nicht die Rede davon sein, daß die Einheitlichkeit des Ministeriums gefährdet sei.

Abg. Meß (Z.) bespricht die Handwerkerfrage und beklagt sich in sehr heftigem, erregtem Ton darüber, daß man ganz allein dem Handwerkerstand den Befähigungsnachweis vortrage, den alle anderen Berufsstände haben, und daß man das Kreditbedürfnis des Handwerks nicht befriedige.

Minister v. Berlepsch: Der Ton des Vorredners war derart, daß ich es mir eigentlich versagen müßte, darauf zu antworten. Die Frage der Organisation des Handwerks ist nie so weit vorgeschritten gewesen, wie gerade jetzt. Vorlagen sind in Vorbereitung. Der Entwurf für die Handwerkerkammern wird dem Reichstag zugehen. Die auf oberflächliche Beobachtung beruhende Behauptung, daß nur das Handwerk den Befähigungsnachweis nicht habe, begreife ich nicht. Den Befähigungsnachweis giebt es nur für Beamte und andere Berufsstände von öffentlichem Interesse wie Ärzte u. s. w. Warum benutzt das Handwerk nicht wie die kleinen Landwirthe die Kreditgenossenschaften? Die Handwerker, welche der Vorredner vertritt, sind nur zu träge, um zu dieser Selbsthilfe zu greifen. (Beifall links.)

Abg. v. Walldow (L.): Die Neuerungen des Ministers werden in Handwerkerkreisen recht schwere Eindrücke hervorrufen. Näher als die Handwerker-Kammern liegen den Handwerkern die Zwangsinnungen; fakultative Innungen nähern ihnen nichts, schaden sie nicht gegen die Konkurrenz von außen. Die Handwerker sind nicht faul und indolent, sie ringen schwer und wissen sich nicht zu helfen. Sie sehen ihren Schatz allein in der Zwangsinnung und im Befähigungsnachweis. (Beifall rechts.)

Minister v. Berlepsch: Die Regierung muß sich in den Sachen, die vor den Reichstag gehören, hier Reserve ansetzen. Der Gedanke der Zwangsorganisation des Handwerks ist von mir in einer Publikation abgelehnt worden; ob dieselbe sich mehr der Innung oder einer anderen Form nähert, steht noch nicht fest. Es hat mir völlig fern gelegen, dem Handwerkerstand allgemeine Faulheit und Indolenz vorzuwerfen, ich bedauere, wenn meine Worte zu dieser Auffassung Veranlassung gaben. Es lag mir auch fern, nur einem Theil das vorzuwerfen, ich habe nur in dem einen Punkt auf die Thätigkeit der landwirtschaftlichen Kreditverhältnisse exemplifiziert.

Die Debatte wird geschlossen.

Das Ministergehalt wird bewilligt.

Nach 4 1/2 Uhr vertagt das Haus die weitere Beratung auf Donnerstag 11 Uhr.

Soziale Ueberlicht.

Die Beschleunigung, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes genügen, ist nachbenannten Klassen ertheilt worden: Kranken-Unterstützungs- und Sanitätskassen (G. H.) zu Enckheim, Holzhauser-Krankenkasse (G. H.) in Friedrichsroda, Kranken-Unterstützungskasse für selbständige Schneider in Bromberg (G. H.), „Diana“, Kranken- und Sterbekasse für weibliche Handlungsgehilfen (G. H.) in Breslau, Maurer-Kranken- und Sterbekasse „Sundia“ (G. H.) in Stralund, Pfälz-Krankenkasse für Arbeiter (G. H.), Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Sterbekasse für Hannover und Linden (G. H.), Kranken-Hilfsverein zu Siegen, Bauhandwerker-Kranken-Unterstützungskasse für Gisdorf (G. H.), Kranken- und Begräbniskasse „Eintracht“ (G. H.) in Breslau, Neuer Kranken- und Sterbeverein zu Naurod (G. H.).

Neue Arbeiterentlassungen. Aus Bochum wird der „Volks-Zeitung“ gemeldet, daß die Zeche „Helene“ am gestrigen Tage 250 Mann kündigte.

Dem Drange, auch seinerseits den Arbeitslosen mit Rath und That zur Seite zu stehen, entspricht der Vorstehende des Vorstandes der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Osthpreußen durch folgende Bekanntmachung: Da zur jetzigen Winterzeit viele Arbeiter keine Beschäftigung haben, so mache ich darauf aufmerksam, daß dieselben berechtigt sind, die Invaliditäts- und Altersversicherung freiwillig auf eigene Kosten fortzusetzen. Der Arbeiter hat, wenn er von diesem Rechte Gebrauch machen will, für jede Woche, während derer er ohne Arbeit ist, eine Doppelmarke zu 28 Pfennig in seine Contingentkassette selbst einzuliefern. Er sichert sich hierdurch den Anspruch auf die Invalidenrente bei eintretender Arbeitsunfähigkeit, und auf die Altersrente bei vollendetem 70. Lebensjahre; auch erhöht sich durch jede verwendete Marke der Betrag der vereinbarten Rente. Königsberg in Preußen, den 10. Januar 1895. Landes-Hauptmann von Stadhausen. — Es ist gut, daß der Herr Landes-Hauptmann die Arbeiter auf ihr Recht, selbst blechen zu dürfen aufmerksam macht; die Leichschaffungen könnten es in dieser Höhe wirklich vergessen, in anderen Fällen gemahnt der Gerichtsvollzieher energisch genug. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiter in Scharen hervorgehen, weniger vielleicht, um das Blechen zu besorgen, als vielmehr um den Herrn Landes-Hauptmann ein wenig über den Werth aufzuklären, den 28 Pfennige bei einem Arbeitslosen haben.

Die Arbeitslosenstatistik, welche die Magdeburger Gewerkschaften am 31. Dezember von den Arbeitslosen Magdeburgs aufnahmen, bedeutet, so unvollkommen sie auch immer ist, eine schwere Anklage gegen die herrschende Wirtschaftsordnung. Es waren arbeitslos 727, davon 478 verheirathete, die 1243 Kinder zu ernähren hatten. Diese Personen waren im Jahre 1894 zusammen 16 091 Wochen arbeitslos; die Verheiratheten wurden davon mit 10 605 Wochen Arbeitslosigkeit betroffen. Die Lebigen haben 6094 Wochen, die Verheiratheten 10 839 Wochen gearbeitet. Auffallend ist auch, daß die Familienväter unter den Arbeitslosen stärker vertreten sind; wie aus obigen Zahlen zu ersehen ist, sind es 229 Familienväter mehr als ledige Personen. Zählt man zu den 727 Erwachsenen noch die 1243 armen Kinder, dann erhält man schon die ansehnliche Anzahl von 1970 Personen, die nicht wissen, womit sie sich leben oder nähren sollen. — Wie grauenvoll müßte erst das Ergebnis sein, wenn es die Behörden einmal selbst unternehmen würden, eine Volksstatistik aufzunehmen.

Die Einführung einer städtischen Viebesteuer wurde in Lausitz, einer kleinen Stadt in Sachsen, beschlossen. Die Finanzschwierigkeiten der Kommune werden immer größer. Um das nöthige Geld herbeizuschaffen, verlegen sich die Finanzkünstler der Städte auf dieselben Mittel, wie die des Reichs, sie belasten die ärmeren Bevölkerungsschichten mit indirekten Steuern. Sogar das sogenannte „einfache“ Bier, das der dortige schlechtbezahlte Arbeiter sich so kaum noch leisten kann, hat man mit einer Steuer von 30 Pf. pro Hektoliter belegt.

Siebzehn Gewerbegebiete giebt es gegenwärtig im Königreich Sachsen, und zwar 14 für Städte, 3 für amts-hauptmann-

schaftliche Bezirke. Zu den größeren Städten, die noch kein Gewerbegebiet haben, gehört auch Zwickau.

Die Stickerei mit den Schiffschen-Stickmaschinen, welche im sächsischen Voigtlande vor mehreren Monaten plötzlich solchen Aufschwung nahm, daß die Besitzer der Schiffschen-Stickmaschinen kaum genügend Arbeitskräfte erhalten konnten, ist bereits von einer Krise ereilt. Das Fabrikantenorgan, der „Voigtl. Anzeiger“, enthielt vor einigen Tagen nachstehenden Aufruf: „Schiffschen-Stickmaschinen-Besitzer! Die mit Sicherheit zu erwarten gewesene Krise ist herangebrochen, früher noch, als man gedacht hatte. Die spärlich eingehenden Aufträge reichen nicht aus, die vorhandenen Maschinen voll zu beschäftigen, die Löhne sind bereits auf einen Stand heruntergedrückt, wie wir sie selbst unter den ungünstigsten Geschäftsverhältnissen noch nicht gehabt haben. Sie genügen kaum noch, um die nothwendigen Ausgaben zu decken; an einen Nutzen für das angewendete Kapital ist nicht mehr zu denken, und das alles zu einer Zeit, wo die Mode unserer Industrie günstig sein soll. Millionen sind in Schiffschenmaschinen festgelegt worden, sie stehen auf dem Spiele, wenn wir nicht selbst Maßnahmen treffen, den Lohnrückgang zu beugen und nöthigenfalls die Produktion einzuschränken. Der einzelne vermag nicht viel; die Gesamtheit zu einem gemeinsamen Handeln anzuregen, soll der Zweck der vorstehenden Zeilen sein.“ — Viel nützen wird das „gemeinsame Handeln“ nicht. Der Kapitalismus fragt ebenso wenig nach den Millionen, die einzelne seiner Diener verlieren, als er sich um die Knochen der Arbeiter kümmert.

Eutbehrungsblüthe. Die Olfen'schen Portland-Zementfabriken machten im letzten Geschäftsjahre, nach allen Abschreibungen im Werthe von 235 338,80 M., noch einen Brutto-Ueberschuß von 812 510,92 M. Der Ueberschuß von 1893 ist hierbei noch nicht mit gerechnet.

Eine Erhebung über das schweizerische Schulwesen veranstaltet das eidgenössische statistische Bureau in Bern. Die veränderten Fragebogen wünschen von den Lehrern folgende Auskünfte: Zahl sämtlicher Schüler der Ortsschule, Zahl pro Klasse, Schulweg, Beschaffenheit der Wege, ungenügende Ernährung und Bekleidung, Suppenanstalten und dergl., Privatwohlthätigkeit, Verabfolgung von Kleidungsstücken, Beschaffung der Mittel, die dazu verwendet werden, Schulpflicht, Einfluß dieser Unterstufungen auf den gesundheitlichen Zustand der Kinder, auf erhöhte Arbeitsamkeit der Kinder während des Unterrichts und auf die intellektuelle Entwicklung der Kinder.

Weibliche Studenten in der Schweiz. Von den 3454 Studenten, welche im vorigen Jahre an den sieben schweizerischen Universitäten studierten, gehörten 420 dem weiblichen Geschlechte an. Auf die einzelnen Universitäten vertheilt sie sich: Zürich 150 (Gesammtzahl der Studierenden 754), Genf 111 (701), Bern 98 (601), Basel 13 (534), Lausanne 9 (516), Freiburg 0 (247) und Neuchâtel 6 (101). Nur 88 von den weiblichen Studenten stammen aus der Schweiz.

Kolonien für Arbeitslose. Wie in Deutschland, so hat man auch in England schon mehrfach Experimente angestellt, um Arbeitslose in Kolonien unterzubringen. Nur mit dem Unterschiede, daß man in England gewöhnlich weit mehr Geldmittel zur Verfügung hat und daß man auch mit weit weniger Engberzigkeit die Ausführung derartiger Pläne betreibt. Wenn trotzdem wirksame Erfolge nicht erzielt werden, so beweist dies nur, wie richtig unsere schon oft gedruckte Anschauung ist, daß nämlich in dem Rahmen der heutigen Wirtschaftsordnung deren Folgen nie beseitigt werden können. Ueber die Kolonie für Arbeitslose, die der Geistliche Mills vor etwa zwei Jahren in Westmoreland gründete, schreibt man der „Frankf. Ztg.“: Es ist ein Experiment, und als der Geistliche die Arbeit begann, hatte er 140 000 M. in Händen und sieben Jahre lang, so hatte er sich ausbegeben, sollte er freie Hand haben. Er fing mit drei Kolonisten und vier Acres Land an und hat jetzt bereits 130 Acres angebaut und seine Kolonie zählt 32 Mitglieder. Soweit sich ermitteln läßt, produziert die Kolonie alles, was für den Lebensunterhalt der Leute nöthig ist, und sie hat viele der umliegenden Farmer zu Abnehmern ihrer Produkte.

Auch das Mansionhouse-Komitee, das im Vorjahre auf der Almend bei Abbey Mills eine Kolonie Arbeitsloser hatte, will dieses Jahr das Experiment wiederholen und beteiligt in den Leistungen um Beiträge für die auf 10 000 M. veranschlagten Kosten. Im Vorjahre wurde eine Zahl der in Abbey Mills erprobten Kolonisten nach Kanada geschickt, aber der Versuch war so wenig ermutigend, daß das Komitee neuer keine Kolonisten nach Kanada abzuschicken gedankt. Im Gegentheil dazu gedankt „General“ Booth von der Heilarmee, der bekanntlich in Essex ebenfalls eine sehr erfolgreiche Farmkolonie besitzt, in Kanada zur Weiterführung seiner Reformarbeit einen Komplex Land zu erwerben und seine Kolonisten dort auf eigenen Landgütern anzusiedeln. Der Gouverneur von Kanada interessiert sich für die Angelegenheit, welche „General“ Booth persönlich beantwortet; ob die Bevölkerung von Kanada seine Ansichten theilt, ist mindestens zweifelhaft. Die Regierung der Kolonie hat die billigen den Einwanderern gewährten Vergünstigungen aufgehoben und das Londoner Auswanderungsamt warnt die Auswanderer vor Kanada, da dort keinerlei Beschäftigung zu finden sei. — 140 000 M. also, die durch jahrelanges Betteln zusammen gekommen waren, ermöglichen es, nach einigen Jahren, 32 Leuten ein einigermaßen angenehmes Leben zu verschaffen. Was wird aber aus den Hunderttausenden, die, in Lumpen gehüllt, hungrig und frierend im Osten von London haufen? Sollen diese warten, bis das Mansionhouse-Komitee (Rathskomitee) für sie einige Tausend Mark zusammen gefochten hat?

Arbeitslosigkeit in englischen Vergewerken. Aus dem Tyne- und Wear-Distrikt wird gemeldet: In Durham haben die organisierten Vergewerke 1715 oder 3,3 pCt. Arbeitslose, gegen Dezember eine Vermehrung von 2,1 pCt. In Northumberland wurde während Januar auf den meisten Gruben nur zwei Tage pro Woche gearbeitet. Ohne Arbeit waren 250 Mann oder 1,3 pCt. Wegen Preisfall der Kohlen wurde eine Lohnreduktion von 1/4 pCt. vereinbart. — Im Yorkshires-Distrikt wurde fast auf allen Gruben nur kurze Zeit gearbeitet; trotzdem sind die Vorräthe nicht erschöpft. In Tyneside wurden 250 Mann entlassen, ungefähr der vierte Theil ist noch ohne Arbeit. Viele Vergewerke zu Munnery feiern seit über 6 Monaten und 30 von ihnen heute noch. In Tyneside haben 600 Mann die Arbeit niedergelegt. — In Derbyshire-Distrikt wird durchschnittlich 3-4 Tage pro Woche gearbeitet. 300 Mann sind arbeitslos. — Boloverhampton und Distrikt. Die meisten Gruben arbeiten nur halbe Zeit und viele Vergewerke sind ohne Arbeit. — Bristol, Somerset und Gloucestershire-Distrikt. Im Bristol-Kohlenfeld scheint sich das Geschäft zu heben. Durchschnittlich wird pro Woche 5 Tage gearbeitet, doch sind noch eine beträchtliche Anzahl Vergewerke ohne Beschäftigung. In Forest of Dean arbeiten die meisten Gruben weniger als 3 Tage pro Woche. — Süd-Wales-Distrikt. Alle im Betrieb befindlichen Gruben arbeiten volle Zeit, dagegen haben eine Anzahl der bedeutendsten Gruben den Betrieb eingestellt. In Rhonda wurden Ende Januar 400 Mann entlassen. Drei Grubenbesitzer haben Kontraktänderung für Ende Februar angekündigt.

er Wahlverein für den 4. Wahlkreis (St. Petersburg) in der regelmäßigen Versammlung am 5. d. M. im Saal des

Sozialdemokratischer Volksverein für den 1. Wahlkreis (Röpnicker Viertel). In der Versammlung, welche am 6. März bei Ulrich tagte, theilte Gabegast mit, daß am 16. März in Soudouci ein Vergnügen des Vereins stattfinden, sowie, daß der Vorstand die lange geplante Herrenpartie auf den Charfreitag angesetzt habe. Die Mehrheit der Versammelten gab hierauf dem Wunsche Ausdruck, der Vorstand möge vom Charfreitag als ungeeigneten Tage abgeben und einen Sonntag bestimmen. Dr. Zabel schilderte sodann in einem interessanten Vortrage nach verschiedenen Richtungen das neuerdings aufgelauchte Bestreben bestimmter bürgerlicher Kreise, eine Volkshelanstalt für Lungenschwindsüchtige auf dem Wege privater Wohlthätigkeit zu Stande zu bringen. Das Eintreten für die Schöpfung einer solchen Volkshelanstalt sei an sich zu begrüßen, nachdem durch Dr. Brehrer in Görbersdorf und durch die Erfahrungen anderer Besitzer von Sanatorien für Lungenschwindsüchtige bewiesen sei, daß Tuberkulose unter gewissen Voraussetzungen zu heilen geht. Die Frage sei aber, ob der eingeschlagene Weg Eriprießliches erwarten lasse, und das müsse verneint werden. In Deutschland sterben jährlich etwa 150 000 Schwindsüchtiger, während die Zahl der an Schwindsucht Erkrankten auf gegen eine halbe Million geschätzt werde, deren weitaus größter Theil dem Proletariat anhöre. Hier wirklich zu helfen, dazu gehöre mehr als bloße Wohlthätigkeit. Aufgabe des Staates, der Gesellschaft, der Kommune sei es, durch Hergabe der Mittel den besitzlosen Bürgern die Vortheile der Sanatorien zu theil werden zu lassen. Vor allem müßte aber der Staat die Verbreitung der Schwindsucht vorbeugen, durch besseren Arbeitsschutz, durch Morgensmühen des Fabrikinspektors, Einführung des Achtstundentages, Regelung der Wohnungsfrage u. s. w. Als eine bittere Fronte der Thatsachen hebt Medner hervor, daß ein Projekt wie das behandelte im Bürgerthum zu einer Zeit auftaucht, wo man daran geht, den Arbeiter durch Beschränkung des Koalitionsrechtes sein Streben nach besseren, gesundheitsförderlichen Verhältnissen zu erschweren. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Nachdem Medner noch einige Fragen eingehend beantwortet hatte, schloß die Versammlung.

In der Vereinigung der Militärmühen - Arbeiter, die am 28. Februar tagte, sprach Herr Dr. Bohl in einem interessanten Vortrag über Vberkrantheiten. Der Vortrag gab die Anregung zu vielfachen Fragen an den Referenten, die von diesen in eingehender Weise beantwortet wurden. Bei der Besprechung der Vereinsangelegenheiten wurde beschloffen, eine Bibliothek zu errichten. Die Auswahl der Werke soll dem Vorstand ubelassen werden. Den streifenden Kollegen in Hbda bewilligte man 40 M. Eins in der Versammlung zirkulirende Liste ergab den Betrag von 12,65 M.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am 25. Februar eine Mitgliederversammlung bei Teigmüller, Alte Jakobstr. 48a, ab. In einem interessanten Vortrage sprach Genosse Mä d e r über das Thema: Ist der Mensch das Produkt seiner Verhältnisse. Dem Vortrage folgte eine rege Diskussion, in der für und wieder das Wort ergriffen wurde. Alsdann theilte das Mitglied Blum mit, daß er sich in der Streitangelegenheit bei Görs und Kallmann eine Anklage wegen Hausfriedensbruch zugezogen habe. Das Vergehen sollte darin erblickt werden, weil er sich erlaubte, vor der Thüre auf dem Trottoir hin und her zu gehen. Der Termin fand am 26. Februar statt und endete mit der Verurtheilung des Angeklagten zu 10 M. Strafe event. 2 Tagen Haft. Gegen dieses Urtheil soll Berufung eingelegt werden. Zur Durchführung des Rechtsstreites gewährte der Verein die Unterstützung.

Epidemie von Abzügen und Lohnkürzungen herbeigeführt, selbst in solchen Betrieben, welche, wie z. B. Ludwig Löwe u. Co., über schlechten Geschäftsgang nicht zu klagen haben. Die im November v. J. stattgefundenen Versammlungen, welche sich mit den Zuständen in der Gewerksfabrik von Ludwig Löwe u. Co. beschäftigten, hatten zwar einen augenblicklichen Stillstand der Abzüge herbeigeführt, indessen scheint sich jetzt die Firma zu beirren, das Versäumte nachzuholen, denn eine Reihe Lohnkürzungen sind bereits vorgenommen und weitere angekündigt. Zur Entschädigung dürfen natürlich die Arbeiter Tag und Nacht arbeiten. Infolge der vielen Abzüge und sonstigen Ungünstigkeiten mußten eine große Anzahl von Werksattestbesprechungen stattfinden. Außerdem fanden insgesamt 33 öffentliche Versammlungen in Berlin und den Vororten, sowie 2 Versammlungen der Vertrauensmänner statt. Wenigleich das letzte Jahr einer weiteren bedeutenden Aufschwung der Organisation der Metallarbeiter gebracht hat, so geht schon allein aus der Tatsache, daß den ca. 10 000 Organisierten mindestens 40 000 Unorganisierte gegenüberstehen, zur Genüge hervor, wieviel noch zu thun übrig bleibt. Die ungünstigen Verhältnisse der Metallindustrie, die fortgeschrittene Technik, verweisen schon heute die Organisation der Metallarbeiter fast lediglich auf die Defensive, den Abwehrkampf, aber selbst um diesen erfolgreich zu führen, ist es nötig, die Organisation zu stärken, die Indifferenten zu gewinnen, die Massen aufzurütteln, ihren Widerstandswille zu wecken, sie zu disziplinieren. Dem ausgedehnten Mangel der Vertrauensleute in allen Werkstätten ist es in erster Linie zu verdanken, daß die bisherigen organisatorischen Erfolge erzielt worden sind. Es gilt daher, dieses noch mehr als bisher auszu dehnen und auszubilden und die Geldsammlungen mit allen Kräften zu fördern.

Zur Kenntniss der Versammlung wurde ferner gebracht, dass tags zuvor (Sonntags) bei der Firma Adert u. Kienede wegen fortgesetzter willkürlicher Lohnabzüge 10 Brüder die Arbeit eingestellt haben. Den Arbeitern wurden bei den Lohnabzügen ohne weiteres ohne vorherige Bekanntgabe 1—2 M. vom erarbeiteten Verdienste abgezogen. Ein Arbeiter lehnte sich endlich gegen dieses Verfahren auf, verlangte und erhielt seinen vollen Betrag, letzteres jedoch mit dem Bedenten, dass er nach Fertigstellung seiner Arbeit entlassen sei. Da die Firma sich den gemachten Vorstellungen der Kollegen des Gemäßigtesten unzugänglich erwies, so stellten alle die Arbeit ein. Am Montag wollten Vertreter der Berliner Metallarbeiter mit jenen Unternehmern ein Wörtchen reden. Sollte auch von diesen nichts erreicht werden, so würde die Sperrung der Firma in Aussicht genommen, womit die Versammlung sich einverstanden erklärte.

Versammlung vom 10. Februar. Denselben lag eine
 Resolution zu grunde, welche die Gründung eines Generalfonds
 ausdrückt, der eine Ueberschneidung zwischen den Sozial-Organisten
 und den Anhängern des Verbandes bilden und den Zweck haben
 soll, bei etwaigem Streik die Mittel zum Kampf gleich zur Hand
 zu haben; ferner soll dadurch die Agitation unter den Zimmerern
 thatkräftig gefördert werden. Der Vorsitzende Fischer gab im
 Anschluss an die Verlesung der Resolution in Kürze einen Ueber-
 blick über die Meinungsverhältnisse, die sich in der
 vorigen Versammlung hierüber geltend gemacht hatten, fügte
 aber zugleich die Bemerkung hinzu, daß der vorhandene Geld-
 mangel schuld daran sei, daß im vorigen Jahre
 nicht mehr geschaffen werden konnte. Hieran schloß
 sich eine recht rege, sehr sachliche, mehrstündige Debatte.
 Antrag I beschränkte die Gründung eines Generalfonds mit
 einem wöchentlichen Beitrag von 10 Pf., wozu mit den Sam-
 mungen am 1. April begonnen werden soll; dieser wurde mit
 namhafter Minorität abgelehnt. Ebenso hatte Antrag II eine
 beträchtliche Minorität für sich, der die Gründung eines
 Agitationsfonds durch freiwillige Beiträge aus Listen entsprach;
 auch dieser wurde abgelehnt. Fast einstimmige Annahme
 erfuhr Antrag III, welcher die Gründung von Fonds
 ablehnt und zu regloser Agitation für die Stärkung
 beider Organisationen verpflichtet. Ferner lagen Zuschriften aus
 Kollegenkreisen vor, die beantragten, eine Warnung vor Bezug
 nach Berlin in den Arbeiterblättern zu erlassen. Nach genügender
 Begründung der Antragsteller beschloß die Versammlung, den-
 selben nachzukommen. Zum Schluß erhob die Versammlung durch
 Zustimmung zu einer entsprechenden Resolution einstimmigen
 Protest gegen die Umsturzwahl.

Abend. Am 8. März sprach hier der Genosse Butz in einer öffentlichen Versammlung über die Tabak-Fabrikatsteuer und ihre Folgen. In treffender Weise schilderte der Redner, wie gegenwärtig schon die Arbeiter unter dem in Aussicht stehenden Gesehwentwurf zu leiden haben. Bereits sind 2000 Arbeiter entlassen und wird die Vorlage Gesehw, haben 40 000 Arbeiter zu erwarten, daß sie brotlos werden. Ferner zeigt Redner, wie durch diese Vorlage nicht nur Tabakarbeiter, sondern alle Arbeiter in Mittelschicht gezogen werden, deshalb müssen die Arbeiter gegen das geplante Gesehw auf das entschiedenste Protest erheben. Die Diskussion gestaltete sich im Sinne des Referats, und gelangte sodann die gleiche Resolution zur Annahme, die bereits in den Berliner Protestversammlungen angenommen wurde. Nachdem unter „Tafelangelegenheiten“ an stelle des aus der Lokalkommission ausscheidenden Mitgliedes Streichhan, Genosse Riecke gewählt war, theilte der Vertrauensmann mit, daß die Herren Scherr jetzt gewiß sind, ihren Saal zu Versammlungen herzugeben. Ueber dieses Anerbieten wurde zur Tagesordnung übergegangen, indem einige Redner darauf hinwiesen, daß genannte Herren ohne jede Veranlassung seinerzeit den Arbeitern ihren Saal sperrten.

Jedert-Hängend und **Berling** um Umgehend. **Großherzog** **Hd.** **Newman**, **Kaiserlicher**. 2. Alle Händerungen im Vereinsführer sind zu richten an Friedrich Korum, Mantelstr. 48, v. 2. **Dumme** **flug**. Abends 9 bis 11 Uhr: Lektüre-Stunde und Aufnahme neuer Mitglieder. — **Wannegor** **St.** **Urban**, **Adolfstr.** 26 bei G. Ziegner. — **Selbstgeheim** **Fraun-** **schaft** I., **Trammern** **Str.** 143 bei Fischer. — **Rordnime**, **Dr. Kauf-** **fürcher** **123** bei Gold. — **Vornwärts** **II.**, **Schönhafer** **Allée** 20 bei Belle. — **Frühlingstun**, **Müllentwarte** **Str.** 20 bei Werner. — **Der heilige**, **Lorenzstraße** **Str.** 124 bei Oswald Brauer. — **Vorschlößlein**, **Deutsches** **Wilhelmsdorf**, **Parkstraße** **Str.** 40 bei Klingenberg. — **Jaget** **nicht**, **Ottely**, **Schloßstr.** 60a, **von** **Sörke**. — **Sotag**, **Mantelstr.** 9 bei Wemod. — **Harmonie** I., **Tempelhof**, **Zachstr.** 18 d. Ost. — **Steinle-** **Sängerchor**, **Nahmen** **Allée** **Str.** 26 bei Friedberg. — **Kreuzberg** **Darmstadt**, **Schloßstr.** 4 bei Krapp. — **Blüthen** **Sänger-** **verein**, **Keppler**, 47 bei Wilhelm Lorenz. — **Sängerchor** **Berliner** **Aufklärung**, **Weiden**, 21 bei Lindt. — **Arbeiter-Sängerchor** **Oranien-** **burger** **Vorstadt**, **Goethe**, 10a bei R. Weir. — **Abendbrod**, **Deutsches** **Wilhelmsdorf**, **Schloßstr.** 60a bei F. Sch. und W. Sch. — **Die** **Geistliche** **Chor**, **Thiergarten**, **Str.** 12 bei Wiedel. — **Arbeiter-Sänger**, **Necken** **von** **Seid** **II.** **Kapellen**, **bei** **Wollstein**, **Adlers** **bei** **Wilmshofstraße**. — **Sängerchor** **Börsenkränze**, **Schützenstraße** **Str.** 25 bei Otto. — **Eintocht** **II.**, **Giltenste** **bei** **Adelsdorf**, **Nährdenstraße** **der** **Witte**. — **Krieg** **II.**, **Brandenburg** **Allée** 20 bei Krieger. — **Jugend** **I.**, **Leiten** **11**, b. Markt. **Wilhelmstr.** 19 im Hotel St. Brunnen. — **Gräbergesellschaft**, **Steinfriedrichstr.** 20. — **Bum** **eigenen** **Stolz**. — **Liedes** **Cho**, **Weidenbergstr.** 118 bei Herpin. — **Fren** **und** **Fein**, **Leichter** 6 bei Nemis. — **Bruderbund**, **Bildener** **v.** **Schiller-** **straßen-We.** — **Gelsen** **(ahre)** **(Brauer)**, **Wilmstr.** 23 bei Wiedenmann. — **Prohlant** **II.**, **Friedrichsdorf**, **Barthend** **engst** 47 bei Dange. — **Arbeiter-** **Sängerchor** **Biaro**, **Nahmen** **Allée** 11 bei Augustin. — **Sängerchor** **Junge** **Ecke**, **Wilmshof**, **Gefellisch** **adolfstraße** 11 bei Barth. — **Alpenrosen**, **Bergstr.** 30 bei Gilgenfeld. — **Arbeiter-Sänger**, **Eintocht** **III.**, **Übermalde**, **Brandenburg**, 77 bei Tüböl. — **Selbst**, **Obern**, **Stromwandener**, 20, **Arminshausen**. — **Alpenrose**, **Reichstr.** 23 bei Ziegner. — **Belweiss** **III.**, **Wilmstr.** 6a. — **Sängertrunde**, **Kauw-** **straße** 27 bei Jahnelt. — **Wolgerrath** **I.**, **Rummelsburg**, **Lehrsch-** **militäre** 22 bei Schneider. — **Sängerchor** **Wilmshof**, **Mantelstr.** 20 bei Heibel. — **Sängerchor** **Neckunghausen**, **Neue** **Friedrichstr.** 44 bei Wollig.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 10. März 1895:

VI. Serie. VII. Abtheilung (National-Theater):
Rein Hülung.

Beginn 8 1/2 Uhr.

Zu dieser Abtheilung können auch Mitglieder aufgenommen werden gegen einen Ausweis, der von dem Unterzeichneten schriftlich erbeten oder persönlich abgeholt werden kann.

VII. Serie. IV. Abtheilung (Lessing-Theater):
Der Geizige. Vorher: **Bauernehere.**

Beginn 8 Uhr.

Die nächste Vorstellung der V. Abtheilung findet am 17. März, die der VI. Abtheilung am 31. März im Festspieltheater statt. Die nächste Vorstellung für die I. Abtheilung findet am 24. März, für die II. Abtheilung am 31. März statt. Zur Aufführung gelangt:

Der Pelikan.

Schauspiel in fünf Akten von Emile Augier.

Um den Wünschen der Mitglieder nachzukommen, hat der Vorstand beschlossen, zwei Feste mit gleichem Programm stattfinden zu lassen. Das erste findet statt

am Sonnabend, den 30. März,
das zweite
am Sonnabend, den 6. April

in den
Festsälen von Louis Keller, Koppenstr. 29.

Es wirken mit:

das aus 40 Mitgl. besteh. Berl. Konzert-Orchester, Dir. G. Grass (Freie Vereinigung der Zivil-Berufs-Musiker), die Konzert-Sängerin **Annie Hindermann**, der Geigen-Virtuose Herr **F. Borisch**, ferner die Schauspieler **Käthe Helene von Rienz** und **Gustav Kober**, sowie die

„Typographia“, Gesangv. Berl. Buchdrucker u. Schriftgiesser.

Nach dem Konzert: **Tanz.**

Im oberen Saale: Vom Beginn des Festes an: **Tanz.**
Billets à 50 Pf. incl. Tanz sind in allen Zahlstellen zu haben.

Bis zum 23. März erhalten nur Mitglieder Billets. Da überhaupt für das erste Fest nur 2500 Billets ausgegeben werden, so werden die Mitglieder daher gebeten, ihren Bedarf an Billets recht bald zu entnehmen.

Der Vorstand der Freien Volksbühne.

J. A.: Julius Türk, O., Blumenstraße 21.

VIII. Ausstellung lebender Sing- u. Schmuckvögel des Vereins „Ornis“, 814 M.

verbunden mit einer Ausstellungs-Lotterie. Vom Donnerstag, den 7. bis Freitag, den 12. März, Mohrenstr. 17/18 (Ecke Friedrichstr.), geöffnet von früh 9 Uhr bis abends 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. à Person. Loose à 1 M. sind bei allen Vogelhändlern und in der Ausstellung zu haben. Ziehung am 14. März.



Halb und Halb.
Mampe mit Pomeranzen
Feinste Likörmischung
Champagnerflasche Mark 1,25
Carl Mampe
Berlin, Veteranenstr. 24.
Überall zu haben!

Brenn- und Politur-Spiritus, Prima Spirit liefern wieder zu sehr billigen Preisen Hermann Meyer & Co., Berlin, Brunnenstr. 39.

Vorwärts kostet nur 1/2 Liter-Flasche Mk. 1.—



Norminik
Beliebter Berliner Kummel
H. Biller, Berlin, W.
Überall zu haben! Preis hochgeachtet!

Vorwärts wird überall ausgeschänkt.
Vorwärts ergibt bei 1/3 Vorwärts und 2/3 Wasser und etwas Zucker einen ausgezeichneten Punsch.

Die Waarenbestände aus der
Konkursmasse Filiale H. Rosendorff jr.
Invalidenstr. 161 (zwischen Markthalle und Brunnenstraße)
bestehend aus Damen-, Herren- und Kinderwäsche, Gardinen, Teppichen, Läuferstoffen, Leinen, Bettzeuge etc. kommen nur an den Wochentagen von 9—1 und 3—8 Uhr zu fest taxirten Preisen zum Ausverkauf.

Waarenhaus Sigm. Simonsohn, Oranienstraße 166, 2. Hans vom Oranienplatz.
Doppeltbreit schwarzer Kleiderstoff, Meter 55 Pf. Gardinenreste, hochfeine Qualität, Meter 38 Pf.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband.
Freitag, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Ehrenberg, Annenstr. 16:
Sitzung der Ortsverwaltung und der Werkstatt-Kontrollkommission. 202/20

Möbel-Gelegenheitskauf
zu außerordentlich billigen Preisen.
Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200—1000 M. Teilzahlung gestattet. Elegante Nußbaum- u. Mahagoni-Kleiderpendeln und Vertikows 30 M., einfache 15 M., Sophas, Bettstellen mit Matratzen 20 M., Waschtischen, Küchenspendeln, Kommoden 12 M., Stühle 3 M., Sophasette 6 M., Säulen-Trumeaus 65 M., Plüschgarnitur 60 u. 100 M., Muschelspendeln 40 M., Paneelelphas 80 M., Buffets, Silberbüchsen, Herren-Schreibstische, Schreibsekretäre, Zylinder-Bureau, Spiegel. Wenig gebrauchte Möbel zu halben Preisen und sollte es niemand verschäumen, der gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gefasste Möbel werden bis 1. April kostenfrei aufbewahrt, Transportfrei und aufgestellt. 16842*

Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

C. Götz, Leipzigerstr. 123.

Medoc Distric	pr. St. 1,15
Goutenac	1,20
Coles de Bourg	1,20
Medoc St. Julien	1,45
Chateau Danjac	2,20
Zeltinger (Mosel)	0,60
Cognac Renard fils u. Co.	2,20
Bisquit Dubouché u. Co.	3,90
Ciercognac (Arvocat)	2,60
Nann, Krac	2,00

Lieferung frei Haus oder Bahnhof Berlin, Fernspr. N. VI. 4055.

In **Roh-Tabaken** und **Utensilien** für **Cigarren-Fabrikanten**
!! billigster Einkauf!!
W. Hermann Müller
Berlin
Alexanderstr. 22.
Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

Gelegenheitskauf
für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königsstr. 59, vorn l., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit verliehen gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M. Teilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderpendeln 15, Küchenspendeln, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Nußbaum-Kleiderpendeln 30, Stühle 8 M., hochfeine Muschelspendeln 40, Plüschgarnituren 60 M., Herren-Schreibstische, Damenschreibstische 30, Zylinderbureau, Schreibsekretäre 15 M., Garderobenspendeln, Paneelelphas 75, Buffets, Trumeaus 65 M., Betten, Consoletische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlin zu besichtigen u. sich von den staunend billigen Preisen zu überzeugen. Gefasste Möbel bleiben und werden durch eigene Gespanne transportiert und aufgestellt.

Bereinszimmer m. Piano noch frei Mannynstr. 86.

Achtung! Parteigenossen! Achtung!
Sonntag, den 10. März 1895,
in Keller's neuerbauten Prachtjälen, Koppenstr. 29:
Gr. Partei-Vergnügen
arrangirt von dem
Vorstand des 4. Berliner Wahlvereins
bestehend in
Großem Konzert
unter Mitwirkung des Gesangsvereins **Liedesfreiheit**
(Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes),
des unübertreffl. Jongleurs **Mr. Pohl**, des Arbeiter-Turnvereins **Sichte** und des Gesangs-Humoristen **Micke**.
Die Musik wird von einer 20 Mann starken Kapelle der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker unter Leitung des Musikdirektors Herrn **Graf** ausgeführt.
Nach dem Konzert: **Tanz.**
Eröffnung 3 1/2 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr. Billet 25 Pf.
268/18 Der Vorstand.

Öffentliche Versammlung
der Riffenmacher
Sonntag, 9. März, abds. 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20.
Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zur Feier des 1. Mai.
2. Rechenschaftsbericht der Gewerkschaftskommission vom letzten halben Jahre.
3. Verschiedenes.
156/15 Der Vertrauensmann.

Julius Henke's Ball-Säle (früher Renz)
Mannyn-Straße Nr. 27.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: **Grosser Ball.**
Empfehle meine Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten. 16705*

Möbel-Kaufgelegenheit
bietet sich Brautleuten etc. im Möbelspeicher, 17218*
Rosenthaler-Strasse 13, 1.
Danebst stehen täglich zum Verkauf: neue gediegene Möbel zu außerordentlich billigen Preisen, gebrauchte und verliehen gewesene Möbel zu wahren Spottpreisen. Teilzahlung gestattet. Kleiderbüchsen 15, Küchenspendeln, Kommoden 12, Sophas 15, Bettstellen mit Matratzen 18 M., Nußbaum-Kleiderbüchsen, Vertikows 30, Stühle 3, Muschelspendeln 40, Trumeaus 65, Paneelelphas 75, Plüschgarnituren 60 M., Herren-Schreibstische, Schreibsekretäre, Buffets, Konsoletische, Spiegel, alles staunend billig. Gefasste Möbel können auf meinem Lagerplatz bis April kostenfrei lagern und werden durch eigene Gespanne transportiert und aufgestellt.

Ein grosser Posten
Steppdecken
echt Wollatlas (reine Wolle)
Größe 150 x 200, Stck. 7,50 M.
ca. 1000 Stück schwere buntfarbige
Normal-Schlafdecken
mit kleinen Maschenflecken, in reizenden Jacquard-Mustern, Größe 150 x 200 cm.
per Stück 4,50 M. sonstiger Preis 9 M.
Reine illustrierte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franco.
Steppdecken-Fabrik **Emil Lefèvre**, Berlin S., Oranienstr. 158.

Nußbaum-Möbel.
Verkaufe sof. vollständige Wohn- und Schlafzimmers-Einricht. spottbill. auch einzeln, sowie Regulator, Teppiche, Bilder, Steppdecken, Plüschgarnitur (Brautleuten empfehlenswerth). Landwehrstraße 5/6.

Sophabezug-Neste
Tischdecken-Neste, Portieren-Neste, Gardinen-Neste am billigsten Grüner Weg 57.
Milchgeschäfts- Utensilien und **Molkereigeräte**, **Jordan**, Kleine Markstraße 28.
Homöopath. Arzt Dr. Bösch, Dintensstraße 149, 8—10, 5 bis 7, Sonntag 8—10 Uhr. 1375L*

Möbel, gebraucht, laust Möbel-Handlung Rosenthaler-Strasse 13.

Friedrichshagen
Wilhelmstraße Nr. 67, übernehme.
Paul Spindler, früher Reichendergerstraße 118
Vereinszimmer zu verg. Krautstr. 69
Kanarienvögel 6 M., sowie edle Zuchtweibchen 1 M., Gedebauer 2,50 M., Brückenstr. 1, Barbiergeschäft.
Nacht- und Vorkostgeschäft mit Rolle u. Todesf. verl.
Venise, Graudenzerstr. 14.

Georg Wagner Uhrmacher, Oranienstr. 65, 1 Tr.
Bitte auf die Hausnummer zu achten.
Uhren u. Goldwaaren in solider Ausführung zu den billigsten Preisen. Massiv goldene Trauringe, geschliffen gelteilt: 1 Dufaten 10,50 M., 1 1/2 Duf. 15,50 M., 2 Duf. 20 M. klar von 4 M. an. 57851.*
Reparaturen an Uhren u. Goldwaaren solid u. billig
Arbeitsmarkt.
Belegerin verlangt Goldbleistiftfabri Kottbuser Ufer 32. 29726

Musikinstrumenten-Arbeiter-Streik!
Die Kollegen der Piano-Fabrik von **Görs & Kallmann** haben infolge Mahregelungen und Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. **Zusage ist strengstens fernzuhalten.**
Gleichzeitig ist für die Branche Zusammenseher der Pianofabrik **Kunze & Sohn**, Blumenstr. 70, infolge Mahregelung laut öffentlicher Versammlung vom 18. Januar ex. die Sperre verhängt worden.
193/13 Die Lohnkommission.
Tücht. Metallarbeiter, nur beste Arbeiter, auf chirurg. Instrumenten verl. L. & H. Loewenstein, Gr. Hamburgerstraße 3.
Ein tüchtiger Granit- und Marmor-Schleifer wird gesucht. Zu fragen Längewitzstr. 82.